

diesem Bereich sagt, 0,8 Milliarden werden es vielleicht sein. (Abg. Mag. Erlitz: „Von 10 Milliarden 1995 auf 14 Milliarden 1999!“) Das war vor den Verhandlungen und dann auf einmal ist es hinauf gestiegen. Und wenn Sie schon sagen – Herr Kollege Erlitz, horchen Sie ein bisschen zu, ich habe Ihnen auch zugehört und habe nicht immer dazwischengeredet – (Abg. Kaufmann: „Sie haben die ganze Zeit dazwischengeredet!“) wenn Sie schon von der Einsparung der Bettenkapazität sprechen, bitte dann schauen Sie einmal genau nach, Herr Kollege, wann das beschlossen wurde. Nicht in unserer Zeit! (Landesrat Dörflinger: „Pauli, stimmt nicht!“) Das ist nicht in unserer Zeit beschlossen worden, das ist bitte bereits lange vorher passiert (Abg. Mag. Erlitz: „Stimmt ja gar nicht!“)

Wir haben die Zahlen konkretisiert. Lange wurde schon darüber gesprochen. (Landesrat Dörflinger: „Darf ich kurz?“) Nein, du kannst ja dann beantworten. Lange wurde schon darüber gesprochen, dass die Bettenkapazität zu reduzieren ist. (Landesrat Dörflinger: „Das ist beschlossen!“) Jeder hat es angenommen, ihr habt es genauso und du hast es genauso zur Kenntnis genommen (Landesrat Dörflinger: „Nein!“) und jetzt wälzt man einfach ab, das ist ja nicht von gestern auf heute entstanden. Das ist eine Frage der Strukturlösung. Und jetzt komme ich auch zur Struktur. (Landesrat Dörflinger: „Willst du damit sagen, dass der Waneck nur alte Hüte herauszaubert?“) Ich habe gesagt, dieses Problem ist bereits vorher vorhanden gewesen und dieses Problem wurde bereits vorher diskutiert. Noch etwas anderes, was wirklich damit zusammenhängt und das wollte ich zum Anbeginn meiner Ausführungen stellen. Wir haben viele Paletten der Gesundheitspolitik durchleuchtet. Die Prioritätensetzung, Günter Dörflinger, die du in deinem Gesundheitsplan an und für sich vor hast, die vermisste ich. Der Rechnungshof wird hier schon konkreter. Dem Kollegen Brünner wird hier vorgehalten, dass hier alle Krankenhäuser erhalten werden sollen. Das will natürlich jeder haben, aber Schwerpunkte sind notwendig im Bereich der Gynäkologie, wenn ich nur sage, Hartberg, Oberwart. (Landesrat Dörflinger: „Schwerpunkte haben wir ja eh!“)

Ja, da gibt es zwei Schwerpunkte, nur weil das eine im Burgenland ist und das andere ist in der Steiermark. (Landesrat Dörflinger: „Bist du der Meinung, dass wir in Hartberg keine Geburtenstation machen sollen?“) Nein, das musst ja du vorschlagen, lieber Günter Dörflinger, das musst ja du vorschlagen! Weil wenn ich hier einen Schwerpunkt schaffe, dann kann ich irgendwo anders einsparen, und nichts anderes ist gefragt. Und das bitte müsste ein Gesundheitslandesrat schon wissen. Und ich bitte halt auch ein bisschen das zu bedenken, dass der Rechnungshof hier nach Prüfung sagt, der plappert das nicht daher, wenn er hier drinnen schreibt, dass die entsprechenden Strukturen zu berücksichtigen sind, eine längerfristige Fortschreibung der Finanzerfordernisse und ihrer Festlegung in einen Finanzierungsvertrag sowie den dementsprechenden Anpassungen des Übertragungsvertrages wäre zweckmäßig und so weiter. Das steht ja alles drinnen bitte. Und da ist es einfach, wenn man das heute hingibt und hier prüft.

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten noch ganz kurz, meine Damen und Herren.

Zum Tagesordnungspunkt 7: Bad Aussee, ja, wenn das ein Teil des Moduls des Gesundheitsparkes ist, eine Studie über die Ganzheitsmedizin, selbstverständlich. Es gibt immer mehr Bereiche, wenn ich heute etwa – der Kollege Brünner und ich waren bei der homöopathischen Tagung – hier bedenke, wie viele Bereiche der Medizin hier mit hineinkommen und es soll nicht die chemische Medizin die dominante allein sein, sondern es sollen diese Bereiche hier erfasst sein, die heute und die auch in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, dass die Menschen wieder gesund werden. Steirische Patientenvertretung – nur eine Anmerkung – werden wir auch zustimmen. Ich möchte grundsätzlich nicht haben, dass in dieser Patientenvertretung etwa auch ältere Menschen, weil hier Anstalten genannt wurden, Pflegeheime etwa, dass hier ältere Menschen inkludiert sind. Ich möchte als mit Bereich des Seniorenringes nicht haben, dass wir heute hier als Pfleglinge angesehen sind. Da sollte eine eigene Vertretung hier sein, halte das hier nur fest.

Betreffend Babyklappe und anonyme Geburten, selbstverständlich.

Psychosoziale Versorgung in der Steiermark, ein wichtiges Thema, weil gerade diese Bereiche sich selbst nicht mehr artikulieren können.

Praktikumsplätze für das Zahnmedizinstudium, ja natürlich. Wenn man jemand beginnen lässt, dann soll man ihn auch fertigmachen lassen.

Die diesbezüglichen Unselbstständigen Entschließungsanträge werden wir unterstützen. Ich schließe mit dem Satz, dass der Patient Partner von Ärzten und Anstalten sein sollte. (Beifall bei der FPÖ. – 16.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (16.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren!

Mag. Erlitz hat gesagt, dass es leicht ist, eine großartige Rede zu halten bei einem so großartigen Gesundheitslandesrat. Von einer großartigen Rede habe ich nicht viel gemerkt, ein großer Sprücheklopfer mit wenig Inhalt. (Abg. Stöhrmann: „Du hast nicht zugehört!“) Das muss man also sagen. (Abg. Stöhrmann: „Du musst zuhören!“) Ich möchte Folgendes sagen über das Krankenhaus Bad Aussee. Das war ein Kampf fünf Jahre lang, wo wir wirklich alles versucht haben, dieses Krankenhaus zu erbauen oder mit der Planung abzuschließen und dass es endlich gebaut wird. Es ist bewusst aus parteipolitischer Taktik über die Gemeinderatswahl drübergezogen worden. Man hat alle Ausreden gehabt, um das zu verhindern, dass es nicht vor den Gemeinderatswahlen, wo zufällig einmal in Aussee ein ÖVP-Bürgermeister war, unter Umständen zum Tragen kommt. (Abg. Stöhrmann: „Das war wirklich nur ein Zufall!“) Also ich finde, es war eine ganz arge Situation. Und das ist etwas, was ich auf dem Rücken der Patienten absolut nicht akzeptieren kann. (Abg. Gross: „Der jetzige Bürgermeister ist von Haus zu Haus gegangen!“) Ja, das stimmt, er ist

von Haus zu Haus gegangen und der vorhergehende Bürgermeister hat das Pech gehabt, dass eben alles verhindert worden ist, was nur möglich ist, weil er beim Spital einen roten Landesrat gehabt hat und bei der Umfahrung ebenfalls einen roten Landesrat, der es aus taktischen Gründen nie eingebracht hat und diese Projekte hatte verhindern können, nicht zum Tragen zu bekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Ich glaube, die haben einen schlechten schwarzen Abgeordneten in der Gegend!“) Ich möchte dir sagen, Kurt Flecker, du hast mehrfach erwähnt, du lässt dich mit der Gemeinderatswahl nicht treiben, um keine Fehler bei der Planung und beim Bau dieses Landeskrankenhauses zu machen, ich frage mich, was ist damit herausgekommen? Also das, was immer wieder von euch erwähnt worden ist, dass also dies ohne Zusatz, ohne der psychosomatischen Klinik, also absolut untragbar ist das Krankenhaus, den Antrag habt ihr eingebracht. Alles andere wäre früher beim ÖVP-Bürgermeister nicht möglich gewesen.

Zunächst möchte ich einen kurzen Situationsbericht bringen über die Entwicklung in den letzten Monaten. Bis vor wenigen Monaten war die über die früheren Jahre verbreitete Ausgangssituation, der Neubau des Landeskrankenhauses mit einer Größe von zirka 75 Betten; also 40 interne, 30 chirurgische und fünf intensiv. Das Krankenhaus Bad Aussee hat einen hervorragenden Ruf mit zwei tüchtigen Primären, den Primar für Medizin, Herrn Dr. Feischl, und den Chirurgen Dr. Jelinek, wo weitem die Patienten herkommen, um sich in Bad Aussee betreuen zu lassen auf Grund dieser beiden tüchtigen Herren mit hervorragenden Mitarbeitern. Das muss ich sagen. Die haben dort wirklich große Probleme mit dem Spital, weil hinten geht die Grundlseer Drau vorbei und vorne die Straße, so dass ein Ausbau und Neuerrichtung auf diesem Platz absolut unmöglich war. Auch der Landtag, im Landesregierungsbeschluss im Dezember 1999 sprach von einem gleichzeitigen Kooperationsmodell der Gemeinderatswahlen. Nach den Gemeinderatswahlen kam offenbar Gefälligkeit für den neuen Bürgermeister in Bewegung der Sache. Da hat der Landesrat Dörflinger, der wirklich mit Samtpfoten durch die Gegend geht und ich muss oft sagen, bellende Hunde beißen nicht, er bellt sicher nicht, aber er beißt kritisch und gravierend, wenn ihm einmal was nicht passt. (Abg. Stöhrmann: „Gut, dass du nicht politisierst!“) Da muss ich sagen, das hätte ich ihm nie zugetraut, dass er mit Taktik und Verzögerung von der Zeit alles getan hat, um das Krankenhaus nicht schon lange, um den Bau auf die Füße zu stellen. Der gefasste Beschluss von der Landesregierung muss daher auch als Überrumpelungstaktik von Landesrat Dörflinger gesehen werden. Drei Tage nach diesem Beschluss in der Landesregierung fand eine Besprechung von den Vertretern der KAGES, der Vorstandsdirektoren unter der Leitung von Prof. Harnoncour statt. Die waren mehr überrascht, dass jetzt momentan ein Spital möglich ist mit 70 Betten, das früher absolut nicht möglich war, weil es absolut unrentabel ist. (Abg. Dr. Flecker: „Statt dass du dich freust, was wir zusammenbringen!“)

Und ohne den Gesundheitspark, was absolut von euch immer abgelehnt worden ist und vor allem der Landesrat Dörflinger ganz klar gesagt hat, er lässt sich in nichts hineintreiben, auch von Wahlen nicht, was

finanziell nicht tragbar ist, vor allem die psychosomatische Klinik, die einzigartig in Österreich ist. Es gibt keine zweite, die von dem Finanziellen her eine Unterstützung vom Land gebraucht hätte, um dem Krankenhaus wirklich einen Wert zu geben, das auch bestens führbar wäre, hat man mit allen Mitteln verhindert und verzögert. Die Entwicklung läuft auf eine von den Experten widersprechende alleinige Umsetzung eines kleinen Spitals in Aussee hinaus, die jetzt ersichtlich politisch, die Landtagswahlen stehen vor der Tür, Aussage von Landesrat Dörflinger, verschlechtert das Interesse des privaten Investors. Meine Damen und Herren, wenn das Krankenhaus jetzt gebaut wird ohne des Gesundheitsparkes, dann wird es kaum noch möglich sein, dass wir einen privaten Investor noch einmal bekommen. Vor allem ist die Gefahr, dass uns der Dr. Rotter abspringt und dann bin ich neugierig, ob die Garantie gegeben ist, dass dieses Krankenhaus auch nach der Landtagswahl gebaut wird. Und um das geht es mir in erster Linie. (Abg. Dr. Flecker: „Heißt das, du stimmst gegen den Antrag?“) Ich bin ja nicht blöd. (Abg. Dr. Flecker: „Das wollte ich gerade hinterfragen!“) Du brauchst nicht glauben, dass ich auf dem Sektor mich liegen lasse wie das letzte Mal vor den Landtagswahlen, wo ihr Milliardenanträge gestellt habt und dann gesagt habt, weil der Landtag beschlossen hat, dass diese Anträge absolut unfinanzierbar sind, also ihr habt gegen den Zusammenschluss der Schiberge gestimmt, ihr habt gegen das Krankenhaus gestimmt, da habt ihr gegen eine Straße gestimmt. (Abg. Dr. Flecker: „Sind die Schiberge zusammengeschlossen?“) Die sind zusammengeschlossen, ja. (Abg. Dr. Flecker: „Haben wir gemacht. Sie haben sogar zur Eröffnung kommen dürfen!“) Aber ausgerufen hast dich du als Vater und als Urgestein der Schiberge und Landesrat Ressel. Und das wart ihr bei Gott nicht, weil die Vorbereitung hat nur einen Donnerer gemacht als wie die Geschäftsführer dort. Und wie alle, vor allem die Bürgermeister haben einen großen Anteil dazu beigetragen, dass sie zu diesem Projekt gekommen sind. Und alle da herinnen, weil das waren einstimmige Beschlüsse, aber bei Gott nicht Beschlüsse von dir und vom Landesrat Ressel. (Abg. Dr. Flecker: „Also, stimmst du heute mit?“) Das Gesamtprojekt könnte für mich beschleunigt werden, wenn das Land gleichzeitig eine Investitionsförderung für die Klinik von Dr. Rotter beschließt. In Vorgesprächen wurde das Büro Dörflinger – zirka 100 Millionen – genannt. Nur damit könnten die Verhandlungen vom Hauptverband beschleunigt werden und erfolgreich zu einem Abschluss gebracht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Das war auch etwas, Präsident German Vesko, meine Wenigkeit und Abgeordneter Flecker waren beim Sallmutter draußen und haben dort verhandelt. Es ist gesagt worden, dass bis 1. Februar ein Beschluss kommt, was geschieht. Man hat nichts mehr gehört und es ist überhaupt nicht möglich gewesen, dass man auf dem Sektor weitergekommen wäre, um das Krankenhaus in Schwung zu bringen.

Bad Aussee ist ein Hauptort im steirischen Salzkammergut. In dieser Region gibt es zirka 15.000 Einwohner und 900.000 Gästenächtingungen und Bad Aussee ist das regionale Zentrum dieser traditionsreichen Tourismusregion. Bad Aussee selbst ist mit über 5000

Einwohnern nicht nur der größte Ort dieser Region, sondern auch die Spitzengemeinde der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen. Seit 1967 ist Bad Aussee als Kurort anerkannt und seit 1911 mit dem Titel „Bad“ ausgezeichnet. Schon vor über 100 Jahren war die wichtigste Ausrichtung der Gesundheits- und Kur-tourismus. Als traditionsreiche Berggemeinde vorwiegend mit Salzverarbeitung gab es in Bad Aussee seit dem 13. Jahrhundert ein Salinenspital bis zum Zweiten Weltkrieg. Seit zirka 50 Jahren verfügt Bad Aussee jedoch über ein öffentliches Krankenhaus mit interner und chirurgischer Abteilung. Dieses Krankenhaus im Zentrum von Bad Aussee stellt die medizinische Akutversorgung der gesamten Region sicher. Zudem ist zu bemerken, dass auf Grund der geographischen Lage des steirischen Salzkammergutes bei extremer Witterung Bad Aussee oftmals verkehrstechnisch von der Außenwelt abgeschnitten ist. Und ich glaube, auf diesem Sektor ist es ganz, ganz wichtig, dass das Krankenhaus dort gebaut wird, um den Menschen eine Sicherheit zu geben und sie medizinisch versorgen zu können. Ich hoffe, dass das nicht nur ein großes Blabla ist und dass dieses 70-Betten-Krankenhaus sich auch nachher rechnet, ohne Gesundheitspark. Für mich wäre wichtig, wenn der Gesundheitspark dazukommen würde, dann wäre nämlich gewährleistet, dass man das finanztechnisch besser über die Bühne bringt. (Beifall bei der ÖVP. – 16.13 Uhr.)

Präsident: Sehr präzise in der Zeiteinhaltung. Als nächstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort erteilen.

Abg. Gennaro (16.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz der Hitze musste ich mir den Rock anziehen, weil wenn ich da so einige Wortmeldungen höre und mitverfolge, da geht es mir kalt über den Rücken und damit ich mich nicht verkühle, habe ich den Rock angezogen.

Liebe Frau Kollegin Zitz, die ist jetzt zwar nicht da, so wie immer, wenn es um das Entscheidende geht, ach so, da hinten sitzt sie. Ich darf nur vorweg sagen, es ist kein Match in der Gebietskrankenkasse gewesen zwischen den schwarzen Ärzten und der roten Kasse, sondern es war eine Entscheidung, die sich beide Teile in der Kasse nicht leicht gemacht haben, Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter. Es war die Notwendigkeit die Notbremse zu ziehen, wenn 540 Millionen Schilling Abgang zu verzeichnen sind. Meine Damen und Herren, ihr könnt da alle leicht reden herinnen, da haftet keiner, aber die in der Selbstverwaltung bitte haften für den Betrag und sie können jederzeit, wenn etwas ist, wegen fahrlässiger Krida angeklagt werden. Und das soll man einmal berücksichtigen, warum eine einstimmige Entscheidung im Vorstand so gefällt wurde. Persönlich, weil ich involviert war, bin ich auch froh, dass die Patienten unter dem Strich dieses leidvolle Gschichtl nicht mehr mitmachen mussten, weil durch intensive und wirklich harte Verhandlungen eine Lösung gefunden wurde und letztlich hat der Patient gesiegt, weil unterm Strich wäre es ja er gewesen, der in jedem Fall die Rechnung zu bezahlen gehabt hätte. Es ist kein Justamentstand-

punkt gewesen, sondern ich habe bereits in zwei Sätzen versucht das zu sagen. Und wenn da Leute herausgehen und die Politik loben – und ich kann den Herrn Staatssekretär Waneck beim besten Willen nicht loben, weil der hat uns eines hinaufgedrückt aufs Auge, indem er gesagt hat, die Ambulanzgebühren müssen bezahlt werden, 250 Schilling, die Rezeptgebühr muss erhöht werden, der Verpflegskostenersatz muss von 25 auf 100 Schilling erhöht werden, die Differenz müssen wir als Versicherung zahlen, das war der Beitrag zur Sanierung der Sozialversicherung.

Meinen Damen und Herren und ich sage es gleich vorweg, auch mit dieser Einigung, die ich mittrage, kann und ist die Situation der Krankenversicherung nicht geregelt, da geht es nur darum, dass die Ärzte ihre unverschämten Forderungen – ich sage das bewusst „unverschämte Forderungen“ –, weil wenn sie in der Öffentlichkeit reden und sagen die armen Patienten, der Streit wird auf dem Rücken der Patienten ausgetragen, dann habt ihr alle mitverfolgt, wie die Gefahr des vertragslosen Zustandes bestanden hat, welche Erhöhungen der derzeitigen Tarife die Ärzte geplant haben. Eine Steigerung der Honorare um über 170 Prozent, meine Damen und Herren, um über 170 Prozent! Und ich bringe nur ein Beispiel. Für einen Nachtbesuch haben sie bis jetzt von der Gebietskrankenkasse 572 Schilling bekommen, nur für das Hinfahren, ohne Leistung. Das haben sie auf 1000 Schilling erhöht. Wenn man beim Arzt angerufen hat, bitte schön Herr Doktor kommen Sie, dann hat man für diesen Anruf 100 Schilling nach Vorstellungen der Ärztekammer zahlen müssen. Für einen gefahrenen Kilometer verrechnen die Ärzte 35 Schilling, das amtliche Kilometergeld ist 4,90 Schilling, und, und, meine Damen und Herren. Also wenn die Patienten aus der Sicht der Ärzte so arm sind, wie sie behaupten, dann hätten sie diese Forderungen nicht in den Raum stellen dürfen.

Wir haben in der Kasse auch einstimmig beschlossen, dass, sollte es zum vertragslosen Zustand kommen, wenn die Ärzte nicht bereit sind, von einem Punkt abzugehen, weil wir waren ziemlich weit in den Verhandlungen – nur haben sie gesagt, eine Honorarautomatik, da steigen wir nicht herunter – und was heißt das, meine Damen und Herren? Gibt es eine Berufsgruppe, einen Unternehmer, der einen garantierten Gewinn hat oder der jährlich garantierte Lohn-erhöhungen kriegt? 40 Millionen Schilling machen alleine die Honorarautomatik aus und die Frequenzsteigerung dazu, da bestimmen die Ärzte ihr Einkommen und da haben wir gesagt, wir sind doch nicht bereit, diese Honorarautomatik zu akzeptieren, daher musste dieser Vertrag gekündigt werden und auf der anderen Seite sparen wir ein paar Millionen Schilling ein. Der, der schwer krank ist, der eineinhalb Jahre im Krankenstand sein hätte können, dank des Herrn Staatssekretärs Waneck sind wir jetzt auf einem Jahr herunter. Und ich habe das schon einmal in diesem Haus gesagt, wenn jemand ein Jahr oder eineinhalb Jahre krank ist und der ist nicht krank, dann gebührt ihm ein Orden, der Oscar für den besten Schauspieler und der Arzt gehört gestraft, dass er das nicht gemerkt hat. Aber da tun wir reduzieren und dort schaufeln wir das Geld hinein.

Wenn man die Frau Landeshauptmann Klasnic so lobt, dann muss ich sagen, ja, ja, sie war schon die Erste, die gesagt hat, dass sie sich gar nicht ausgekannt hat, was sie alles machen wird, weil sie gar nicht kompetent ist. Nur, meine liebe Kollegen von der ÖVP, der Herr Routil und die Vertreter der Ärztekammer – als sie gesagt hat, sie wird einwirken – haben gesagt, Frau Landeshauptmann, wir werden das Schiedsgericht anrufen, Frau Klasnic, nein danke! Die Arbeitgeberfunktionäre in der Kasse haben beim Beschluss – wir haben mit Mehrheit, mit sozialdemokratischer Mehrheit, beschlossen – diesen Kompromiss, obwohl es ein bisschen mehr kostet, auch die Ärzte bereit waren, von dem ursprünglichen Honorar, der Honorarautomatik wegzugehen, mitgetragen und wir haben Punkte erarbeitet, wo die Ärzte sich bereit erklärt haben, an der finanziellen Situation der Ärzte mitzuhelfen. Und da haben auch die Arbeitgeber gesagt, wie wir gesagt haben, okay, wir stimmen diesem Vertrag zu, Frau Landeshauptfrau Klasnic nein danke. Mit sozialdemokratischer Mehrheit ist das bitte abgeschlossen worden, nur damit das einmal klar ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin auch sehr dankbar und ihr werdet jetzt dann das Glück haben, bei der Neubesetzung der Selbstverwaltung in der Krankenkasse wird ja auf Kosten der ÖVP ein Mandat zur FPÖ gehen, dann werdet ihr dabei sein in der Krankenkasse und dann werden wir schauen, wie glorreich eure Ideen sind und was ihr dann noch alles aufzeigt. Weil es ist jeder Versuch, euch einer sachlichen und wirklich fundamentierten Information zuzuführen, daneben gegangen, obwohl wir stundenlang geredet haben. Ihr wollt es auch nicht akzeptieren und ihr wollt nur politisch etwas daraus machen. Und deswegen bin ich dem Landesrat Dörflinger wirklich sehr dankbar – das ist keine Lobhudelei, weil in der Situation muss man sich das einmal geben, wenn einen auf der Straße die chronisch kranken Leute anreden, die Angst haben und sagen, um Gottes willen, wenn ich das lese, was der Arzt verlangt, dann kann ich nicht hingehen –, dass er sofort reagiert hat und gesagt hat, okay, dann müssen wir schauen, dass wir die Ambulatorien und die Ambulanzen aufmachen. Und wir haben auch gesagt, dass man bei den Ambulatorien etwas tut.

Meine Damen und Herren, wir sind gemeinsam aufgerufen, wenn die Politik permanent der Krankenversicherung nur gute Ratschläge gibt und sagt einsparen und der Pauli Tremmel hat das gesagt – kommt einmal heraus mit der Situation, was ihr einsparen wollt –, dann soll man uns auch wirklich helfen. Denn mit dieser Situation, 540 Millionen Schilling sind mit Ausgabeneinsparungen nicht nachzuvollziehen und es ist unmöglich, das Defizit zu senken. Es muss auf der Einnahmenseite irgendetwas passieren. Meine Damen und Herren, nur zur Erläuterung: Pro Tag – damit wir wissen, wovon wir reden – gibt die Gebietskrankenkasse – nur die Gebietskrankenkasse – 35 Millionen Schilling an Leistungen für die Versicherten, pro Tag, meine Damen und Herren!

Und wenn jetzt der Streit noch kommt, dass die Apotheker auch aufstehen, jetzt streiten nämlich die Apotheker mit den Ärzten, weil die Ärzte sich bereit erklärt haben, dass sie bei der Medikamentenverschreibung mithelfen.

Ich darf Ihnen sagen, dass bei den Heilmittelverordnungen eine Frequenzsteigerung bei den Ausgaben um 157 Prozent in den zehn Jahren war und bei den Verordnungen nur um 37 Prozent. Vom Gesamtbudget von rund 13 Milliarden Schilling machen die Medikamente allein 3,3 Milliarden Schilling aus. Wir haben in Graz – ich habe es da auch schon einmal gesagt – 22 Tonnen Medikamenten-Sondermüll entsorgt. Und die Ärzte verschreiben auf Teufel kommt heraus. Wir kennen die Situation und ich schließe mich mit ein, jeder hat eine kleine Hausapotheke. Wenn er sie einmal durchschaut, muss er die Hälfte wegschmeißen, weil die Medikamente abgelaufen sind.

Lieber Herr Prof. Brünner, zu Ihnen muss ich noch etwas sagen, auch wenn es kurz wird, aber auch zum Roten Kreuz möchte ich dazusagen.

Meine Damen und Herren, ich bin auch froh über den Vertrag, oder es gibt keinen Vertrag in dem Sinn, weil zuständig ist das Land Steiermark. Haben Sie gewusst, dass allein die Gebietskrankenkasse im Jahr 198 Millionen Schilling für das Krankentransportwesen zahlt, und wenn ich die Gemeinden und das Land hernehme, zahlen sie je 24 Millionen Schilling. Wenn Sie die Gesetze kennen, dann wissen Sie, dass das Land eigentlich verantwortlich ist für das Krankentransportwesen.

Auch hier sind wir gefordert. Nur, die Frau Landeshauptfrau – es hat ja eine Besprechung gegeben – hat gesagt, vor dem 15. Oktober kann sie nichts zusagen, weil da sind noch die Wahlen, aber nach dem 15. Oktober wird die Diskussion wieder sachlich werden.

Zum Schluss kommend, meine Damen und Herren, von 13 Milliarden Schilling – ich habe da so eine schöne Grafik – gibt es drei harte Brocken: das sind die ärztlichen Leistungen, das ist die Anstaltspflege, also Krankenhauszuschüsse, und die Heilmittelbeihilfe von rund 10 Milliarden Schilling.

Herr Prof. Brünner, warum ich mir einen Rock angezogen habe, ich bin froh, dass Sie nicht der Hauptverantwortliche für das Liberale Forum in Österreich geworden sind, weil Sie gesagt haben, Sie wollen eine Systemveränderung herbeiführen. Sie wollen weg von der Pflichtversicherung hin zur Versicherungspflicht. Darf ich Ihnen sagen, bei einer Pflichtversicherung haben Sie gleiche Leistungen – und hören sie mir jetzt bitte zu, ich gebe es Ihnen dann auch zum Nachlesen –, gleiche Leistungen für Anspruchsberechtigte, keinen Risikoausschluss. Bei der Versicherungspflicht, bei den Privatversicherungen, gibt es sehr wohl – und das wissen Sie besser als ich – einen Risikoausschluss. (Abg. Dr. Brünner: „Herr Kollege!“)

Die Zeit ist kurz, Sie können sich nachher noch einmal zu Wort melden.

Es gibt beitragsfreie Mitversicherung ohne Leistungsbeschränkung. Bei der Privatversicherung gibt es eine Prämienzahlung für jede versicherte Person, ob das Kinder oder Ehepartner sind. Soziale Gerechtigkeit durch lohn- und gehaltsabhängige Krankenversicherungsbeiträge. In der privaten Versicherung finanzielle Überforderung mancher Gruppen. Die Versicherungsprämien können sich viele gar nicht leisten, und wir wissen das. Übersichtliche Tarifgestaltung in der Pflichtversicherung, Beitrag für Anspruch für alle Gesundheitsleistungen. Und beim privaten

Tarif haben Sie die Möglichkeit, Leistungen und Sonderbestimmungen finanziell zu zahlen. Gesetzlicher Leistungsanspruch, welche Leistungen zu erbringen sind, ist geregelt. Bei den privaten Versicherungen sind die vertraglichen Leistungen durch Versicherungsbedingungen geregelt. Die Kosten auch dementsprechend etwas. Beitragssatz wird vom Gesetzgeber festgelegt in der Pflichtversicherung, in der privaten werden die Prämien erhöht, wie die privaten Versicherungen glauben. Die Pflichtversicherung ist nicht gewinnorientiert, die privaten Versicherungen sind gewinnorientiert. (Präsident: „Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich bitte langsam zum Schluss zu kommen. Die Zeit ist abgelaufen!“) Jawohl, Herr Präsident, ich bin sofort fertig. Versichert ist automatisch. Wer immer auch bestimmt, im Gesetz geregelte Bedingungen sind erfüllt. Bei den privaten Versicherungen ist bitte der Antrag von jedem Einzelnen anzunehmen und wird auch diskutiert, ob er versichert wird. Und die Behandlung letztlich, unabhängig vom Ausmaß der benötigten Leistung, ohne Begrenzung. Das ist der Punkt bei der Systemänderung, wie bei der Haftpflichtversicherung. Und wenn Sie der Privatversicherung als Risikopatient zu teuer sind, kann sie die Versicherung kündigen.

Meine Damen und Herren, wenn das eine Systemänderung ist, Herr Prof. Brünner, dann sage ich gute Nacht soziales Österreich, ich hoffe, dass das nie eintritt und dass Ihre Bestimmungen oder Wünsche nie aufgehen werden. (Beifall bei der SPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten und erteile jetzt einem Damentrio in der Reihenfolge Frau Dr. Karisch, Kaufmann, Beutl das Wort.

Zuerst ist die Frau Dr. Karisch am Wort.

Abg. Dr. Karisch (16.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, dass es möglich war, den vertragslosen Zustand von den Patienten abzuhalten. Herr Kollege Gennaro, ich muss schon noch dazu ein bisschen ergänzen, Sie haben zwar Recht, zwei Arbeitgebervertreter haben nicht zugestimmt. Ich möchte aber betonen, dass alle anderen ÖVP-Vertreter, vor allem die ÖAAB-Vertreter (Abg. Gennaro: „Die Gewerkschafter haben zugestimmt!“), sehr wohl zugestimmt haben. Das möchte ich wirklich der Korrektheit halber sagen. Ich bin auch unserer Frau Landeshauptmann sehr dankbar, dass sie sich eingesetzt hat (Abg. Gennaro: „Ohne Erfolg!“) und allen Politikern, allen, die da im Hintergrund gearbeitet haben, dass es doch zu einer Lösung im Interesse der Patienten gekommen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zu drei Punkten äußern, zu drei Stücken in diesem Bogen, erstens zum Bericht der Patientenombudsfrau, zweitens zur Palliativmedizin und drittens zur Studie „Ganzheitsmedizin in Österreich“.

Die Patientenombudsfrau, Herr Kollege Erlitz – er ist jetzt nicht da –, gibt dem Herrn Landesrat Dörflinger und dem Gesundheitswesen nicht diese großen römischen Einser, die Sie verteilt haben. Sie hat im Gegenteil eine ganz harte Kritikführung – ich bin ihr sehr dankbar dafür –, mit Recht, ich kann viele

dieser Punkte bestätigen. Aber das ist kein sehr gutes Zeugnis. Da gibt es halt unterschiedliche Bewertungen.

Aber bitte, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. (Abg. Mag. Erlitz: „Frau Kollegin!“) Ich muss auf meine Zeit achten.

Meine Damen und Herren, der Patient ist ein ganz besonders schwacher Konsument. Er ist in einer Ausnahme-situation, er ist verunsichert, er fürchtet um seine Gesundheit und er braucht besondere Zuwendungen.

Ich möchte auf ein paar Punkte aus dem Bericht eingehen. Ein Punkt, von dem ich mir Verbesserungen erhoffe, Herr Landesrat, das sind die Ambulanzen. Die Patientenombudsfrau schreibt: „Die Ambulanz ist überfüllt, schlecht ausgestattet, schlecht organisiert. Die Wahrung der Intimsphäre des Patienten ist ein Problem.“

Das ist nicht in jeder Ambulanz gleich, aber es gibt welche, wo es den Patienten und auch dem Personal wirklich nicht mehr zumutbar ist. Ich möchte Ihnen ein konkretes Beispiel nennen, das ist die Erste Chirurgie, wo 100 bis 150 Patienten am Tag behandelt werden, ein Raum ohne Fenster, ohne Klimaanlage, 30 Grad Temperatur, vier Kojen, nur durch Plastikvorhänge getrennt, wo alle mithören, was daneben gesprochen wird. Dazu eine ganz schlechte Luft, sehr schlechte und unangenehme Gerüche. Es kommen Patienten mit Gefäßverschlüssen, mit gangränösen Füßen, Sie wissen, vor dem Absterben. Das riecht sehr unangenehm und das ist für Patienten und Personal unzumutbar.

Ich möchte Sie, Herr Kollege Erlitz, einladen, setzen Sie sich einmal ein paar Stunden hinein und schauen Sie sich das an. Und ich möchte Sie bitten, Herr Landesrat, vielleicht gibt es hier eine Verbesserung.

Ich möchte etwas Zweites zu den Ambulanzen sagen. In den Ambulanzen werden sehr oft sehr junge Ärzte eingesetzt, die verunsichert sind, weil sie noch nicht so viel können, weil sie nicht die große Erfahrung haben. Passiert ihnen ein Fehler und sie stehen am nächsten Tag in der Zeitung, dann können sie ihre Karriere vergessen. Sie veranlassen daher sehr viele Zusatzuntersuchungen und schicken den Patienten dann noch dort hin und da hin, damit noch Zusatzuntersuchungen gemacht werden und ein anderer Arzt mit in die Verantwortung hineingenommen wird, dass sie es nicht allein sind. Das kostet viel Geld, das ist belastend für die Patienten, kostet Geld und Ressourcen. Auch hier wäre ein Ansatzpunkt für Veränderungen.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist, Gespräche mit Patienten vor anderen Patienten oder Besuchern ohne Wahrung der Intimsphäre kommen sehr oft vor, wie wir alle wissen und wie die Patientenombudsfrau schreibt. Es ist hier ein bisschen ein fehlendes Bewusstsein der Ärzte festzustellen. Sie haben die Gesprächskultur vielleicht nicht so sehr gelernt, sie sind in Eile. Zwischen Tür und Angel werden oft sehr belastende Auskünfte gegeben, der Patient versteht's nicht ganz. Mir ist erst unlängst wieder ein Fall berichtet worden, wo ein sehr kranker Patient, der daneben gelegen ist, mithören musste, dass der andere, der

auch Krebs hatte, nicht mehr viel Aussichten hat. Das ist sehr belastend und man müsste versuchen das besser zu machen.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist die Frage der Schmerzen. Sie werden noch immer nicht so behandelt, wie man sie heute nach Stand der Medizin behandeln kann. Noch immer herrscht irgendwo der Standpunkt, Schmerzen sind kein Thema, der Patient hat das zu ertragen. Ärzte, die sich damit beschäftigen, werden unter Umständen zu Außenseitern.

Es hat einen sehr engagierten Oberarzt im LKH gegeben – ich möchte ihn nicht nennen –, er ist wieder auf seine Anästhesie zurückgekehrt.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich gut, als ich im April 1992 anlässlich der Budgetdebatte zu später Stunde zur Gesundheitsdebatte gesprochen habe und damals in den Raum gestellt habe, dass es heute medizinische Erkenntnisse der Schmerzbehandlung gibt, die weder bei den niedergelassenen Ärzten, aber auch nicht in den Kliniken entsprechend eingesetzt werden und dass Patienten oft mehr leiden müssen als sie eigentlich müssten, gab es einen Aufschrei. Der damalige Landesrat Strenitz hat gesagt, ich werde mich vor den Ärzten für diese Aussage verantworten müssen. Ich habe dann Anfang 1996 einen Antrag eingebracht auf Einrichtung einer Schmerzambulanz. Doch was ist daraus geworden? Sie ist in einer Intensivstation in einem kleinen Kammerl untergebracht und ein Arzt ist dort ein paarmal in der Woche ein paar Stunden dort. Für ein großes Klinikum wie das LKH Graz nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, es war vor wenigen Tagen über Mängel in der Schmerzbehandlung auch ein Bericht im Fernsehen, es scheint also nicht nur ein steirisches Problem zu sein. Ich wünsche mir sehr und ich appelliere an die Verantwortlichen: Tun Sie etwas! Es gibt heute hervorragende Medikamente, die nicht abhängig machen, noch dazu ist es ganz unwichtig, an Abhängigkeiten zu denken bei einem schwer kranken Patienten, der nur noch eine kurze Lebensdauer vor sich hat. Man kann gegen die Schmerzen etwas tun und der Patient hat ein Recht darauf!

Ein weiterer Punkt: Ich bedaure, dass die Schnittstellenproblematik heute als Tagesordnungspunkt nicht zur Sprache kommt. Frau Edith Zitz hat sie kurz angesprochen. Ich habe einen Antrag eingebracht, er ist leider noch nicht im Hause. Aber auch hier gibt es viel zu tun, vor allem im Raum Graz. In Landspitälern gibt es oft ein sehr gutes menschliches Kontaktnetz zwischen dem Spital und den niedergelassenen Ärzten und den extramuralen Diensten und das funktioniert. In der Stadt Graz ist das sehr schwierig. Betroffen sind sozial schwache Patienten mit niedrigem Einkommen, die sich nicht helfen können, die alt sind, die alleinstehend sind, denen niemand hilft, wie Edith Zitz schon gesagt hat, die am Freitag Abend entlassen werden. Ich würde mir hier die Einrichtung eines österreichweiten Callsystems wünschen mit einer Nummer, so wie sie die Rettung hat, unter der sich eine Stelle meldet in Graz oder im Bezirk Hartberg, wo der Patient sagen kann, „ich sitze jetzt alleine in meinem Rollstuhl zu Hause, ich kann mir nicht helfen, es geht mir nicht gut“, und er wird dann weiter versorgt. Das würde ich mir wünschen.

Kurz ein paar Worte, meine Damen und Herren, zur Palliativmedizin. Die Humanität einer Gesellschaft wird auch daran gemessen, wie sie mit todkranken Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt umgeht. Wir empfangen heute unsere Babys mit viel Freude und medizinischer Obsorge im Leben, wir entlassen die alten Menschen aber sehr oft in Einsamkeit unter Schmerzen aus dem Leben, ohne ihnen eine helfende Hand zu reichen. Wir haben verlernt, mit dem Tod umzugehen und wir schieben ihn sehr oft aus Scheu und Unvermögen in ein Krankenhaus ab, das in der Hektik des täglichen Geschehens damit auch oft überfordert ist. Die Palliativmedizin, meine Damen und Herren, bietet ein umfassendes Konzept der Betreuung von unheilbar Kranken und sterbenden Menschen. Das Hauptziel ist das Erreichen einer bestmöglichen Lebensqualität durch konsequente Schmerzlinderung und individuelle Begleitung. Damit, meine Damen und Herren, ist die Palliativmedizin auch eine Antwort auf Euthanasie. Dort, wo Palliativmedizin stattfindet, wo Schmerzen gelindert werden und wo die Lebensqualität im letzten Lebensabschnitt gesichert ist, ist die Euthanasie nicht gefragt. In der Steiermark ist ein sehr erfolgreiches Pilotprojekt einer stationären Palliativbetreuung in drei Kliniken gelaufen. Ich bedanke mich bei Prof. Harnoncourt und vor allem bei Herrn Dr. Baumgartner, der das vorbildlich betreut hat. Die Evaluation war sehr positiv und ich wünsche mir, dass nun die Palliativbetreuung in Zukunft auf das ganze Land ausgedehnt wird, und zwar von der Universitätsklinik über die Spitäler, über die Pflegeheime bis hin zur extramuralen Betreuung zu Hause. Ich wünsche mir eine entsprechende Ausbildungsoffensive, die wir dringend nötig haben und ich wünsche mir eine Klärung der Finanzierung. Meine Damen und Herren, zur Kultur des Lebens gehört auch eine Kultur des Sterbens. Ich ersuche Sie, dem vorliegenden Antrag 1217/1 zuzustimmen.

Darf ich noch, Herr Präsident – ich habe drei Stücke da drinnen, ich weiß meine Zeit ist um, darf ich sie kurz überziehen? Ich werde mich bemühen, das kurz zu machen.

Meine Damen und Herren, es liegt uns eine Studie vor über ganzheitsmedizinische Ausbildungen in Österreich. Sie stellt mich nicht zufrieden, sie zeigt, dass auf den Universitäten noch immer nichts geschieht. An der Universität Graz haben vor einigen Jahren ein paar sehr engagierte Studentenvertreter erstritten, dass es Ausbildungen auf freiwilliger Basis – ein Angebot sozusagen, nicht verpflichtend für den Hörer – auf dem Gebiet der Homöopathie und Akupunktur gibt. Und das war es schon und das gibt es noch immer, aber es muss das nicht jeder hören. Ich wünsche mir, dass das verpflichtend wird.

Wir haben in Österreich zwei Gesellschaften für Homöopathie, die eine über 300-stündige Ausbildung anbieten. Man bekommt dann ein Diplom der Ärztekammer in der Steiermark. Es sind in der Steiermark über 40 Ärzte ausgebildet. In Wien gibt es diese dreisemestrige Akademie für Ganzheitsmedizin, in der Steiermark gibt es jetzt eine Arbeitsgemeinschaft, die einen Fernlehrgang anbieten wird. Da gibt es noch keine Erfahrungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal sagen, ich wünsche mir einen Lehrstuhl für Komplementärmedizin an jeder Fakultät, damit die Studenten

entsprechend ausgebildet werden und damit auch die Wissenschaft nicht zu kurz kommt, im Interesse der Patienten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche mir, dass diese Punkte weiterbehandelt werden und Gehör beim Gesundheitslandesrat finden, den ich nicht mehr sehe – doch, da hinten ist er –, ich hoffe, dass er das aufgenommen hat. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 16.37 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Kaufmann das Wort.

Abg. Kaufmann (16.38 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich wollte oder werde ich mich zum Tagesordnungspunkt 10 melden. Aber ein paar Anmerkungen, so einen kleinen Sidestep möchte ich auch zur Bundespolitik nehmen. Ihr habt mich einfach herausgefordert. Weil wenn ich mir das da herinnen anhöre, wie die ÖVP und FPÖ sich hinstellen als die Retter der Armen (Abg. Bacher: „Das sind wir ja!“ – Abg. Wiedner: „Das stimmt ja auch!“) und die Retter der Nation und wie unterschiedlich das ist, was da herinnen gesagt wird und was dann draußen beschlossen wird.

Darf ich gerade jetzt vielleicht als Bäuerin etwas sagen. Da herinnen im September 1999 die Forderung, die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern müssen gesenkt werden, die Bauern verkraften diese Belastung einfach nimmer und der rote Finanzminister solle darauf einwirken, dass die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Schwarzblaue Regierung, wie wir sie jetzt haben, was glaubt ihr, was die erste Maßnahme ist? Die Sozialversicherungsbeiträge der Bauern zu erhöhen! In der KV um 0,5 Prozent, in der PV um 0,5 Prozent und was mich ganz besonders ärgert, einen Pensionssicherungsbeitrag oder wie immer man das nennen will bei den Bauern auch von 0,5 Prozent, obwohl man weiß, dass die Bauern die kleinsten Pensionen haben, im Durchschnitt mit 7000 Schilling. So schaut die schwarzblaue Regierung aus, genau das Gegenteil von dem, was da herinnen geredet wird! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Porta: „Kollegin Kaufmann!“) Du kannst dich nach mir melden.

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich zum Punkt 10 (Abg. Porta: „Die Bauern werden überproportional gefördert!“) – Also weißt du was, Kollege Porta, von der Landwirtschaft verstehst du überhaupt nichts, weil sonst würdest du wissen, dass genau die FPÖ die war, die gesagt hat, die Bauern müssen mit der Hälfte der Förderungen auskommen.

Das ist keine Bauerndiskussion, ich möchte wieder zurückkommen zum Tagesordnungspunkt 10, Babyklappe und anonyme Geburten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die meisten Frauen ist die Schwangerschaft eine der schönsten Zeiten und die Geburt wohl einer der schönsten Augenblicke im Leben einer Frau. Die Geburt von einem Baby wird meistens auch als die Krönung einer jeden Beziehung von Vater und Mutter gesehen. Nur, für manche Frauen verläuft leider eine Schwangerschaft ganz anders. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich war bei der Geburt meines Sohnes dabei!“)

Du gehörst zu den glücklichen Männern und deine Frau zu den glücklichen Frauen.

Für viele Frauen schaut es ganz anders aus. Neun Monate Angst, neun Monate Verzweiflung, neun Monate Verheimlichen, mit niemandem sprechen können und nicht wissen, wie soll es weitergehen. Und dann die Geburt, auch heimlich, auch allein, kein liebevoller Vater dabei, der sich auf das Kind gemeinsam mit seiner Frau freut und letztendlich für die Frauen keine Zukunft, weder für die Mutter noch für das Kind. Dieses Horrorszenario geht meistens einer Kindesweglegung voraus und leider kommt es auch sehr oft zu Verzweiflungstaten, im Geburtsschock werden Babys von ihren Müttern getötet.

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Ausschuss dafür eingesetzt, dass unbedingt geprüft und sichergestellt werden soll, dass jenen Frauen in diesem unvorstellbaren Ausnahmezustand Hilfe, und nicht Strafe zukommt. Und dies war der Grund für unseren Zusatz, wie er im Mündlichen Bericht vorliegt.

Die Frage, ob die Formulierung im Antrag, und ich zitiere aus dem Antrag, „dass Maßnahmen zu treffen sind, damit in der Steiermark eine Babyklappe und eine Stelle für anonyme Geburten eingerichtet werden soll“, die Frage ist noch offen. Ich komme da auf den Kollegen Brünner zurück, der die Frage gestellt hat, Graz oder nicht Graz. Also ich kann mir schwer vorstellen, wenn eine Babyklappe in Graz installiert ist, dass dann eine Mutter aus Radkersburg oder eine Mutter aus Liezen nach Graz fährt und ihr Baby weglegt. Ich würde es für die bessere Maßnahme halten, ich will da jetzt nicht werten, es ist beides gut und es ist beides wichtig, aber nur besser wäre nach meinem Dafürhalten eine Stelle für anonyme Geburten und ich könnte mir diese Stelle in jedem größeren Krankenhaus vorstellen. Ich würde dieser Einrichtung, wie gesagt, auch den Vorzug gegenüber der Babyklappe geben.

Frauen sind dort vor und nach der Geburt in medizinischer und psychologischer Betreuung. Ihr Baby ist in sicheren Händen und die Frauen hätten die Möglichkeit, weil Extremsituationen ausgeschlossen werden, einen Weg zu finden, wie sie ihr zukünftiges Leben mit ihrem Kind meistern könnten. Oder sie könnten auch die zweite Möglichkeit in Anspruch nehmen und ihr Baby zur Adoption freigeben. Zurzeit müssen kinderlose Ehepaare zwischen fünf und acht Jahre warten, um zu ihrem Wunschkind zu kommen, Ehepaare, die auf Herz und Niere geprüft werden, bevor sie auf die lange Warteliste kommen. Die Mutter, die sich aus welchen Gründen auch immer für eine Freigabe zur Adoption entschließt, weiß dadurch, dass ihr Kind in liebevolle Hände kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von Landesrat Dörflinger weiß ich, dass er diese Maßnahme schon länger verfolgt.

Ich darf noch einmal ersuchen zu prüfen, ob strafrechtliche Tatbestände ausgeschlossen werden können und auch zu klären, wie die Anonymität der Frauen trotz Beiziehung von Krankenkassenträgern gesichert werden kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.43 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl das Wort. Nach ihr bitte ich die Frau Abgeordnete Wicher, sich vorzubereiten.

Abg. Beutl (16.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Meine Vorrednerin hat schon sehr einfühlsam auf diese Thematik hingewiesen. Ich glaube, dass wir wirklich immer wieder sehr betroffen sind, wenn wir von den Fällen einer Kindesweglegung hören. Vor allem fehlt uns auch, glaube ich, wirklich das Verständnis, dass wir uns hineinversetzen in diese verzweifelte Notsituation, wenn schwangere Frauen diese Schwangerschaft neun Monate verdrängen und diese nicht wahrhaben wollen, bis hin, dass sie im Geburtschock dann auch ein Neugeborenes töten. Diese ausweglos scheinenden Situationen führen auch dazu, dass Frauen dann in Panik Kinder weglegen, dorthin, wo immer sie eine Chance sehen, dass das Kind sehr rasch wieder gefunden wird. Wir sollten solche Mütter und solche Frauen nicht pauschal aburteilen und sie als Rabenmütter bezeichnen oder als verantwortungslose Frauen, wie das manchmal auch geschieht, sondern wir sollten uns einfach vor Augen halten, dass diese Frauen, so wie meine Vorrednerin dargestellt hat, neun Monate lang verdrängt haben oder in Angst vor diesem Zeitpunkt gelebt haben, wo es eben zur Geburt dann kommt und wo sie sich außer Stande sehen, für dieses Kind zu sorgen und auch in Zukunft keine Chance und keine Alternative sehen.

In dieser ausweglosen Situation sollte Hilfe angeboten werden. Unsere Frau Landeshauptmann hat das schon vor Jahren angesprochen und ist nun auf Grund eines Vorfalles in Wien dann sehr konkret aktiv geworden, um eine solche Hilfsmöglichkeit in der Steiermark als Pilotprojekt einzurichten oder einrichten zu lassen, um zu vermeiden, dass Frauen in dieser Ausnahmesituation zu solchen Panikhandlungen greifen.

Es gibt Gespräche und auch schon eine positive Zusage der Caritas und der Aktion „Leben“, dass ein Konzept für ein Modellprojekt in der Steiermark erarbeitet wird. Der heutige Antrag geht auch in die Richtung, dass ein solches Modellprojekt dann auch umgesetzt wird. Ich möchte schon dazusagen, dass das eine sehr komplexe Frage ist. Wir sollten davon ausgehen, dass zunächst einmal alles getan werden sollte, um in der Prävention alle Möglichkeiten der Beratung und Hilfestellung anzubieten. Wenn dann eben eine Frau in dieser Situation ist, dass sie nicht ein und aus weiß, dann muss es tatsächlich – und da gebe ich meiner Kollegin Kaufmann Recht – mehrere Möglichkeiten im Lande geben, um ein Baby in einer Babyklappe abgeben zu können. Solche Hilfseinrichtungen sollten leicht zugänglich sein und sie sollten auch in einem Umfeld möglich sein, wo Beratung angeboten wird. Vor allem aber denke ich, dass wir auch begleitend dazu eine Art Notrufdienst einrichten sollten. Ich weiß von Oberösterreich, dass es zum Beispiel sogar im Internet eine Homepage gibt, wo man anfragen kann, wenn man etwa als Alleinerzieher oder in Familiensituationen unbürokratisch, anonym Hilfe braucht. Ich denke, dass man das begleitend dazu auch überlegen sollte.

Das, was aber ganz besonders wichtig ist, weil es in erster Linie um den Schutz und um die Garantie für das Leben des Kindes geht, ist auch, dass wir uns um die Mütter kümmern müssen, dass sie nicht polizeilich verfolgt werden. Derzeit besteht ja das Delikt „im Stich lassen eines unversorgten Kleinkindes“ und solche Mütter werden polizeilich verfolgt. Ich glaube, dass wir auch in diese Richtung Überlegungen anstellen sollten.

Ich möchte von der Babyklappe getrennt die Frage der anonymen Geburt ansprechen. Hier sind mehrere Stellen betroffen, die sich koordinieren und zusammensetzen müssen, um auch die Rechtsfragen zu klären, denn es gibt ja in Österreich die Meldepflicht. Wenn ein Kind in einem Krankenhaus geboren wird, dann hat das Krankenhaus, haben die Ärzte die Pflicht der Meldung dieser Geburt. Dasselbe gilt auch bei einer Hausgeburt. Auch dort sind die Eltern beziehungsweise die Hebamme verpflichtet, diese Geburt zu melden. Das alles ressortiert in das Innenministerium. Es sind die Jugendwohlfahrtsträger bei jeder Geburt mit eingebunden, denn von jeder Geburt muss die Personenstandsbehörde den Jugendwohlfahrtsträger verständigen. Er hat den gesetzlichen Vertreter des Kindes zu beraten und gegebenenfalls ein Hilfsangebot zu machen. Das ist die Kompetenz des Landes. Wenn Fragen der Adoption anstehen, ist das Justizministerium eingebunden und nicht zuletzt ist es auch eine Frage der medizinischen Versorgung und der Kostenabdeckung von medizinischen Leistungen, wo dann wieder das Gesundheitsministerium zuständig ist. Das heißt, es sind sehr viele öffentliche Stellen hier eingebunden und eine Koordination im Zusammenhang mit einer anonymen Geburt muss also genauestens abgeklärt werden.

Es ist natürlich auch die Frage zu klären, wer die Kosten einer solchen anonymen Geburt tragen soll. Wenn wir tatsächlich dezentral an möglichst vielen Krankenhäusern eine solche Geburt ermöglichen wollen, dann muss es wahrscheinlich einen Verein geben, der neu zu gründen wäre beziehungsweise einen Fonds „Mütter in Not“ oder wie immer man ihn nennen wollte, denn Mütter in dieser Situation wollen ja keine persönlichen Angaben machen aus ihrer Situation heraus, können daher auch keine Versicherung angeben und die anfallenden Kosten müssen abgedeckt werden.

Ganz, ganz wichtig ist aber in jedem Fall eine entsprechende Beratung, eine Betreuung, eine psychotherapeutische und rechtliche Beratung für jene Mütter, die in einer solchen Situation entweder ihr Baby abgeben oder eine anonyme Geburt in Anspruch nehmen wollen.

Es ist auch von unserer Frau Landeshauptmann die Frage angeregt worden, wenn eine Mutter ihr Baby im ersten Schock abgibt, ob man ihr nicht bis zu einem gewissen Zeitraum die Möglichkeit einräumen sollte, das Baby wieder zurückzunehmen.

Wir wissen, dass aus dem Schock heraus oft wirklich in der vollen Verzweiflung Mütter, überhaupt keinen Ausweg sehen und nach einigen Tagen ergeben sich durch Gespräche und durch Beratung dann doch Möglichkeiten und viele Mütter, und wir wissen das aus Studien, die ihre Kinder zur Adoption weggegeben haben, werden ihr Leben lang nicht damit

fertig, dass sie ihr Kind weggegeben haben, sie vergessen diese Kinder nicht. Das heißt, man sollte auch diese Möglichkeit bedenken, Müttern nach einem gewissen Zeitraum das Kind zurückzugeben, wenn sie es möchten.

Es muss uns allen klar sein, dass das immer nur eine letzte und allerletzte Ausnahme ist und bleiben soll, eine solche anonyme Geburt, aber es soll sie geben als Hilfsangebot. Ich glaube auch, dass die Frage der Adoptionen erleichtert werden sollte. Wir haben gehört von meiner Vorrednerin, wie lange das dauert. Also die Behördenverfahren sind unendlich lang und es gibt so viele Paare, die selber keine Kinder haben können und sich Kinder wünschen. Wir sollten hier sehr viel rascher und unbürokratischer Möglichkeiten der Adoption eröffnen.

Und ganz zuletzt denke ich, dass wir uns auch die Frage stellen sollten, wie die Wertigkeit in Bezug auf geborenes und ungeborenes Leben in unserem Lande aussieht, denn irgendwo fühlen sich Mütter, die ihre Kinder zur Adoption freigeben, von der Gesellschaft geächtet, als Rabenmütter bezeichnet, gleichzeitig wird es aber sehr wohl toleriert, wenn Frauen ihr Kind abtreiben lassen. Bevor man ein Kind abtreibt, sollte man Möglichkeiten zur Adoption erleichtern, denn das ist etwas, was wir uns alle wünschen. Ich bitte um Zustimmung, dass wir in der Steiermark ein solches Modellprojekt einrichten können und dass wir in Zukunft solche Hilfestellungen für Mütter in Not errichten. (Beifall bei der ÖVP. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (16.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Es tut mir wirklich sehr Leid, dass die Frau Mag. Skledar hier nicht mehr anwesend ist, weil ich hätte gerne zu den Rosen, die ihr heute gestreut wurden, noch einen Strauß dazugegeben, weil ich finde, dass sie als Patientenombudsfrau exzellente und ich würde auch sagen parteiische Arbeit leistet. Parteiische Arbeit im Sinne der Patienten und der Anliegen und Beschwerden, die Patienten haben. Ich möchte ganz kurz auf den exzellenten Bericht von Frau Mag. Skledar zurückgreifen, und zwar eine Passage, die mich ganz besonders bestürzt hat. Es geht darum, dass im Zuge des Bettenabbaues im Landesnervenkrankenhaus – also jetzt Sigmund-Freud-Krankenhaus – 22 schwerst geistig Behinderte in das Landespflegeheim Schwanberg verlegt wurden. Abgesehen davon, dass diese Menschen, die jahre- und jahrzehntelang das Landesnervenkrankenhaus, vielleicht, so sonderbar es klingt, als ihre Heimat angesehen haben, als ihre Heimat ansehen mussten, dass die plötzlich vor der Tatsache standen, heimatlos zu sein. Sie hatten sich dort einen kleinen privaten Bereich, ein kleines privates Reich eingerichtet. Klein, ich würde sagen bescheiden genug. Keiner von uns kann sich vorstellen wie es ist, in einer doch mehr oder minder geschlossenen Anstalt sein Leben verbringen zu müssen. Und diese Menschen stehen sozusagen plötzlich vor der Tatsache, heimatlos zu sein. Sie sind schwerst geistig behindert, sie haben Schwierigkeiten, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden. Das

allein ist schwer genug. Wenn man aber dann von den Umständen hört, die in diesem für die Patienten neuen Heim herrschen, wo sie untergebracht sind im ehemaligen Verwalterhaus, in einem Durchgehraum, ohne Möglichkeit auch nur ein winziges Stück Privatheit und Intimität zu haben, dann finde ich, meine Damen und Herren, und ich hoffe, Sie nehmen das auch auf, was ich Ihnen sage, grenzt das an Gewalt, Gewalt an behinderten Menschen, an Verletzung der Menschenrechte. Es ist ein Menschenrecht, dass jeder im Rahmen der Möglichkeiten auch ein gewisses Maß an Privatheit und Intimität haben muss und das ist da nicht gegeben. Wir haben vor einigen Jahren gefeiert, dass wir eine Staats-Ziel-Bestimmung haben, in der niemand auf Grund seiner Behinderung diskriminiert werden darf. Was ist dann Diskriminierung, wenn so etwas passieren kann? Wenn Menschen, die ohnehin in unserem Begriff ja praktisch kein freies Leben führen können, wenn die untergebracht werden unter Umständen, die man sonst niemandem zumuten würde? Also ich denke, dass das unbedingt abgestellt werden muss und auf keinen Fall mehr passieren darf. Ich denke, Herr Landesrat, Sie sind aus Zeitmangel heute nicht mehr dazugekommen, meine Anfrage zu beantworten, in der es darum gegangen ist, die Kompetenz der Patientenanwältin oder Patientenombudsfrau auch auf Pflegeheime beziehungsweise auf mobile Hilfsdienste auszudehnen. Ich denke, dieser Fall – und ich weiß nicht, ob das der einzige ist – wäre ein Anlass dafür, dafür zu sorgen, dass diese Patienten, diese Menschen auch einen Anwalt haben. Einen Anwalt, der für ihre Rechte eintritt. Ich weiß, es gibt dort Sachwalter, es gibt Patientenanwälte in diesen Bereichen auch, die wurden allerdings auch erst eingerichtet, nachdem massive Beschwerden eingegangen sind. Aber es wäre sehr wichtig, dass die Kompetenz der Patientenanwältin ausgeweitet wird auf Pflegeheime, um solche Dinge in Zukunft zu vermeiden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (16.59 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte quasi im Stenogramm ein paar Dinge beantworten, die ich glaube beantworten zu müssen. Und zwar der erste Punkt zum vertragslosen Zustand. Frau Abgeordnete Zitz, Sie haben gemeint, dass die Frage der Spitalsambulanzen aus Ihrer Sicht nicht ganz verständlich war und haben als Argument dafür die Frage angeführt, ob es den Leuten, die in den Spitalsambulanzen arbeiten, zumutbar wäre, dass da jetzt sozusagen noch andere Leute hineinkommen. Sie können mir glauben, ich habe mir diese Vorgangsweise sehr, sehr genau überlegt und ich bin deswegen zu dem Entschluss gekommen, diesen Vorschlag der Landesregierung zu machen, weil ich ganz einfach eine Interessensabwägung gemacht habe. Und zwar, wie schaut es aus mit jenen Leuten, die in den Spitalsambulanzen arbeiten, die zugegebenermaßen sehr gefordert sind und die Probleme haben? Wie schaut es vor allem aus mit jenen Leuten, die dann, wenn dieser vertragslose Zustand gekommen wäre, die Honorare,

die die Ärzteschaft von ihnen gefordert hätte, nicht zahlen können? Dass es nämlich einen Berg von Leuten gegeben hätte und das sind nicht nur die so genannten Kleinen, die Ausgleichszulagenbezieher, sondern ich denke da an Familien mit zwei Kindern, drei Kindern, die bei einer schönen Grippewelle dann plötzlich 2000, 3000, 4000 Schilling auf den Tisch hätten legen müssen und wenn es dann am Ende des Monats ist, das nicht tun könnten.

Und ich sagen Ihnen ganz ehrlich, ich würde auch heute wieder, wenn es wieder einmal dazu kommt und ich dazu von der Funktion her in der Lage bin, der Landesregierung den Vorschlag machen, die Spitalsambulanzen aufzumachen, weil ich glaube, dass sonst wirklich der Konflikt auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden würde. Es ist mir bewusst, dass es nicht einfach gewesen wäre. Ich habe aber gemerkt aus den Reaktionen der Leute, dass es zumindest ein bisschen eine Sicherheit gegeben hätte und die Leute das Gefühl gehabt hätten, ich kann wenigstens, auch wenn ich das Geld nicht mehr habe, wo hingehen und mir das dann leisten.

Zur ganzen Diskussion, wer ist Schuld, dass es dazu gekommen ist und wer hat dann alles vermittelt, wer hat dann alles eingegriffen. Ich halte mir zugute, dass ich in der ganzen Zeit keine Pressekonferenzen gemacht habe, keine öffentlichen Appelle gemacht habe und nichts angekündigt habe. Ich muss dazusagen, dass gerade bei der Gebietskrankenkasse die Verhandler mit einem ungeheuren Augenmaß – und ich sage dazu zum Schluss, das war gerade am letzten Tag, am Freitag Vormittag, Freitag zu Mittag – bis zur Grenze oder sogar über die Grenze des Zumutbaren hinausgegangen sind. Diese wurde im Interesse der Leute, im Interesse sozusagen auch der Versicherten gemacht, um dort nicht den vertragslosen Zustand zu haben und die Leute dort zu belasten. Das sollte man sagen.

Ein Punkt, Herr Prof. Brünner, Pflichtversicherung und Versicherungspflicht. Ich mache mir ein bisschen Sorgen, wenn das so plakativ diskutiert wird. Das wirkliche Problem bei der Versicherungspflicht ist, was tun wir mit jenen Leuten, die in Wirklichkeit in einem Versicherungssystem unattraktiv sind, die älter sind, die Leiden haben, die Dauerschäden haben et cetera. Wie diskutieren wir – (Abg. Dr. Brünner: „Herr Landesrat!“) Hören Sie mir zu, ich habe Ihnen auch zugehört. (Abg. Dr. Brünner: „Sind einzubeziehen!“)

Okay, sie sind einzubeziehen. Sie werden aber sehen, wie schwierig das ist. Wenn Sie heute schon zu einer privaten Zusatzversicherung gehen und als 45- oder 50-Jähriger versuchen, dort einen Versicherungsvertrag abzuschließen, haut es Ihnen die Augen heraus, wenn Sie dann die Versicherungsprämie sehen, die Ihnen dort vorgeschlagen wird. Und der Vorteil der Pflichtversicherung unter anderem ist bitte auch der, dass man nicht ausgeschlossen werden kann. Dass man nicht sagen kann, du bist uns zu teuer geworden, wir kündigen den Vertrag mit dir. Ich glaube, das sollten wir auch sehen.

Aber wenn wir schon darüber reden – und der Kurt Gennaro hat es angeführt –, mit diesem Vertrag, der jetzt abgeschlossen wurde, ist kein Grundproblem gelöst worden, ist kein Strukturproblem geworden. Da gebe ich Ihnen Recht.

Aber die Diskussion sollte meiner Meinung nach in eine andere Richtung gehen und ich habe das in dem Haus schon einmal gesagt und ich werde das so oft sagen bis ich glaube, dass es auch durchaus verstanden wird. Wenn wir über Kassen und Defizite reden, müssen wir einmal schauen, dass wir in Wirklichkeit es nicht geschafft haben, auch die Kassen es nicht geschafft haben, die Leistungen, die sie für die Versicherten erbringen, entsprechend auch darzustellen. Und da wieder das übliche Beispiel: Wenn Sie heute Leute fragen, die 50.000, 60.000, 70.000 Schilling im Monat verdienen, was schätzt du, wie hoch ist dein Krankenkassenbeitrag? Aber wenn deine Frau nicht arbeitet und mitversichert ist und deine zwei oder drei Kinder mitversichert sind, wie hoch ist dein Krankenkassenbeitrag, den du an die Gebietskrankenkassen zahlst? Dann kommen Antworten zwischen 5000 und 8000 Schilling. Und dann frage ich, was wärst du bereit, für die Leistungen, die du bekommst, zu zahlen? Dann sagen die Leute im Schnitt, 3000, 4000 Schilling. Und dann sage ich ihnen, dass sie 1760 Schilling bezahlen für sich selbst, für ihre Frau und für die zwei Kinder.

Meine Damen und Herren, das kann man ideologisch sehen und wenden, wie man es will. Aber man muss auch einmal die Diskussion darüber führen, ob diese Höchstbeitragsgrundlage, die wir haben, die wirklich genau jene schont und die jene ausschließt, die etwas mehr haben und die mehr beitragen könnten. Ich behaupte auch, dass die auch mehr beitragen wollten. Nur dass wir über das nicht diskutieren, gleichzeitig Selbstbehalte einführen, gleichzeitig bei jedem Arztbesuch von ihnen etwas verlangen, das ist etwas, was ich nicht verstehe und wo ich auch ehrlich gesagt jene nicht verstehe (Beifall bei der SPÖ.), die diese Vorschläge machen. Ich glaube, dass man hier eine andere Umsetzung machen müsste. Ich glaube auch, dass man wahrscheinlich den Kassen die Möglichkeit geben muss, für das, was sie leisten und was sie tun, auch zu werben.

Ein weiterer Punkt dazu, meine Damen und Herren, wir haben in der Landesregierung den Geschäftsbericht der Ärztekammer beschlossen. Die Ärztekammer führt an, wie sorgsam sie den Wohlfahrtsfonds für die Ärzte verwaltet. Als Beleg dafür wird angeführt, dass sie nur 3 Prozent des Budgets für die Verwaltung braucht. Das ist genau jener Prozentsatz, den die Kassen für die gesamte Verwaltung ihrer Versicherten brauchen. Also so hoch ist das auch nicht. Und ich appelliere ganz einfach daran, dass man auch, wenn man es schon populär rausbringt und sagt, na, die Kassen sollen sparen und dann können wir alle Probleme lösen, immer das gleiche Beispiel bringt. Von 1998 auf 1999 haben allein die Medikamentenkostensteigerungen bei der Gebietskrankenkasse 400 Millionen Schilling ausgemacht – die Medikamentenkostensteigerungen. Die gesamte Verwaltung der Gebietskrankenkasse ist genau dieser Betrag.

Also, wenn man die ganzen Beamten der Kassa raushaut, alle Häuser verkauft, keine wie immer gearbeteten Aktivitäten dort mehr setzt, ist man nur in der Lage, ein Jahr lang die Kostensteigerungen bei den Medikamenten abzufangen. Und hier werden wir ansetzen müssen und hier gibt es viele Probleme. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wir haben in Graz eine

Aktion gestartet. Wir haben eine Aktion gestartet, die heißt, wir geben den Bewohnern in verschiedenen Häuserblocks die Möglichkeit, an einem Samstag Vormittag die Medikamente, die sie zu Hause haben und nicht mehr brauchen, abzugeben. Sie würden sich wundern, was da passiert. Wir haben in drei Tagen 2,5 Tonnen Medikamente gebracht bekommen. Da haben wir noch gar nicht offensiv bei den Leuten nachgefragt. Ich glaube, dass das auch ein Punkt sein wird, wo man bei der Verschreibungspraxis sich einiges überlegen und ansetzen muss.

Zur Krankenhausdiskussion: Ich möchte nur die für mich ganz wesentlichen Punkte herausholen.

Prof. Brünner, langfristige Finanzplanung. Ich bin sofort bei Ihnen. Ich habe mit dem Präsidenten Vesko oben geredet. Ich schaffe es nicht, eine Gleichung mit vier Unbekannten zu einer verbindlichen Lösung zu bringen. Die Schwierigkeit bei den langfristigen Planungen ist, dass wir nicht wissen, wie hoch die Beiträge sind, die wir über die Kassen bekommen. Das Problem ist, dass wir nicht wissen, wie viel wir vom Bund bekommen. Und das Problem ist, dass wir nicht wissen, was der Hohe Landtag im Herbst, wenn er das Budget beschließt, zahlen wird. Wenn Sie mir erklären, wie ich das eine Planung machen soll, dann komme ich in einem Privatissimum zu Ihnen, dann mache ich das sofort.

Eines würde ich dem Hohen Haus auf jeden Fall empfehlen und da sind, glaube ich, alle gut gefahren damit, dass wir nicht die Budgets und den Zuschuss des Landes für die Krankenhäuser von Jahr zu Jahr neu verhandeln, von Jahr zu Jahr neu diskutieren und neu beschließen, sondern wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, wirklich hergehen, für die nächste Periode gibt es den und den Beitrag des Landes und man gibt den Leuten, die draußen arbeiten, die Möglichkeit, das auch vernünftig zu machen.

LKH West ist die unendliche Geschichte. Sie sagen Ihre Argumente, ich sage meine Argumente. Noch einmal in aller Kürze:

Erstens ist das kein zusätzliches Krankenhaus, sondern es ist die Verlagerung der landschaftlichen Abteilungen, die jetzt im Landeskrankenhaus sind, in das neue LKH West am Rande. Und da gibt es kritische Anmerkungen des Rechnungshofes, die kehre ich gar nicht unter den Tisch hinein. Es gibt aber auch sehr viele positive Anmerkungen des Rechnungshofes. Das habe ich versucht in diesem Zwischenbericht auch anzumerken.

Das Erste, das haben mir jetzt die Beamten des Rechnungshofes in der vorigen Woche, als sie bei mir waren, wieder bestätigt, es hat niemand daran geglaubt, dass wir ein Projekt machen, wo drei Krankenhausträger unter einen Hut zu bringen sind, nämlich die Barmherzigen Brüder, die KAGES und die AUVA. Es ist uns dort gelungen. Das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen wird dieses Projekt LKH West als Vorbildprojekt für erfolgreiche Kooperationen im Krankenhauswesen der Österreichischen Krankenanstaltenkonferenz vorschlagen, vorlegen und sagen, schaut euch das an, wie die das gemacht haben. Der eine Punkt.

Der zweite Punkt – der Wolfgang Erlitz hat es angeführt, ich weiß, dass der Bund zutiefst unglücklich ist über die Tatsache, dass er die Hälfte der Investitionen für das LKH West zahlen muss. Ich sage als Landesregierungsmitglied, und da glaube ich sind wir einer Meinung, auch mit Ihnen als Abgeordnete, dass mich das nicht stört, auch wenn das den Bund stört. Sind wir froh, dass er die Hälfte zahlt, denn alle Ersatzprojekte, die vorgeschlagen wurden, sprich weiterer Ausbau der Ordensspitäler, andere Lösungen, hätten alle vom Land zu 100 Prozent finanziert werden müssen. Und das wäre uns dann nicht billiger, sondern viel teurer gekommen.

Auch zu sagen, Pauli Tremmel, Prof. Brünner, es gibt keine Schwerpunktsetzungen. Es gibt natürlich Schwerpunktsetzungen. Eine der Schwerpunktsetzungen ist angeführt worden, ich sage es nur beispielhaft, die Geschichte in Hartberg draußen.

Selbstverständlich ist die Geburtsstation in Hartberg eine Schwerpunktsetzung, weil wir gleichzeitig daneben die Geburtsstationen aufgelassen haben. Und Pauli bitte, wiederhole dieses Märchen, das in Wien immer wieder erzählt wird, in Hartberg ist nur eine Geburtsstation gebaut worden, weil die Hartberger Bevölkerung so einfach ist und es nicht aushalten würde, dass im Taufschein des Kindes eine burgenländische Adresse drinnen steht. Das stimmt ja nicht bitte. Dass wir in der Oststeiermark eine Geburtsstation haben und brauchen, würde ich in diesem Haus nicht diskutieren und wir sollten diese auch weiterhin aufrechterhalten. Ich finde das lächerlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Punkt, Herr Prof. Brünner, der für mich sehr wesentlich ist, wir haben nur auf Quantität geschaut, und nie auf Qualität. Herr Professor, wir halten uns in allen Bereichen, in allen Bereichen an die Vorgaben, die die Fachgesellschaften machen. Das heißt, wenn die Fallzahlen unter eine gewisse Anzahl gehen, wo die Fachgesellschaften sagen, die Qualität ist nicht mehr gewährleistet, setzen wir hier ein und machen Maßnahmen und die sind nicht populär. Ich erinnere an die Diskussionen bei der Schließung in Fürstenfeld, ich erinnere an die Diskussion über Judenburg und Knittelfeld, wo man jetzt diese oder diese Meinung haben kann. Aber Faktum ist, dass wir eine wesentlich bessere Versorgung dadurch zustande bringen. Und ich sage zum Beispiel die Frage der Herzstation in Bruck oben und andere Maßnahmen, die wir in der Obersteiermark gesetzt haben, wir haben auch versucht – und ich glaube sehr erfolgreich –, in den Regionen ein besseres Serviceangebot und eine bessere Betreuung hinzubringen. Das kostet ein bisschen etwas, aber ich glaube, es zahlt sich aus und bringt eine gute Qualität.

Der letzte Punkt, zu den Krankenhäusern. Bad Aussee, Kurt, ich habe mir zeitweise schwer getan, der Diskussion oder deinem Beitrag zu folgen. Es war mir bis zum Schluss nicht klar, willst du jetzt, dass es gebaut wird oder willst du, dass es nicht gebaut wird. (Abg. Gennaro: „Sicher will er es!“ – Abg. Tasch; „Du hast fünf Jahre nicht gewusst, ob wir wollen oder nicht!“) Ja, das habe ich wirklich nicht gewusst, ob du willst oder nicht. Aber wenn du jetzt willst, ist es super zum Ende der Periode, Kurt. Faktum ist bitte schön und das sollten wir schon sehr deutlich festhalten, wir

haben den Gesundheitspark Bad Aussee nicht nur im Auge gehabt, sondern haben ihn weiterhin im Auge. Es wäre aber, glaube ich, töricht herzuzugehen und zu sagen, wenn der Hauptverband sagt, wir haben keine Finanzierung für die psychosomatische Klinik Dr. Rother und wir werden die auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht zusammenbringen, dass wir uns dann hinstellen und sagen, Hollereiduljo, fahren wir weiter, wir wollen das unbedingt. Wir bleiben dabei, wir wollen es, nur zusammenbringen werden wir es in den nächsten Monaten nicht. Und deswegen habe ich die KAGES beauftragt, übrigens mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss (Abg. Tasch: „Du hast deine Meinung geändert!“), eine Modulbauweise vorzusehen und Modul heißt, dass wir einmal ein Stückchen machen und beim Machen des einen Stückes nicht verhindern, dass das andere auch gemacht werden wird. Ihr werdet sehen, dass das funktioniert und dass das geht und wir werden noch einmal vor dem Sommer die Landesregierung damit befassen und ich gehe davon aus, dass das gut funktionieren wird. Ein bisschen traurig bin ich, ich habe mich wegen dieses Projektes Gesundheitspark Bad Aussee an die Frau Bundesministerin Sickl gewandt. Am 9. März habe ich den Brief geschrieben und ich habe bis heute keine Antwort gekriegt. Das zeigt, dass offensichtlich auch dort die Lösung des Problems nicht so einfach ist.

Eines kann ich mir nicht verkneifen, Pauli, Herr Abgeordneter Tremmel, weil sozusagen die Kritik an den Spitälern da oder dort, bei allem Guten, was passiert ist, angeklungen ist. Ich darf dir und euch etwas vorlesen. „Sehr geehrter Herr Vorstandsdirektor ...“ und so weiter, jetzt Originalzitat: „Mit großem Interesse konnten wir die Leistungen und Anstrengungen vor Augen geführt bekommen und sind wir überzeugt, dass die von Ihnen und Ihrem Vorstandskollegen und Ihrem gesamten Team unternommenen Anstrengungen zum Wohle der Patienten und damit auch im Interesse unseres Gesundheitswesens auf höchstem Niveau vorgenommen wurden. Das Qualitätsbewusstsein und die von Ihnen erreichten und angestrebten Leistungsstandards erscheinen mustergültig und wir werden daher diesen erfreulichen Besuch in Graz in bester Erinnerung behalten. Sehr gerne werden wir auf Ihre reichliche Erfahrung zurückgreifen und freuen uns schon jetzt auf eine weitere gute Zusammenarbeit.“ Der Brief stammt nicht von einem roten Parteisekretär drei Monate vor einer Wahl, sondern vom Gesundheitsstaatssekretär. Ich glaube, das zeigt schon, dass in der KAGES sehr gut gearbeitet wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Dritter Punkt, Patientenrechte. Ich schließe mich dem Dank an die Renate Skledar, die da irgendwo im Raum ist, vollinhaltlich an. Ich möchte nur zwei Punkte anmerken. Ich hoffe, dass dem Dank auch die personelle Ausstattung folgt, weil wir alle wissen müssen, dass die Patientenanzahl in Wirklichkeit an ihren Grenzen angelangt ist, allein mit den zusätzlichen privaten Spitälern und Krankenanstalten, die dazugekommen sind. Und wir haben mit den zweieinhalb Dienstposten, die wir mit dem Personalreferenten ausgehandelt haben, eine Entlastung gefunden, aber ein Dienstposten davon ist mit Herbst dieses Jahres

befristet und würde auslaufen. Ich hoffe, dass auch diese Debatte heute dazu beiträgt, dass dieser Dienstposten nicht auslaufen wird.

Ein Punkt, der mir noch aufgefallen ist, meine Damen und Herren. Wir haben immer mit Zahlen gespielt, wie viele haben sich beschwert, wie viele haben sich nicht beschwert. Und ich möchte das auch in dem Kreis sehr, sehr deutlich sagen. Es beschwerten sich meiner Meinung nach viel zu wenige. Das wirkliche Problem ist, dass wir heute noch immer gerade gewisse soziale Schichten haben, die sich nicht so rühren können, die sich nicht so artikulieren können, die noch immer im Arzt den Doktor in Weiß sehen und sich nicht trauen zu sagen, da passt mir etwas nicht, da funktioniert etwas nicht. Und so wie du, Pauli, gesagt hast, die Diskussion darüber, ob irgendeine Untersuchung durchgeführt wird oder nicht, ist für viele Bevölkerungsgruppen sehr schwer zu führen, weil sie noch immer dort stehen, das zum Teil nicht verstehen, was Ihnen gesagt wird, nervös sind, Angst haben und, und, und. Ich glaube, der für mich wesentliche Punkt wird sein, nicht was wir noch alles in eine Patientenrechtscharta hineintun können, was machen wir noch an Verlautbarungen, an Veröffentlichungen machen sollen, sondern wie kriegen wir es zustande, dass sich Leute auch getrauen das zu sagen. Wir werden da zu sehr unkonventionellen Mitteln greifen müssen und es gibt dazu einen Punkt, der mich besonders beeindruckt hat und der vielleicht für uns zum Nachdenken sein sollte. Wir haben den Sami Molcho gebeten, in ein paar Stunden mit Klinikvorständen und Spitzenmedizinern in der KAGES zu arbeiten. Und Sami Molcho hat einem Spitzenmediziner, einem Klinikvorstand gegenüber sich körpersprachlich so verhalten, wie dieser Primarius sich den Patienten gegenüber verhalten hat. Der Spitzenmediziner ist vor 30 anderen Leuten schweißüberströmt von dannen geschlichen. Ich glaube, das zeigt so deutlich, wie schwierig gerade diese Kooperation im Bereich draußen ist. Hier müssen wir weiter arbeiten und ich gebe zu, wenn es einen Punkt gibt, wo ich nach diesen viereinhalb Jahren in dem Ressort eigentlich wirklich nicht zufrieden bin, ist es der. Ich glaube, dass wir dort eine gesellschaftspolitische und Bewusstseinsveränderung noch nicht herbeigeführt haben, dass das Gesundheitswesen ein Servicebereich ist wie jeder andere, wo sich jeder bitte auch beschweren kann, sich jeder auch melden kann.

Die zweite Umkehrseite sehen wir bitte morgen und das hat heute auch ein Redner gebracht. Morgen stehen zwei Ärzte vor Gericht, weil ihnen ein Fehler vorgeworfen wird. Ich lasse jetzt dahingestellt, meine Damen und Herren, ob dieser Fehler passiert ist oder nicht, nur sollte man bitte auch sehen, wie gehen wir mit den Fehlern um. Dass nämlich Fehler gemacht werden ist klar und wahrscheinlich gar nicht so wenige. Aber wenn jeder Fehler, den ein Arzt macht, automatisch mit der Existenzvernichtung gleichgesetzt wird, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass die Fehler nicht offen diskutiert werden, sondern dass wir in Wirklichkeit hier auch dort oder da Versuche haben Fehler zu verniedlichen oder Fehler auf die Seite zu bringen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das gibt es im KAGES-Bereich auch!“)

Es geht um die KAGES. Morgen reden wir über ein KAGES-Spital und zwei Ärzte in einem KAGES-Spital. Ich tue nicht so, als ob das woanders wäre. Das gibt es bei uns genauso. Die Polarität, Leute, die sich nichts sagen trauen und auf der anderen Seite Leute, die Angst haben müssen einen Fehler zuzugestehen, weil der Fehler katastrophal war und katastrophale Folgen hatte, aber einer war, der passieren kann. Und ich glaube, wenn wir das zusammenführen, dann wären wir da einen sehr großen Schritt weiter.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich am Ende dieser Legislaturperiode für die fairen Diskussionen, die wir gehabt haben, die zeitweise ein bisschen härter waren, ein bisschen weniger hart waren. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern in meinem Büro, die es auch nicht immer leicht gehabt haben. Ich bedanke mich bei meinem Klub, der mich tollst unterstützt hat, auch bei anderen Klubs. Und vielleicht zum Schluss eine politische Anmerkung. Ich glaube, dass das Gesundheitswesen für radikale Experimente nicht geeignet ist. Es besteht die Gefahr, dass wir ein System zerschlagen, das in Wirklichkeit hervorragend funktioniert. Das österreichische Gesundheitssystem wird von vielen beneidet. Um es auf die schönen Zahlen zurückzubringen, wir geben in Österreich 8,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Gesundheitswesen aus, in Deutschland geben sie über 12 Prozent aus und in Amerika sind es 13 Prozent und beide Systeme sind nicht vergleichbar mit unserem, weil sie zum Teil wesentlich schlechter sind, zum Teil viel weniger Leuten wirklich helfen können. Ich glaube, bei allem, was in Zukunft die neue Regierung in Wien macht, sollte man bedenken, es wird viel leichter irgendetwas kaputt gemacht, als Neues, Besseres wieder aufgebaut. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.21 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir müssen aber 16-mal abstimmen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1480/1 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Garantie der Qualitätssicherung in den Steiermärkischen Krankenanstalten, zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 760/7 zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der Grünen und der ÖVP, betreffend naturheilkundliche TherapeutInnen, zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1505/1 zustimmen, ersuche ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Konsequenzen aus dem Bericht der Patientenombudsfrau, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wahrung von Patientenrechten durch Sicherstellung der Flugrettung in der Steiermark, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend organisatorische und strukturelle Maßnahmen im Bereich der Steiermärkischen Patientenvertretung, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Entwicklung einer Patientenrechtscharta, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1488/1 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 800/7 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Psychotherapie auf Krankenschein, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der Grünen und der ÖVP, betreffend Bericht über die psychosoziale Versorgung in der Steiermark, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1023/4 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1217/1 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Strukturkonzept über die medizinische Versorgung in der Steiermark, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

34. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1508/1, über die Steiermärkische Kranken-

anstaltengesellschaft mbH., den Kostenersatz für den klinischen Mehraufwand, den Abwasserverband Grazerfeld.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (17.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 3. Juli 2000 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1508/1, über die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH., den Kostenersatz für den klinischen Mehraufwand und den Abwasserverband Grazerfeld beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1508/1, über die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH., den Kostenersatz für den klinischen Mehraufwand und den Abwasserverband Grazerfeld wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (17.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter und erteile dem Herrn Abgeordneten Bacher das Wort.

Abg. Bacher (17.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kurz ein paar Sätze zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Erlitz. Das war eine sehr brennende Rede und du hast auch gemeint in deinen Ausführungen, dass die Abgangsdeckung bei der KAGES in der Zeit, wo der Landesrat Dörflinger zuständig ist, gesunken ist. Ich möchte da schon die ganze Wahrheit sagen und möchte ein paar Zahlen bekannt geben. (Abg. Mag. Erlitz: „Gesellschafterzuschuss!“)

Ja, Gesellschafterzuschuss, betrug 1997 inklusive Auflösung der Rücklagen 2,2 Milliarden Schilling und ist im Jahr 2000 auf 4,1 Milliarden Schilling gestiegen – Gesellschafterzuschuss plus Auflösung der Rücklagen. Das bedeutet, wenn wir über das Budget der KAGES im Jahr 2000 sprechen, müssen wir von einem Basiswert von 4,2 Milliarden Schilling ausgehen. Nur damit das auch zur Wahrheit hier herinnen gesagt wird.

Die Beiträge am Gesamtbudget, Kollege Erlitz, betragen, höre zu, betragen im Jahr 1997 5,9 Prozent und im Jahr 2000 8,8 Prozent. Wenn man die Ausgaben auf die Einwohner pro Kopf umrechnet, das heißt vom Säugling bis zum alten Menschen, dann haben wir im Jahr 1997 pro Kopf in der Steiermark 1.890,80 Schilling ausgegeben und im Jahr 2000 3.490,80 Schilling, ausschließlich zur Finanzierung der steirischen Spitäler. Das ist die Wahrheit.

Zweiter Punkt: Es will niemand hier in dem Haus unser Gesundheitssystem zerschlagen. Ich glaube, es geht manchmal nur um ein paar Kurskorrekturen. Und da auch nur ein, zwei Sätze dazu: Es ist bekannt, dass die steirische Sozialversicherung, die Krankenkasse 400 Millionen Schilling Abgang hat, steigert sich auf 600 Millionen im Jahr 2001. Insgesamt haben die Sozialversicherungen 1999 3,4 Milliarden Schilling Sanierungsbedarf, im Jahr 2000 5,5 Milliarden Schil-

ling und im Jahr 2001 9 Milliarden Schilling. (Abg. Gennaro: „3 Milliarden Arbeitgeberbeiträge!“) Nicht dazugerechnet die Einführung der Chipkarte, da werden berechnet Kosten von 300 Millionen Schilling. Nicht berechnet Psychiatrievertrag, noch einmal zusätzlich eine Milliarde und so weiter dazu kommen.

Das heißt, es kommen zusätzlich Finanzierungsprobleme auf das System zu. Ich glaube, es ist nur fair genug, dass man über diese Dinge auch offen redet, ohne dass man etwas kaputt machen will, ohne dass man etwas über Bord schmeißen will, sondern dass man die Dinge einfach offen anspricht.

Ich komme nun zu diesem Entschließungsantrag im Zusammenhang mit dem Wahrnehmungsbericht betreffend den klinischen Mehraufwand.

Hier auch nur zwei Sätze. Es ist bekannt, dass seit Jahren das AKH Wien permanent bevorteilt wird vom Bund im Zusammenhang mit dem klinischen Mehraufwand und die Steiermark eklatant benachteiligt wird.

Ich stelle daher einen Entschließungsantrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, durch das zuständige Landesregierungsmitglied umgehend Verhandlungen mit dem Bund dahingehend aufzunehmen, damit Maßnahmen für eine gleiche Behandlung der Träger von Universitätskliniken beim Kostenersatz des klinischen Mehraufwandes getroffen werden, in Zukunft vom Bund im Vergleich zu den anderen Universitätskliniken Graz und Innsbruck nicht mehr deutlich mehr Finanzmittel für die Universitätskliniken am AKH Wien aufgewendet werden und dem Land Steiermark wie der Stadt Wien die vollständige Besoldung der Ärzte am Universitätsklinikum durch den Bund abgegolten wird. Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (17.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte jetzt nicht zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen, sondern ich möchte ein paar grundsätzliche Dinge sagen aus meiner Sicht, die ich in den letzten fünf Jahre erlebt habe. Es wird meine letzte offizielle Landtagssitzung sein. Am 19. Juli gibt es ja nur mehr die „Auflösung“ des Landtages und deshalb möchte ich hier jetzt ein paar Worte an Sie richten. Ich möchte mich zuerst einmal bedanken für die gute Zusammenarbeit und für die Unterstützung, die Sie mir und dem Liberalen Forum, als ich noch dabei war, gewährt haben. Ich habe das als sehr positiv gesehen, zumal es ja am Anfang gerade für eine kleine Fraktion nicht so leicht war, hier konstruktive Arbeit zu leisten. Ich bedanke mich auch speziell für die Hilfestellungen und für die Anerkennung bei allen Fraktionen nach meinem Austritt. Ich habe in den letzten fünf Jahren viele positive Erfahrungen, als auch negative Erfahrungen gemacht. Ich fange mit den positiven an. Ich habe sehr viel gelernt und ich bin draufgekommen, dass ich das, was ich hier und in der Politik gelernt habe, auch im täglichen Leben verwenden kann. Das

heißt, ich bin aus meiner Sicht zielstrebig geworden, ich bin aus meiner Sicht strategisch denkender geworden und das sind Erfahrungen, die man auch immer wieder verwenden kann. Als positive Erfahrung habe ich auch gelernt, dass es mir Spaß gemacht hat, mich politisch provozieren zu lassen. Ich hoffe, es hat Ihnen auch Spaß gemacht, wenn ich teilweise etwas schärfere Attacken an die verschiedenen Fraktionen los geworden bin, aber es war von meiner Seite her eine Herausforderung und ich meine, das ist politische Arbeit und so sollte sie auch sein. (Abg. Gross: „Du hast meistens die dementsprechenden Antworten gekriegt, gel?“) Damit habe ich kein Problem.

Und jetzt möchte ich noch zu den negativen Erfahrungen kommen und zwar zu einer negativen Erfahrung, die mir Angst einjagt. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass es sehr leicht ist, Menschen zu manipulieren. Das ist eine Eigenschaft, mit der man sehr sorgfältig umgehen muss und wo auch die Politik gefordert ist, damit sehr sorgfältig umzugehen. Ich denke nämlich, wenn gerade politisch hier nicht dagegen gearbeitet wird, ist es leicht, wenn jemand da ist, der das gut kann natürlich – nur unter der Voraussetzung, denn es kann nicht jeder Leute manipulieren –, dann ist es gerade für den- oder diejenige besonders leicht, hier Politik mit Emotionen zu machen, um eben leichter die Leute manipulieren zu können.

Ich muss auch sagen, in den letzten fünf Jahren hat sich die Politik diesbezüglich schon verändert. Ich meine, man geht etwas leichtfertiger mit den Emotionen der Bevölkerung um, man spekuliert auch leichtfertiger mit den Emotionen und ich denke, da sind die Politiker aufgefordert dagegen anzukämpfen und dagegen etwas zu unternehmen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas – und das ist mir ein besonderes Anliegen – zur Frauenpolitik sagen. Ich meine, Frauenanliegen sind parteiübergreifend und da meine ich nicht nur die Frauen, sondern speziell auch die Männer. Ich denke, die Männer sind frauenpolitisch sehr gefordert und ich bitte Sie, das auch anzunehmen, weil ich glaube, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung geweckt werden muss in Bezug auf Frauenpolitik. Und das Bewusstsein kann nur dann geweckt werden, wenn eben die Politik – und da sind Mann und Frau gefordert – dieses Bewusstsein vorlebt und dieses Bewusstsein versucht in der Öffentlichkeit zu forcieren. Ich denke, dann wird es kurz-, mittel- oder ich hoffe nicht längerfristig möglich sein, eine Gleichstellung für Mann und Frau in der Gesellschaft zu erreichen. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich auch, Frau Kollegin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (17.36 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes. Ich möchte zwei Entschließungsanträge stellen. Der eine schlägt in die gleiche Kerbe wie Herr Kollege Bacher, nämlich was den klinischen Mehraufwand an den drei Standorten der Medizinischen Fakultäten anbelangt. Es ist schlicht und einfach inakzeptabel, dass seit Jahren die Verordnung, mit der die Kriterien für die

Bemessung des klinischen Mehraufwandes definiert werden sollen, nicht erlassen wird. Ich gestehe dem Bund zu, dass eine solche Festlegung der Kriterien nicht leicht ist. Wir haben die gleiche Problematik, was die Budgetmittelverteilung zwischen den zwölf wissenschaftlichen Universitäten in Österreich anbelangt. Auch da weiß keine Universität, warum die andere so viel und sie so viel bekommt. Auch dort täten wir, das brauchen. Und ich bin mir bewusst, dass es nicht leicht ist, aber im Sinne von Transparenz, im Sinne von Rechtfertigung der Finanzmittelzuweisung ist es unabdingbar.

Die Abgeordneten Brünner und Zitz stellen folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, die Grundzüge für die Ermittlung des klinischen Mehraufwandes – in welcher Rechtsform die Zuerkennung dieses Mehraufwandes auch immer erfolgen mag – festzulegen und dabei sicherzustellen, dass gleiche Tatbestände an den Universitätskliniken in Wien, Innsbruck und Graz gleich behandelt werden.

Und ein Zweites, zur Frage Hauptberuflichkeit oder nicht für den medizinischen Bereichsdirektor. Diejenigen, die im Ausschuss gewesen sind, wissen, was ich dort gesagt habe, nämlich dass wir wieder an den Universitäten das gleiche Problem mit Rektor, hauptberuflich ja oder nein, gehabt haben. Quer durch die Welt in erfolgreichen Universitätssystemen werden diese Leitungsfunktionen hauptberuflich ausgeübt, was nicht anders möglich ist, weil mit diesen Leitungsfunktionen, auch mit denen eines medizinischen Bereichsdirektors, wichtige Aufgaben verbunden sind, die nicht nebenberuflich erfüllt werden können. Für mich gibt es nur eine Alternative, entweder die, die der Rechnungshof aufgezeigt hat, nämlich dass diese Funktion überhaupt aufgelöst wird, wenn sie nicht hauptberuflich erfüllt wird, oder – und das ist meine Position – die hauptberufliche Bestellung des medizinischen Bereichsdirektors. In diese Richtung zielt auch ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner und Zitz.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Funktion des medizinischen Bereichsdirektors der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. hauptberuflich ausgeübt wird.

Ich bitte Sie um Annahme dieser beiden Entschließungsanträge. (17.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 34 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke schön.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu dem Entschließungsantrag der ÖVP wegen des klinischen Mehraufwandes. Wer stimmt diesem Antrag zu? Gegenprobe.

Annahme des Antrages.

Ich frage Sie, ob Sie dem Entschließungsantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Ermittlung des klinischen Mehraufwandes, zustimmen. Ich bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Und schließlich den soeben von Herrn Dr. Brünner vorgetragenen Entschließungsantrag von LIF und Grünen, betreffend die hauptberufliche Tätigkeit des medizinischen Bereichsdirektors der KAGES. Wer stimmt diesem Antrag zu? Danke, Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Also, dann wiederholen wir eine Abstimmung. Der Herr Hofrat der Stenografinnen hat irgendeine Unklarheit entdeckt. Ich wiederhole also noch einmal. Wer dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend den klinischen Mehraufwand – vorgetragen vom Herrn Abgeordneten Bacher – zustimmt, den bitte ich, dies durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

41. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1503/1, betreffend den Erwerb des Grundstückes „Karpellus“, EZ. 225, KG. 65301 Adendorf, zum Kaufpreis von 2 Millionen Schilling.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (17.41 Uhr): Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 387:

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2000 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1503/1, betreffend den Erwerb des Grundstückes „Karpellus“, EZ. 225, KG. 65301 Adendorf, zum Kaufpreis von 2 Millionen beraten.

Der Finanz-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Dem Kauf der Liegenschaft EZ. 225, KG. 65301 Adendorf, zum Kaufpreis von 2 Millionen Schilling durch das Land Steiermark wird gemäß der oben dargelegten Finanzierungsweise zugestimmt. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (17.42 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatte.

Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 1253/1, der Abgeordneten Dietrich, Schinnerl, Porta und Ing. Peinhaupt, betreffend Windkraftanlagen.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Porta (17.42 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 372:

Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie hat in seinen Sitzungen am 12. Oktober 1999, 30. Mai 2000 und 27. Juni 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1253/1,

der Abgeordneten Dietrich, Schinnerl, Porta und Ing. Peinhaupt, betreffend Windkraftanlagen, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, erstens die ein Gesamtkonzept über die Nutzung von Windkraftanlagen in der Steiermark erstellt; zweitens die speziell Windkraftanlagen auf Almen nach energiepolitischen Aspekten sowie deren Auswirkungen auf das Landschaftsbild, den Tourismus und so weiter untersucht und die mögliche Anzahl an Windkraftanlagen sowie mögliche Standorte festlegt. Ich bitte um Annahme! (17.43 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich.

Es liegen mir da zwei Entschließungsanträge vor, aber keine Wortmeldung. Das wird soeben ausgebessert.

Herr Abgeordneter Hagenauer, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Hagenauer (17.43 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ganz kurz zum Thema. Die Windkraftanlagen und damit die Alternativenenergien in der Steiermark haben nach einigem Hin und Her jetzt eine Grundlage für die Finanzierung, nämlich diese Einspeisetarife-Verordnung. Das ist übrigens der Grund, warum wir dem Antrag der FPÖ nicht beitreten können auf Erlassung einer derartigen Verordnung, weil diese Verordnung ist vor zirka zwei Monaten erlassen worden.

Diese Verordnung hat, um das Positive herauszustreichen, auch für den Bereich Windenergie durchaus Tarife gebracht, wo die Betreiber derartiger Anlagen zufrieden sein müssen. Dasselbe gilt für andere Bereiche auch.

Wenn Sie sich erinnern an die teilweise harten und nervigen Auseinandersetzungen um dieses Thema ELWOG und Einspeisetarife, dann kann man sagen, das hat sich durchaus gelohnt, dass der Landtag sich eingemischt und darauf bestanden hat, dass hier nach entsprechenden Grundlagen, die der Herr Landesenergiebeauftragte erarbeitet hat, etwas erlassen wird, wo man sagen kann, das hat Hand und Fuß, das ist nicht irgendwas, sondern das entspricht dem, was sich die Betreiber erwarten.

Mit einer Einschränkung, das muss man dazusagen und die kann sich als nicht ohne herausstellen. Ich kann es heute nicht sagen. Im Gegensatz zum Entwurf für diese Verordnung ist schlussendlich im Text keine zeitliche Festlegung drinnen. Das heißt, es stehen Tarife drinnen, aber keine Gültigkeitsdauer. Was so etwas wert ist, das können Sie sich ausrechnen, vor allem für die Betreiber von Anlagen. Wenn ich da heute ein paar Millionen Schilling in die Hand nehme, dann ist das ganz gut zu wissen, weil sonst komme ich nämlich fast in die Nähe einer fahrlässigen Krida, wenn ich nicht weiß, für welchen Zeitraum gelten diese Tarife. Auch hier, wenn Sie sich erinnern, haben wir beim Thema Kleinwasserkraft an sich, wenn auch in diesem Punkt vergeblich, uns in den Unterausschussberatungen relativ lange unterhalten und waren

wir uns an sich schon fast einig, dass man hier einen entsprechenden Schutz der Investoren vorsehen sollte. Das heißt, diejenigen, die ihre Anlagen schon ausfinanziert haben, brauchen den nicht und die, die sich heute darauf einlassen, auch nicht, weil die wissen, was sie tun. Aber die, die vor kurzem investiert haben, die hätten einen derartigen Schutz verdient gehabt. Ist nicht passiert. Bei der Kleinwasserkraft nicht und in dem Sinn auch nicht bei allen anderen.

Ich bin trotzdem optimistisch und hoffe hier einfach auf den Druck der Öffentlichkeit, auf das politische Klima, das verhindert, dass dann tatsächlich die Landesregierung beziehungsweise die Landeshauptfrau diese Tarife über Nacht wieder ungültig macht beziehungsweise reduziert.

Ein zweiter Punkt, und das bringt mich dann auch schon zu einem Entschließungsantrag, den wir einbringen möchten, das sind die Arbeitsplätze in dem Bereich. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, auch im Zuge dieser Verhandlungen über die Einspeisetarife, dass es halt schön wäre, wenn man so etwas wie einen Ökocluster oder Alternativenenergiecluster auch hätte, zusätzlich zum Automobilcluster. Böse formuliert könnte ich jetzt sagen, dazu reichen offenbar die Kräfte nicht. So ist es halt im Leben. Entweder machst das oder machst das andere. Aber das hilft uns nicht weiter – eine Polemik.

Fest steht, dass wir auch – die Sozialdemokratie hat das ein paarmal bereits angeschnitten, der Herr Landeshauptfraustellvertreter auch heute, wenn ich mich richtig erinnere – durchaus gut beraten wären, wenn wir bei der Wirtschaftsförderung langfristig auf Technologieaspekte ein bestimmtes Augenmerk wenden würden und nicht nur auf die Erfolge von heute oder morgen achten und die von übermorgen aus dem Auge verlieren in wesentlichen Bereichen unserer Wirtschaft. Und die Alternativenenergie kann so einer werden, sie ist es noch nicht, aber sie kann so einer werden. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, darüber sind wir uns bei den Sonntagsreden ja eh immer alle einig. Sie kann zu einer werden, sie muss es sogar werden, weil, wenn man sich die Situation im CO₂-Bereich oder auch bei den fossilen Brennstoffen anschaut, dann kann man sich das letztlich an fünf Fingern ausrechnen. Da braucht man kein großer Wirtschaftspolitiker sein.

Diese Einspeisetarife wären eigentlich und die Alternativenenergiethematik wäre jetzt ein günstiger Anlass gewesen – ich habe es auch ein paarmal versucht zu ventilieren –, dass man hergeht und sagt, na gut, wenn wir jetzt schon Tarife festlegen, wenn wir jetzt schon eine Entscheidung treffen, die für die Wirtschaft relevant ist, dann bitte setzen wir uns mit der Wirtschaft zusammen, überlegen wir uns, in welchen Bereichen wir Alternativenenergien fördern wollen, damit die dann auch tatsächlich mit Unterstützung dieser Tarife etwas machen können. Das ist nicht passiert!

Ein bisschen erinnert mich das an die Sicherheitsgurt-Geschichte von vor vielen Jahren, wo die Republik das eingeführt hat und dann hat sich herausgestellt, in ganz Österreich gibt es dafür keinen Hersteller. Schade, ist nicht passiert!

Zum Abschluss, bevor ich meinen Antrag vorbringe, eine Anmerkung zum zweiten Beschlussantrag der FPÖ, betreffend die Müllverbrennungsanlagen beziehungsweise das Kraftwerk ÖDK.

Ich bin, was den Bereich der Unterstützung, auch der tariflichen Braunkohleverstromung anbelangt, durchaus auf Ihrer Seite, wie schon in der Vergangenheit. Ich kann allerdings mit Ihnen nicht mitgehen, wenn Sie sagen, die Biomasseverstromung wird das Kraftwerk in Voitsberg retten. Auch das habe ich, glaube ich, schon einmal gesagt, das Kraftwerk hat 320 Megawatt, eine Kesselleistung von 700, 800 Megawatt. Sie können sich ungefähr vorstellen, was das bedeuten würde, wenn man da diese riesigen Mengen aus Biomasse bereitstellen müsste. Sehen Sie, dann kommt noch dazu, dass man die Abwärme in Voitsberg nur zu einem sehr geringen Teil nutzen kann. Kurz und gut, ich halte es einfach für, genau aus dem Grund, nämlich technologiepolitisch, eine Sackgasse.

Der Wirkungsgrad ist sehr schlecht bei dem Kraftwerk, weil die Abwärme nicht genutzt werden kann. Ich komme auf 35 Prozent, 40 Prozent nicht. Wie soll ich den Bauern auf der Seite für ihre Biomasse etwas zahlen, damit sie wirklich etwas haben davon? Wie soll sich denn das ausgehen? Noch dazu bei den jetzigen stark gesunkenen Preisen am Stromsektor. Das heißt, worauf ich hinaus will ist das, es wäre klüger für die Biomasse etwas zu machen, aber dann gleich in Technologien einzusteigen, die nur Biomasse nutzen, und nicht dem Irrglauben aufzusitzen, dass ich ein altes Kohlekraftwerk mit Holzverfeuerung retten kann. Das geht sich hinten und vorne nicht aus. Und ich sage Ihnen, was dabei herauskommt, nämlich die Müllverbrennung. Wenn Sie den Kraftwerkstandort retten wollen, der ja ein alter Kraftwerkstandort in Gottes Namen ist, und glauben, Sie können das mit Sondermüllverfeuerung machen, dann haben Sie halt zumindest nicht die Unterstützung der Grünen und Sie haben auch dem Land auf die Dauer nichts Gutes getan. Ich bringe daher den Entschließungsantrag der Grünen vor. Wir gehen davon aus, dass gestern Vormittag das Klimabündnis Österreich, vertreten durch Bürgermeister der Klimabündnis-Gemeinden unter anderem auch aus der Steiermark ihre dringendsten Klimaschutzforderungen an Bundesminister Molterer vorgebracht haben.

In diesem Antrag wird gefordert, insbesondere die Ratifizierung des Kyoto-Protokolles, um damit auch völkerrechtlich verbindlich sicherzustellen, dass dieses Ziel rechtsverbindlich umgesetzt werden muss. Das Reduktionsziel von minus 13 Prozent CO₂ würde in Österreich auch ein Arbeitsplatzpotential von – je nach Schätzung – 20.000 bis 70.000 Arbeitsplätzen schaffen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung heranzutreten:

Das Kyoto-Protokoll soll noch vor der 6. Konferenz im November 2000 ratifiziert werden. Weiters sollte sich Österreich selbst verpflichten, auf die Anwendung der Schlupflöcher des Kyoto-Protokolles zu verzichten und zu 100 Prozent sein Reduktionsziel in Österreich

erfüllen. Österreich muss sich vehement für einen Ausschluss von Atom- und Kohlekraftwerken zur Anrechnung von CO₂-Krediten aussprechen.

Konkrete Schritte zu einer echten Ökologisierung des Steuersystems sind zu setzen. Danke für die Aufmerksamkeit! (17.54 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Porta das Wort.

Abg. Porta (17.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren!

Mein Vorredner, Herr Hagenauer, hat erwähnt, dass er das nicht für besonders günstig finden würde, wenn die ÖDK III zum Teil auf Verfeuerung von Biomasse umgerüstet werden würde. Ich möchte nur sagen, aus aktuellem Grund haben wir Freiheitlichen diesen Antrag eingebracht. Ein Zentralbetriebsrat meiner Region ist an mich herangetreten und hat gesagt, in den nächsten Tagen, in den nächsten Wochen wird eine Vorstandssitzung zwischen den Eigentümern der ÖDK III, das ist KELAG, und dem Verbund stattfinden und da wird der Ausstieg oder zumindest der Verkauf oder die Schließung der kalorischen Kraftwerke Sankt Andrä und Zeltweg als Tagesordnungspunkt behandelt werden. Da durch Strompreisliberalisierung die Strompreise, die Tarife so gesunken sind, ist eine wirtschaftliche Weiterführung der ÖDK III und dieser kalorischen Kraftwerke, die mit heimischer Braunkohle betrieben werden, einfach nicht mehr sinnvoll – und das war die andere Bedingung –, wenn, wir haben ja schon einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht, wenn nicht diese überhöhten Betriebskosten seitens EU oder des Bundes abgegolten werden. Und da hat es ja schon einmal im ElWOG detaillierte Zusagen gegeben, dass eben diese Betriebskosten abgegolten werden. Aber bis jetzt ist diese Zusage leider noch nicht erfüllt worden und sind diese Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden. Da hat es einen Antrag im Landtag gegeben, der ist von der Sozialdemokratie gekommen, den wir auch alle unterstützt haben, es wäre ja sinnvoll, diese Großinvestition, es sind ja über 4 Milliarden Schilling in das Kohlekraftwerk ÖDK III investiert worden für die Technik, Entschwefelungsanlagen, Rauchgasreinigungsanlagen, dass man das weiter nützen sollte, das wäre für die Region irrsinnig wichtig und dass wir Biomasse dazu verfeuern werden. Da gibt es eben die Möglichkeit, ich habe mich da erkundigt, dass man 50 Prozent Braunkohle und 50 Prozent Biomasse mit verfeuert. Das hätte den doppelten Vorteil, dass wir a) den Kohleliefervertrag weiter zumindest bis zum Jahre 2004 zwischen GKB und der ÖDK einhalten könnten und unter anderem b) wieder diesem Ziel, dem 3-Prozent-Anteil erneuerbarer Energie am Energieaufkommen auch näherkommen könnten. Und wenn es dann einen entsprechenden Einspeisetarif für erneuerbare Energie gäbe, dann wäre das sicher eine zielführende und sinnvolle Maßnahme, die der Region Voitsberg sicher dienen würde. Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages, den ich einbringen werde.

Ich bringe jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Porta und Grabmaier ein, betreffend Einsatz von Biomasse.

Im Zuge der Strompreisliberalisierung ist es zu einer drastischen Verbilligung des Strompreises gekommen. Die ÖDK III, bei der je zur Hälfte die KELAG und der Verbund beteiligt sind, ist nicht ohne Abgeltung der erhöhten Erzeugungskosten in der Lage den Kohleliefervertrag mit der GK einzuhalten.

Die Aufkündigung dieses Liefervertrages würde die sofortige Schließung des GKB-Bergbaues bedeuten und den Bestand der ÖDK III gefährden. Über 1000 Arbeitsplätze wären dann in Frage gestellt.

Das vom Landtag am 14. Dezember 1999 geforderte Sonderinvestitionsprogramm „Erneuerbare Energie“ würde den Problemen der Region durch den Einsatz von Biomasse in thermischen Großkraftwerksanlagen Abhilfe schaffen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens auf die Bundesregierung einzuwirken, dass eine Abgeltung der erhöhten Stromerzeugungskosten möglich ist, zweitens wenn eine Abgeltung der erhöhten Stromerzeugungskosten nicht möglich ist, sich für die Umsetzung des vom Landtag geforderten Sonderinvestitionsprogrammes „Erneuerbare Energie“ einzusetzen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.58 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.58 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Wir haben uns mittlerweile ein ganzes Netzwerk an Verpflichtungen geschaffen. Es gilt nun für den Steiermärkischen Landtag, der sich ja auch als Kontrollorgan verstehen muss, die Einhaltung dieser Verpflichtungen und die Umsetzung dieser Verpflichtungen auch zu beobachten und zu kontrollieren. Schon erwähnt wurde die Kyoto-Verpflichtung, die wir im Rahmen eines internationalen Vertrages eingegangen sind. Hier steht die Ratifizierung durch die Bundesregierung und durch den Nationalrat aus. Ich glaube, dass das in den nächsten Monaten wohl erfolgen wird. Diese Verpflichtung ist noch unter Minister Bartenstein eingegangen worden.

Wir selbst haben uns verpflichtet, bis zum Jahre 2005 drei Prozent des Stromverbrauches in der Steiermark aus neuen erneuerbaren Energieträgern einzuspeisen und das Land Steiermark als Körperschaft ist auch Mitglied des Klimabündnisses. Das bedeutet die Reduktion der CO₂-Emission auf unserem Gebiet um minus 50 Prozent bis 2010.

Meine Damen und Herren, diese Ziele können sicherlich nicht nur durch ordnungspolitische oder finanzpolitische Maßnahmen erreicht werden. Hier gilt es auch in Bewusstseinsveränderung zu investieren, in Informationsarbeit, in Kommunikationsarbeit. In diesem Zusammenhang bedauere ich es außerordentlich, Herr Landesrat Pörtl, dass du nicht bereit warst, in eine derartige Informationsaktivität zu investieren. Wenn du mir vielleicht eine Sekunde die

Aufmerksamkeit schenkt – tut er nicht. Na ja, Frauen sind nun auch einmal für Erich Pörtl attraktiver als Landtagsdebatten.

Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass das Land Steiermark – (Landesrat Pörtl: „Wir sind bei den Windradln, Herr Kollege!“) Ich danke dir für diese mir auch wirklich zustehende Aufmerksamkeit, Herr Landesrat. Ich habe gerade hier ausgeführt, dass ich es bedauere, dass das Land Steiermark seinen Verpflichtungen und insbesondere seinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Klimabündnis, wie ich glaube, in mangelhafter Art und Weise nachkommt. Ich habe darauf hingewiesen, dass Bewusstseinsarbeit, Kommunikation, Information besonders wichtig sind. Erfahren zu müssen, dass aus deinem Ressort, dem Umweltressort, das ja auch für den Klimaschutz zuständig ist, so gar kein Beitrag für eine Informationseinrichtung, genannt Amazonas-Haus im Grazer Burggarten bereitgestellt wird, hat mich persönlich schon sehr enttäuscht.

Ich halte das für eine außerordentlich engagierte Aktivität des Klimabündnis Steiermark. Wir dürfen nicht vergessen, beim Klimabündnis Steiermark sind mittlerweile weit über 100 steirische Gemeinden mit engagiert, die sich auch erwarten, dass das Land Steiermark in diesem Bereich Vorbildrolle einnimmt und eben auch etwas investiert in Informations- und Kommunikationsarbeit, in Aufklärungsarbeit. Wie gesagt, ich glaube, dass eine Einrichtung, wie beispielsweise dieses Amazonas-Haus, in dessen Rahmen eben auch Aufklärungsarbeit für Bürgerinnen und Bürger, für Schülerinnen und Schüler betrieben werden könnte, ganz analog zur Abfallpolitik, wo wir doch den einen oder anderen Erfolg erzielen konnten, durch Aufklärungsarbeit, durch die Arbeit der Abfallberater, dass in diesem Rahmen auch einiges geleistet werden könnte. Ich hoffe, dass du in die Budgetverhandlungen zum Jahr 2001 diese Idee einbringen wirst und die von dir zu tragenden Verpflichtungen im Rahmen des Klimabündnisses – ich erwähne hier aber auch das 3-Prozent-Ziel, die Kyoto-Verpflichtungen – auch einlösen wirst.

Die SPÖ stimmt dem Ansinnen der Freiheitlichen Partei, sozusagen Raumordnung für Windkraftanlagen durchzuführen, sehr deutlich zu. Ich glaube, dass man damit, indem man rechtzeitig raumordnerische Maßnahmen durchführt, indem man rechtzeitig planende Maßnahmen durchführt, vielen Konflikten in dem Zusammenhang, die sich ergeben können und wahrscheinlich bei einer entsprechenden Dichte der Windkraftanlagen auch ergeben werden, ausweichen und sie lösen kann.

Ich glaube aber, dass es wohl nicht nur die Windkraftanlagen allein sein können, die zur Erreichung unserer Ziele, unserer Verpflichtungen dienen können, sondern auch andere Maßnahmen erforderlich sind. Eine zentrale Maßnahme wurde hier bereits angesprochen. Es geht darum, dass in kalorischen Kraftwerken Biomasse mit verfeuert wird. Ich bin nicht der Ansicht von Kollegen Hagenauer, dass hier ein Problem damit verbunden ist. Das beweisen die Kraftwerke Sankt Andrä und Zeltweg, glaube ich, recht schlagend, dass das sehr gut funktioniert. Ich denke auch nicht, dass hier Abfallverbrennung vorbereitet wird, sondern ich glaube, dass es eine gute Chance

dieser kalorischen Kraftwerke ist, die sich im Wesentlichen auf dem neuesten Stand der Technik befinden, jedenfalls was die Ablufttechnologie betrifft, und sehr, sehr gut geeignet sind zur Mitverfeuerung von Biomasse und damit, weil eben hier entsprechende Mengen mit verfeuert werden können, zur Erreichung jedenfalls des 3-Prozent-Zieles, der Kyoto-Verpflichtung und Klimabündnisverpflichtung. Zeltweg beweist das bereits bei uns in der Steiermark. Hier liefert ein kleiner Biomassevergasungsreaktor, der dem Kessel vorgeschaltet ist, in der Größenordnung von 10 Prozent der Energie, die in Zeltweg erzeugt wird. Auch Voitsberg wäre hier durchaus sehr, sehr gut geeignet, ob mit der Technologie von Zeltweg oder von Sankt Andrä, wo Biomasse direkt mit befeuert wird, sei dahingestellt. Das ist eine Frage der technischen Experten, die werden das beurteilen können. Ich glaube aber, dass die Zukunft von Voitsberg sehr wohl mit Biomasse gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren, was nun die Windkraftanlagen betrifft, geht es ja nicht nur darum, die Windverhältnisse jeweils zu überprüfen und dann entsprechende Standorte auszuweisen, es geht auch darum – und darauf sei besonders hingewiesen –, dass es natürlich auch die entsprechenden Einspeisemöglichkeiten geben muss, sprich die Kapazität der in der Nähe befindlichen Leitungen muss entsprechend gegeben sein. Kein einfaches Unterfangen und eine Tatsache, die sozusagen der Idee der Windparks ein Stück weit entgegensteht. Es wird also nicht so leicht sein, hier eine entsprechende Konzentration, wünschenswerte Konzentration von Windkraftanlagen herbeizuführen auf Grund der relativ großen Entfernung zu kapazitativ hochwertigen Leitungen.

Insgesamt muss gesagt werden, dass die Idee der Energieraumordnung, und diese Idee ist mit diesem Antrag, der heute beschlossen wird, geboren und eingeführt, dass diese Idee der Energieraumordnung weiter zu verfolgen wäre auf der Ebene des Raumordnungsgesetzes. Ich glaube auch, dass viele Konflikte zwischen Biomassenahwärmenetzen und Gasversorgung durch eine entsprechende Ausweisung von Biomassevorrangzonen in Gemeindegebieten gelöst werden könnten. Ich denke also, dass wir in der nächsten Periode uns dem Raumordnungsgesetz zuwenden sollten und dieser Idee der Ausweisung von Windkraftanlagenbereichen im Raumordnungsgesetz ein Tor öffnen sollten, aber auch die Frage der Biomassevorrangzonen im Raumordnungsgesetz verankern sollten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 18.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Löcker. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Löcker (18.06 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Tagesordnungspunkt ist über Windkraftanlagen. Das hat nicht einen ganz direkten Bezug zu meiner Wortmeldung. Aber nachdem ich heute auch Abschied nehme von der Arbeitssitzung des Landtages, bringe ich einen gewagten Vergleich – Wind, Luft, heiße Luft, Landtag. Wir kommen schon der Sache näher.

Wenn ich so zurückblicke nach zehnjähriger Mitgliedschaft in diesem Haus, dann geht einem doch einiges durch den Kopf.

Mein Start war so, ich war damals im Präsidium der Wirtschaftskammer, ja, ganz gut versorgt, mit bester Infrastruktur, vom Dienstwagen über Chauffeur und sonstigen Annehmlichkeiten ausgehend, und dann kam der Ruf in den Landtag, gleichzeitig mit der Befangenheitserklärung, dass beide Funktionen nicht gleichzeitig möglich wären. Dann bin ich vor der Frage gestanden, was machst du lieber? In der Wirtschaftskammer war zwar ein modernes Gebäude mit einer Aluminiumfassade und dann habe ich das Landhaus gesehen und den historischen Wert. Irgendwie habe ich gefolgert, dass dem historischen Wert auch eine historische Qualität beizulegen sei und dass das vielleicht doch eine sinnvollere Aufgabe sein könnte, und ich habe mich für den Landtag entschieden.

Rückblickend muss ich sagen, dass das doch ein bisschen oberflächlich war, diese Auswahlkriterien, denn ich bin der Meinung, dass die Effizienz des Landtages wesentlich größer sein könnte als sie es ist. Das sage ich ganz offen. Ich ziehe als Vergleich so manche Gemeinderatssitzung heran in kleineren Gemeinden, wo man zuerst das Problem analysiert, überlegt, wie man dem Problem beikommen kann, eine Strategie zur Lösung des Problems entwickelt, und dann auch Fristen setzt und das durchzieht. Also ich weiß nicht, bei wie vielen Anliegen in diesem Haus diese Systematik beibehalten wurde.

Was mich immer so gestört hat, war die permanente Aufforderung von dieser Stelle an andere Gebietskörperschaften, sie sollen etwas besser machen oder überhaupt machen. Also, wenn man dieses so fortsetzt, dass das Land halt immer den Gemeinden einen guten Rat gibt und dem Bund, ja, dann könnten auch die Gemeinden uns immer einen guten Rat geben und der Bund auch. Und dann wäre es so – da gibt es ja so ein berühmtes Beispiel der Wirtschaft –, dass man sich immer selbst beschäftigt, ohne dass draußen eine Wirkung entsteht. Es soll ja in Deutschland eine Fabrik gegeben haben, die dann durch den Krieg ins Ostdeutsche gewandert ist und wo die Verwaltung in Westdeutschland war, und die haben noch Monate lang in Westdeutschland munter nach Kriegsende gearbeitet, obwohl es gar keine Firma mehr gegeben hat, also keine Werkstätten, aber die Verwaltung war so mit sich beschäftigt, dass das gar nicht aufgefallen ist.

Manchmal denke ich, dass das auch in diesem Haus so passiert. Die Ursachen liegen in einer übergroßen Anzahl von Regierungsvorlagen, die zum Großteil durch die EU-Anpassungen begründet waren. Das verstehe ich. Aber es waren nicht nur die EU-Anpassungen, es waren auch andere Dinge. Und dann kommt natürlich dazu das Menscheln in diesen Gremien, das ist ja nicht nur negativ, aber das sind die regionalen Interessen. Denken wir daran, wenn es nach uns gegangen wäre – es ist zum Teil eh schon passiert –, dann wäre nicht nur in jedem Bezirk ein Spital, dann wäre auch in jedem Bezirk ein Thermalbad und ich weiß nicht was alles noch. (Abg. Porta: „Kommt schon noch!“) Kommt noch alles, in der nächsten Periode.

Eine weitere Ursache für diese Situation ist die Spezialisierung. Vor allem in den größeren Klubs durch die doch höhere Anzahl der Abgeordneten haben sich diese spezialisiert. Und jeder ist in seinem Gebiet kundig und möchte natürlich dort etwas weiterbringen, was zur Folge hat, dass immer mehr Forderungen an den Landtag gestellt wurden und letztlich an den Steuerzahler. Schön langsam kommen wir in eine Entwicklung, wo der Steuerzahler sagt, jetzt reicht es.

Und er sagt das auch bei Wahlen und daran haben wir vielleicht nicht so sehr gedacht. Die Budgetsituation des Landes spricht ja Bände. Die Ursachen habe ich ja versucht kurz aufzuzählen und gestern in der Kontroll-Ausschusssitzung haben wir alle unter dem Vorsitz des Obmannes Brünner darüber diskutiert und ich muss ehrlich sagen, das war eine der wenigen vernünftigen, realistischen, emotionslosen Debatten, wo wir uns alle zusammen auf die Brust geklopft und gesagt haben, so kann es nicht weitergehen. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese Erkenntnis auch in der nächsten Periode hier ist.

Ich möchte auch eine demokratiepolitische Analyse dieses Haus kurz erwähnen. Mir kommt vor, erstens einmal bedingt, dass es in diesem Hause bis vor kurzem fünf Klubs gegeben hat und da natürlich eine gewisse Funktionsstruktur, dass diese Klubführungen auch auf Grund ihrer Persönlichkeitsstrukturen eine horizontale Scheidewand zwischen der Regierung und dem Landtag eingezogen haben. Die Thematik war oft so kompliziert, dass der durchschnittliche Landtagsabgeordnete gar nicht mehr gewusst hat, wie der Hase läuft und dann passiert es eben, so wie es jetzt ist, dass wir bei Abstimmungen die Nachbarn anschauen, wer hebt die Hand auf und wer nicht und das ist dann die Entscheidung. Vielleicht ist der Landtag zu groß, als dass man anders arbeiten kann. Das kann auch sein, aber dann müsste man sich über die Größe unterhalten. Also ich habe mir schon einige Gedanken gemacht, wenn man da um 17 Uhr auf den Hauptplatz geht und eine Zeitung kauft und dann lesen kann, welche Beschlüsse mit welchen wechselnden Mehrheiten erfolgt sind, aber die Beschlüsse haben wir dann zwischen 23 und 24 Uhr nachts gemacht. Das ist halt kein Indiz, dass der Landtag ein so wichtiges Organ ist, obwohl ich auch sage, aus organisatorischen Gründen ist es anders mitunter nicht möglich.

Und etwas, das mir heute auch wieder einmal aufgefallen ist. Das ist die Persönlichkeit von verschiedenen Politikern, die sich hier von dieser Stelle aus bei jeweils ihren Referenten und ihren Parteien bedanken. Dieses Rednerpult ist einmal umgebaut worden, als die Kollegin Wicher gekommen ist, damit dieses rollstuhlgerecht ist. Es wäre besser gewesen, nebenan noch einen Schemel dazu zu bauen, den die Abgeordneten verwenden können und sich da vorne hinknien und dann immer zu den jeweiligen Referenten sagen: „Ehre, Ehre, große Ehre, du bist der Höchste.“ (Beifall bei der ÖVP und dem LiF.)

Also ich glaube nur, die Stenotypistinnen wären in Verlegenheit gekommen, wenn sie von diesen Kollegen immer angefleht worden wären, aber das hätte nicht ihnen gegolten, sondern den hinter ihnen sitzenden Regierungsmitgliedern. Ich glaube auch, dass wir Abgeordnete mehr Selbstbewusstsein haben sollten,

dass wir zu solchen Reaktionen eigentlich nicht veranlasst werden. Ich will bei meiner letzten Rede nicht zu sehr von verbrannter Erde sprechen, aber ich hätte mir auch gedacht, dass man im Landtag frei reden kann, dass man nicht nur die Reden herunterlesen soll und wenn diese Reden dann von den gehässigen Klubsekretären kommen, die so viele dreisilbige Wörter hineinstreuen und man dann beim Verlesen der Reden so seine Probleme kriegt, dann ist das schon etwas auffällig gewesen. Aber ich muss sagen, die Lesequalität hat sich in den letzten fünf Jahren wesentlich gesteigert. Ich war zum Schluss schon sehr zufrieden.

Alles in allem, ich glaube schon bei aller Gutwilligkeit, dass hier im Landtag einiges zu machen wäre, dass man auch die politische Meinung Andersdenkender anders zur Kenntnis nehmen könnte als es passiert und man gemeinsam bessere Lösungen zustande brächte. Es ist nicht so, dass man unbedingt sagen muss, auch im Unterbewusstsein nicht, wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe. Und das kommt immer wieder durch. Sondern man müsste eigentlich sagen, wir essen gemeinsam das Brot des Steirers oder der Steirerin – und dass wir dann schon für die Zukunft für unser Land wesentlich mehr tun könnten, als wir bisher getan haben. Ich würde das dem kommenden Landtag sehr wünschen. Ich bedanke mich für die Kollegialität der Kolleginnen und Kollegen und der Präsidenten und der Regierungsmitglieder. Ich glaube, ich habe etwas gelernt und ich hoffe, dass die anderen mir nicht zu sehr böse sind. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ, FPÖ, den Grünen und dem LIF. – 18.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die besten Wünsche gelten natürlich auch dem Kollegen Löcker, der sich in seiner respektablen und sympathischen Weise hier von den Damen und Herren verabschiedet hat.

Nächster Redner ist Kollege Hagenauer. Er hat das Wort.

Abg. Hagenauer (18.16 Uhr): Noch einmal ganz kurz, Herr Kollege Getzinger. Er hat erwähnt – und das kann ich nicht unwidersprochen lassen –, dass in Zeltweg und in Sankt Andrä ja jetzt erfolgreich Holz verbrannt wird und dass er mir überhaupt nicht folgen kann, wenn ich befürchte, dass da Müll verbrannt wird. Ja bitte schön, du weißt schon, dass es schon so der Fall ist. Es wird in Zeltweg überhaupt kein Holz mehr verbrannt. Das war eine Pilotanlage, aber jetzt wird mit Müll gefahren dort und zum Teil Sondermüll. Es ist auch, Herr Kollege Porta, an sich einfach, wie soll ich denn etwas dabei verdienen, das Kraftwerk will ein Geld verdienen, damit man es erhalten kann. Wo verdiene ich denn etwas? Will ich die Bauern drücken, die wollen ja, wie gesagt, etwas verdienen bei ihren Hackschnitzeln. Die muss man also ordentlich zahlen. Die Tonne Hackschnitzel vom Bauern, die kostet natürlich viel mehr als eine Tonne Braunkohle im Tagbau draußen in Voitsberg. Ist das so schwer zu verstehen? Sie können ja niemals den Bauern einen Preis zahlen. (Abg. Porta: „Das ist ja erneuerbare Energie, die über den Einspeisetarif finanziert wird!“) Ja, richtig. Und wenn ich jetzt aber das Geld von den Haushalten in die Hand nehme, wenn Sie sagen Einspeisetarife, dann heißt das ja, dass Sie und ich und alle Haushalte

das zahlen. (Abg. Porta: „Sind Sie jetzt für alternative Energie oder nicht?“) Ja, das habe ich gerade vorhin gesagt und ich sage diesen Satz noch fertig und dann höre ich eh schon wieder auf.

Die Frage ist die einer Technologiepolitik in diesem Punkt. Das ist kein Zufall, dass die Sozialdemokratie – es ist leider kein Zufall – hier auf der gleichen Linie mit den Freiheitlichen steht. Das ist kein Zufall! Hier wird eine alte Struktur, nämlich die der alten abgeschriebenen Kohlekraftwerke, auf diese Art und Weise noch einmal versucht am Leben zu erhalten mit sehr viel Geld! Denn wer wird das zahlen? Voitsberg hat 800 Megawatt, wissen Sie was das ist? 800.000 Kilowatt sind das. Ein normaler Biomassekessel irgendwo in einem Haus hat 20 Kilowatt. Ja, der Kollege nickt. Das sind 40.000 solche Kessel, die Hackschnitzel für 40.000 solche Kessel. Ich meine, da muss es einen ja reißen, da geht es ja um etwas. (Abg. Majcen: „Der kennt sich ja nicht aus!“ – Abg. Purr: „Nein, der kennt sich nicht aus!“) Das ist ja enorm.

Ich kann nicht einfach nur hergehen, so sehr ich das Anliegen respektiere, einen Standort zu erhalten und die Menschen dort im Auge zu haben, die Schicksale, die dahinter stehen, natürlich. Was ich sagen wollte ist nur das, ich muss sehr aufpassen, dass ich hier nicht um den Titel Biomasse und Alternativenergie wieder nur Sterbehilfe mache, dass ich eine Technologie, ein altes Kraftwerk noch einmal mit sehr viel Geld am Leben erhalte, statt dass ich hergehe und gleich (Abg. Porta: „Atomkraft!“) neue Technologien einsetze. Aber hören Sie mir auf, bei jeder Sitzung kommen Sie mit dem Schmah der Atomkraft. Ja, fällt Ihnen sonst nichts ein?

Ich habe das vorhin gesagt, die Steiermark wird in allen Analysen immer ausgewiesen als der Standort Österreichs, bei dem man nicht zuletzt am Alternativenergiesektor Technologiepolitik machen könnte. Ich könnte mit dem Geld – Voitsberg hat einen Wirkungsgrad von 40 Prozent, das heißt 60 Prozent des Brennstoffes lasse ich oben beim Kamin hinaus. Das ist ja etwas! Rechnen Sie einmal nach, wie viel zig Millionen Schilling das alleine sind, die dort durch den Kamin marschieren, nur weil keine Abwärmenutzung da ist.

Ich kann das viele Geld auch dafür hernehmen, dass ich jetzt neue Technologien – und wir haben die Leute in der Steiermark, ich sage es noch einmal – mit eben diesem Geld auf die Beine stelle. Dann habe ich nämlich beides erreicht. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Windradln von oben bis unten!“) Windradln! (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Gegen das Wasser seid ihr auch!“) Das ist das Niveau, das wir vor 20, 30 Jahren gehabt haben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr habt euch nicht geändert!“)

Vor 20, 30 Jahren, der Herr Präsident Illeschitz hat mich auch einmal einen Windradl-Indianer geheißt. Aber ich habe gedacht, das ist inzwischen vorbei. Das habe ich gedacht, Herr Präsident, nichts für ungut.

Ich schließe damit ab, Herr Landesrat Pörtl, vielleicht kannst du dazu etwas sagen. Der Herr Landesrat Paiarl wäre mir lieber gewesen und der Herr Landeshauptfraustellvertreter wäre mir auch lieb gewesen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Ich bin eh da!“) Wäre mir lieb gewesen, dass man hier zig Millionen, hunderte Millionen auf die Jahre in die Hand nimmt, um sie

beim Kamin hinauszublasen, statt dass man hergeht und hier für den Standort Steiermark Energiepolitik macht. Wir hätten die Leute, die eigentlich sich sehr freuen würden, wenn sie moderne Verstromungsanlagen bauen könnten. (18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, jetzt ist Kollege Getzinger zum zweiten Mal am Wort, nach ihm Kollege Porta.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (18.22 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte!

In aller Freundschaft, Kollege Hagenauer, derzeit wird sicher in Zeltweg, wie auch in allen kalorischen Kraftwerken in Österreich, überhaupt nichts verbrannt, weil es warm genug ist und weil der Strom im Wesentlichen aus unseren Wasserkraftwerken kommt. Du hast schon Recht, insofern als in diesem Winter Versuche in Zeltweg durchgeführt worden sind zur Vergasung der Verpackungsfraktion, die wir in den gelben Tonnen sammeln. Das wird sich durchsetzen, wenn man dem Markt freien Lauf lässt. Das hast du durchaus richtig analysiert. Das ist ein Geschäft für diese Kraftwerke – auch die Kraftwerksbetreiber müssen ökonomisch denken –, diese Leichtfraktion, diese Verpackungsfraktion mit zu verbrennen. Ganz sicher sind keine gefährlichen Abfälle oder Sonderabfälle oder Giftmüll dort verbrannt worden. Dafür sind die Rauchgasreinigungen ganz einfach nicht ausgestattet. Sie sind aber insgesamt am Stand der Technik und ich gehe davon aus, dass die Emissionen beim Mitverbrennen der Verpackungsfraktion nicht gesteigert wurden.

Noch einmal, das ist keine alte Technologie in Voitsberg oder auch in Zeltweg, sondern das ist modernste Technologie, modernste Verbrennungstechnologie. Die Abgasreinigung dort ist am Stand der Technik, erstens.

Und zweitens, das 3-Prozent-Ziel, das du, glaube ich, mit beschlossen hast, wenn ich mich richtig erinnere, ist einfach nicht erreichbar, wenn man nicht auch die Option der Mitverbrennung von Biomasse in diesen kalorischen Kraftwerken mit in Erwägung zieht.

Modernste Technologie, diesen Ausdruck beziehe ich einmal nur auf die Verbrennungs- und Rauchgasreinigungstechnologie dort: Ganz modernste Technologie ist die Biomassevergasung, die ja auch von der EU gefördert wurde, nämlich aus Technologiefonds.

Also zu behaupten, dass das alte Technologie sei – ich weiß nicht, was du für einen Begriff von neuer Technologie hast –, aber das stimmt ganz einfach nicht. Das ist modernste Technologie und ich glaube, dass sie weiterentwickelt werden sollte. Ich glaube, dass wir da in der Steiermark unserem noch vorhandenen Ruf als Biomassevorreiterland in Europa gerecht werden sollten und weiterhin auf diese Technologie der Biomassevergasung oder von mir aus Direktverbrennung, wie es in Sankt Andrä passiert, setzen sollten und weiter unterstützen sollten.

Dass in diesem einen Punkt die Sozialdemokratie mit der FPÖ einer Meinung ist, liegt ganz einfach daran, dass auch die Freiheitliche Partei ab und zu

durchaus akzeptable Positionen hat; im technischen Bereich ist das manchmal möglich. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.25 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt Kollege Porta.

Abg. Porta (18.25 Uhr): Hoher Landtag, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrter Herr Präsident!

Nur kurz, in der Kürze liegt die Würze.

Lieber Herr Kollege, dass ihr euch vom atomfreien Europa verabschiedet habt, das ist ja allen bekannt geworden. Ihr seid angetreten in Deutschland, das ist ihre Schwester- oder Bruderpartei, wie man das nennt, aus der Atomkraft auszusteigen. Und was ist passiert? 32 Jahre mindestens bleiben die Atomkraftwerke noch in Betrieb.

Aber jetzt zur Sache. Wenn es heißt, der Standort Voitsberg ist nicht ideal, ich habe mit den Herren von der Steiermärkischen Fernwärme gesprochen, die wären höchst interessiert, dass dieses Kraftwerk länger in Betrieb wäre, dass sie diese Abwärme nutzen können, die sie ja schon zum Teil nutzen. Also die ÖDK könnte zwischen 4000 und 5000 Stunden in Betrieb stehen. Jetzt steht es zwischen 1500 und 1800 Stunden in Betrieb. Also wir könnten die ganze Heizperiode mit diesem Kraftwerk fahren und hätten eine Kraftwärmekopplung und die bräuchten kein Ferngas. Und die Kosten, das haben mir die Herren erzählt, sind um 50 Prozent niedriger, wenn sie die Abwärme der ÖDK III nützen, als wenn sie mit dem eigenen Fernheizwerk heizen würden für diese Wärmeerzeugung.

Also sehr wohl ein wirtschaftlicher Aspekt und ich glaube, ein wirtschaftlicher und ökologischer Effekt. Ich glaube, das ist ja ganz wichtig für unsere Region. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wünscht der Herr Landesrat ein Schlusswort?

Landesrat Pörtl (18.27 Uhr): Nachdem ganz unvorhergesehen bei dieser Hitze dieses Thema trotzdem etwas hitziger geworden ist und die Aufforderungen, auch meine Weisheit einzubringen, ich erfüllen möchte, möchte ich nur zusammenfassend sagen, wir alle wissen ganz genau, dass ohne Förderungsmaßnahmen, ohne modernste Forschung und Technologie in diesem Wettbewerb mit der günstigen, noch günstigen, fossilen Energie diese Vorsprungswettläufe nicht funktionieren. Fest steht, dass wir im kalorischen Bereich in den Blockheizkraftwerken nur mit Kraft- und Wärmenutzung wettbewerbsfähig sind. Das ist einfach derzeit ein Faktum. Normal wäre in diesem Fall das Puch-Werk oder Mellach an und für sich vom Standpunkt her eher prädestiniert dazu – das wissen wir alle – als die Region in der Weststeiermark.

Meine Damen und Herren, was also die angesprochene Müllverbrennung betrifft, das sind derzeit normierte reject-thermische Heizmethoden, wo wir mit Argusaugen auf Qualität und Abgasanlagen schauen müssen. Nur, in der allgemeinen Entwicklung wissen wir, dass sehr, sehr vieles vom Verpackungsmaterial, richtig sortiert, richtig normiert, mit dem richtigen Ofen thermisch veredelt, an und für sich auch eine Ressource ist, die wir nützen sollen.

Ich bin also überzeugt, dass wir bei der Windkraft ähnliche Entwicklungen, wie wir sie derzeit vorfinden, nützen müssen. Wir kennen die Nutzungskonflikte, pro oder kontra Tourismus, Landschaft und vor allem energetische Nutzung.

Ich möchte mich bedanken für diese hingebungs-vollen Beiträge, möchte aber schon behaupten, wenn was gut läuft, muss man sich anständig anstrengen, dass es nicht so gut ist. Kollege Hagenauer hat hiefür eine besondere Begabung. Wir sind die Nummer eins, aber wir könnten die Nummer zwei werden. Aber wir werden bei dieser Nummer eins uns massiv festkrallen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Wo sind wir denn noch die Nummer eins?“) Wir sind es im energetischen Bereich, was also Biomasseheizwerke betrifft. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Oberösterreich, Niederösterreich, schon vorbei, Erich!“) Mein Gott, ich bin ganz hingerissen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das ist schon fünf Jahre her!“)

Du hast leider nicht durchschaut, wo hätten wir noch Anlagen bauen können? Wenn die Verwertung in Zwentendorf und solche Dinge dort ein anderes Konzept sind, ist das eine zweite Frage. Sage mir ein energetisches Projekt, das nicht gemacht wurde. Oder willst du haben, dass das Land Steiermark als Unternehmer Kraftwerke errichtet, damit wir die Nummer eins bleiben?

Das ist ein Faktum, dass wir alle diese Chancen genützt haben, die nur möglich sind, vor allem mit der ganzen Contracting-Geschichte.

Ich steigere mich da nicht hinein. Ich möchte nur ganz locker in Erinnerung rufen, wenn wir schon so debattieren wollen, dass es ja auch ein Wissenschafts- und Forschungsreferat in der Landesregierung gibt.

Meine Damen und Herren, ich lasse mich da durchaus nicht irritieren in dieser Stunde, wir sind besser, als sehr sehr viele haben wollen. Wir haben derzeit eine ganz massive Entwicklung in Richtung erneuerbarer Energie, auch im Biogasbereich, wo wir in der gesamten ländlichen Entwicklung dort die Möglichkeiten haben, mit diesen Einspeisevoraussetzungen vor allem auch diese regionale Energieversorgung zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Somit liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen, meine Damen und Herren, zu den Abstimmungen. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ferner liegen zwei Entschließungsanträge vor. Zunächst ein Antrag der FPÖ, betreffend den Einsatz von Biomasse. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Ferner ein Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Klimabündnis. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16 und ich bitte zuzustimmen, dass wir die übliche Vorgangsweise wählen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gegenprobe.

Wir gehen also so vor.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 865/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend ein neues Gemeinde-Lustbarkeitsabgabengesetz und Aufhebung des Lustbarkeitsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 37/1950, zuletzt geändert mit LGBl. Nr. 34/1986.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe zum Tagesordnungspunkt 15 folgenden Bericht:

Der Finanz-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 15. September 1998 und am 27. Juni 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 865/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend ein neues Gemeinde-Lustbarkeitsabgabengesetz und Aufhebung des Lustbarkeitsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 37/1950, zuletzt geändert mit LGBl. Nr. 34/1986, beraten.

Über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri haben am 10. Februar, 14. April, 12. Mai 1999 sowie am 26. April 2000 intensive Unterausschussberatungen stattgefunden. Zwischen einzelnen Unterausschusssitzungen haben immer wieder Beamtenbeziehungsweise Expertenrunden stattgefunden.

Alle diese Bemühungen haben zu einem über das Anliegen der AntragstellerInnen hinausreichenden Novellierungstext geführt. Weil neben einer Modernisierung und einer Verwaltungsvereinfachung als weiterer Grundsatz für die Novellierung eine prinzipielle Einnahmenneutralität für die Gemeinden vereinbart worden ist und diesbezügliche Erhebungen durch die Rechtsabteilung 7 – vor allem bei der Landeshauptstadt Graz – noch nicht abgeschlossen wurden, wurde jedoch die Einigung erzielt, diese Novellierung nicht mehr vor der Landtagswahl 2000 zu beschließen, sondern dieses Anliegen dem neu gewählten Landtag mit der Bitte um rasche Erledigung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen zu hinterlassen.

Der Finanz-Ausschuss stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Aufträge des Unterausschusses zur Novellierung des Lustbarkeitsabgabengesetzes über den Sommer 2000 zu Ende zu führen, zweitens etwaige Änderungen, die sich aus diesen Erhebungen ergeben, in den vom Unterausschuss gemeinsam mit der Rechtsabteilung 7 vorbereiteten Novellierungstext einfließen zu lassen und drittens die Ergebnisse aus den Punkten 1 und 2 dem Landtag am Beginn der XIV. Gesetzgebungsperiode raschestmöglich zur Beschlussfassung zukommen zu lassen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages! (18.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für diese Berichterstattung.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1514/1, Beilage Nr. 184, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Anzeigenabgabegesetz 1980 geändert wird.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (18.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Steiermärkische Anzeigenabgabegesetz 1980, LGBl. Nr. 56/1980, wird geändert wie folgt:

Nach Paragraph 11 werden folgende Paragraphen 12 und 13 angefügt:

Paragraph 12: Außer-Kraft-Treten.

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Mai 2000 außer Kraft.

Paragraph 13: Übergangsbestimmung.

Für bis zum 31. Mai 2000 erschienene Anzeigen gilt dieses Gesetz weiterhin. (18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für den Bericht. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zu Punkt 15 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zu Punkt 16 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag fand die einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 35 der Tagesordnung, bei dem gemeinsam mit den Punkten 38, 17, 18 und 40 ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist. Ich bitte nun darüber abzustimmen, dass wir diese Punkte gemeinsam diskutieren und natürlich getrennt abstimmen. Gegenprobe.

Wir gehen also solcherart vor.

35. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1502/1, betreffend den Landesrechnungsabschluss 1999.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Dr. Strenitz: Also früher haben wir in solchen Situationen gesagt, die Damen und Herren haben die Vorlage sicher genauestens studiert und ich bitte um Annahme. Können wir so vorgehen, Herr Kollege Hagenauer?

Abg. Hagenauer: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Präsidenten an und ersuche um Annahme des Antrages.

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke.

38. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1517/1, betreffen den Förderungskatalog 1999.

Berichterstatte ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (18.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag geforderten Vorlage eines jährlichen Förderungskataloges wurden mit Schreiben vom 27. März 2000 alle kreditbewirtschaftenden Abteilungen aufgefordert, der Landesfinanzabteilung einen Bericht für die in ihrem Bereich im Jahre 1999 erfolgten Förderungen, soweit nicht bereits gesondert dem Landtag durch die zuständige Abteilung darüber berichtet worden ist, vorzulegen.

Der vorliegende Förderungskatalog 1999 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für das Jahr 1999 wird zur Kenntnis genommen. (18.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke auch für diesen Bericht.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1455/1, der Abgeordneten Schützenhöfer und Straßberger, betreffend Budgetsituation des Landes.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (18.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich bitte namens des Ausschusses um Annahme. (18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für diese präzise Berichterstattung.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1509/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (vierter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).

Berichterstatte ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (18.39 Uhr): Zu Punkt 18 darf ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der vierte Bericht für das Rechnungsjahr 2000 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 10.224.215 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke vielmals und schließlich zu Punkt 40.

40. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1520/1, zu Punkt 9 des Landtagsbeschlusses Nr. 1364 des Steiermärkischen Landtages vom 1. Juli 1999 über den Landesvoranschlag 2000; Genehmigung der vorzeitigen Freigabe des

„Deckungskredites – EU-Kofinanzierungen“ und der Inanspruchnahme unabhängig von gleichzeitig geleisteten Bundes- und EU-Mitteln für das Jahr 2000.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (18.40 Uhr): Die von der Regierung empfohlene vorzeitige Inanspruchnahme und Freigabe der entsprechenden EU-Kofinanzierungsmittel ist für viele Förderungswerber sicherlich ganz wichtig. Ich bitte um Annahme. (18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für diesen Bericht. Wir gehen nunmehr in die Diskussion zu allen Stücken ein. Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (18.40 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe einen Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 17 – Reduktion der Aufwendungen für Repräsentation – ein.

Die Aufwendungen für die Repräsentation der Landesregierung, das sind Empfänge des Landes, Staats- und offizielle Besuche, Veranstaltungen, Tagungen und Empfänge der Ressorts, Verfügungsmittel, sind in dieser Legislaturperiode deutlich gestiegen. In den Landesvoranschlägen 1994, 1995 und 1996 waren dafür jeweils 11.069.000 Schilling vorgesehen. Im Landesvoranschlag 1999 sind 13.269.000 Schilling veranschlagt, tatsächlich aber wurden 4.893.528,57 Schilling mehr ausgegeben. Dies bedeutet einen Repräsentationsaufwand von 49.760 Schilling pro Tag. Im Landesvoranschlag 2000 wurde für Repräsentation die gleiche Summe wie 1999 veranschlagt. Es darf nicht abermals zu einer Überschreitung der Repräsentationsaufwendungen kommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die im Landesvoranschlag 2000 budgetierten Repräsentationsaufwendungen keinesfalls zu überschreiten. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (18.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Straßberger. Er hat das Wort.

Abg. Straßberger (18.42 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine verehrten Herrn Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir diskutieren heute den Rechnungsabschluss für das Jahr 1999. Gestern war ja dieses Stück im Kontroll-Ausschuss mit einem Abgang im Ordentlichen Haushalt von über 2 Milliarden Schilling und einer Gesamt-abgangsgebarung im Außerordentlichen Haushalt von Null.

Werte Damen und Herren, ich habe mir die Arbeit angetan und die Protokolle von den letzten fünf Debatten zu den Rechnungsabschlüssen hier im Hohen Haus durchgelesen und verglichen und komme eigentlich nur auf einen Punkt: Es hat sich quer durch alle Debattenredner in den letzten fünf Jahren in der Information und in der Organisation, wenn ich das so hart

sagen darf, nichts geändert. Eines ist sehr wohl zu vermerken – sehr positiv –, auf unser immerwährendes Drängen diskutieren und debattieren wir jetzt den Rechnungsabschluss doch etwas früher als seinerzeit. Da waren meistens das neue Budget und der Rechnungsabschluss zur gleichen Zeit auf der Tagesordnung.

Wenn man den Rechnungsabschluss etwas genauer unter die Lupe nimmt, dann darf man auch einige Dinge feststellen.

Die Struktur des Zahlenwerkes hat sich nicht geändert. Es gibt die gewaltigen Abweichungen, wie alle Jahre – bei den Ausgaben 12,72 Prozent, sprich 6,2 Milliarden, und bei den Einnahmen 9,3 Prozent, sprich 4,3 Milliarden –, wir haben das gestern im Kontroll-Ausschuss diskutiert und hier gibt es natürlich auch gewisse Argumente, aber letztendlich sind diese Abweichungen trotzdem nach meinem Dafürhalten zu hoch.

Die Rücklagendebatte findet jährlich statt. Da gibt es die Verständnisfragen betreffend Rücklagentransfer. Dann gibt es dieses Geplänkel, wer hat es verstanden, wer hat es nicht verstanden und dann gibt es meistens diese Oberlehrermanier, jetzt wissen sie es noch immer nicht.

Zu den Maastricht-Größen, verehrte Damen und Herren, war heuer, glaube ich, eine Kosmetikarbeit notwendig. Ich weiß, der Herr Landesrat hat mich gestern korrigiert. Ich bleibe dabei, außerplanmäßige Ausgaben finden nachträgliche Bedeckungen und werden dann letztendlich im Rechnungsabschluss abgesegnet. Der Herr Landesrat hat gestern gemeint, er hätte keine Schuld für dieses Zahlenwerk, der Landtag hätte die Gesetze beschlossen, die Regierungsmitglieder lösen ihre Rücklagen widmungsgemäß auf, hier hätte er auch keinen Einfluss – bis zu einem gewissen Grad d'accord.

Auf der zweiten Seite erfahren wir immer Ankündigungen „Gürtel enger schnallen“. Auf der anderen Seite muss man aus Zeitungsmeldungen erfahren, eine Milliarde dort hin, 500 Millionen dort hin und dann noch die großen Ankündigungen betreffend ein neues Maastricht-Defizit für das Jahr 2000.

Lassen Sie mich zu den Abweichungen kommen. Herr Landesrat, ich habe vollstes Verständnis für ein vorsichtiges Budgetieren. Das ist grundsätzlich kein Fehler, aber wenn man bewusst Jahre hindurch immer nur sich an den Untergrenzen bewegt, ja und sogar Budgetfortschreibungen vornimmt – ob es im Jahr 1998 war, ob es im Jahr 1999 war und auch im Voranschlag 2000. Die 21 a-Mittel und die Bundesertragsanteile sind auch einfach fortgeschrieben worden. Diese Ertragsanteile für Haushaltsausgleich – ich muss es so nennen, ich kann es nicht anders nennen, es ist budgetär nicht anders möglich –, diese 21 a-Mittel, die gibt es seit 1996, die waren jedes Jahr zu niedrig budgetiert. Und 1999 im Rechnungsabschluss fehlen wieder 63 Millionen Schilling.

Zu den Nachzahlungen aus den Vorjahren, die sind nie und nimmer im Budget drinnen, auch nicht auf die gesamten Ertragsanteile angerechnet. Wir haben 1999 für das Jahr 1998 890 Millionen an Nachzahlung

bekommen und für das Jahr 1999 im heurigen Jahr 1,1 Milliarden Schilling – nicht im Budget. Und wie ich schon gesagt habe, die Zahlen sind fortgeschrieben worden.

Auch bei den Ausgaben gibt es hier riesige Abweichungen – ich habe es schon zitiert –, über 12 Prozent. Und letztendlich ist es so, dass der Landtag bis jetzt – ich weiß, in der Zukunft gibt es diese halbjährliche Bekanntgabe betreffend des Vollzuges – immer im Zuge der Debatte, betreffend Rechnungsabschluss, vor die Tatsachen gestellt worden ist.

Zu den Maastricht-Größen, verehrte Damen und Herren, die Problematik kennen wir seit 1996, was auf uns zukommt. Herr Prof. Lehner hat wirklich sehr deutlich in seinen Studien – in der ersten und in der zweiten vom WIFO – immer darauf hingewiesen. Im Voranschlag für 1999 haben wir minus 88 Millionen und jetzt im Rechnungsabschluss auf einmal minus 235 Millionen.

Die Rechtfertigung lautet immer wieder, die Gesetzesbeschlüsse und der schlimme Landtag.

Wir kennen das enge Budgetkorsett. Wir können bei den Wirtschaftsförderungen nur mehr die beschlossenen und gewährten Förderungen in langjährigen Raten ausbezahlen, damit wir hier nicht in das Dilemma kommen, dass wir den Stabilitätspakt nicht noch mehr verletzen. Was das für ein Wirtschaftsunternehmen bedeutet, brauche ich hier nicht näher erläutern. Wir müssen hergehen, um nicht in den Verdacht zu kommen, die Rücklagen in Gesellschaftszuschüsse umzuwandeln und auch Annuitätzuschüsse in Darlehen umzuwandeln.

Verehrte Damen und Herren, mir fehlen in unserer Budgetpolitik die konkreten und klaren Budgetstrategien – ich darf das etwas überspitzt sagen. Die Budgetdisziplin in den Ressorts – hier hat es einmal dieses Ressortsparmodell gegeben, damit sind wir ganz gut gefahren –, das ist sicherlich ein Problem.

Zum Zweiten müsste man vermehrt eine ständige Beobachtung der Ertragsanteile, sprich Einnahmen, aber auch der Ausgaben ins Auge fassen. Und vor allem müsste man auch auf budgetärer Ebene, wenn das Wirtschaftswachstum eine Änderung erfährt, rechtzeitig reagieren.

Die Ausgabenpolitik – und das sage ich jetzt ganz deutlich –, hier müssen in der Zukunft Prioritäten gesetzt werden, die unserem Lande dienen und nicht parteipolitische Geschenke oder parteipolitische Selbstbedienungsdarstellung in erster Linie in den Vordergrund gestellt werden. Ich sage das ganz deutlich und komme dann noch darauf zurück.

Verehrte Damen und Herren, dass diese Maastricht-Größen nicht von ungefähr sind – und ich weiß schon, es interessieren ja fast niemand die Zahlen und Maastricht, es will das ja fast niemand hören, aber letztendlich ist es einfach das tägliche Brot und ich habe das gestern auch im Kontroll-Ausschuss gesagt, so ist es nicht, Herr Landesrat, wie Sie heute Vormittag gemeint haben, es ist alles paletti betreffend der Maastricht-Kriterien. Es gibt hier eine Rüge vom Finanzministerium – „Steiermark bricht somit gleich bei erster Gelegenheit den österreichischen Stabilitätspakt“. Für den Bund ergibt sich daraus die Not-

wendigkeit zur Intervention. Und hier gibt es drei Punkte. Aus hierortiger Sicht stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

Der politische Druck zur Sanierung des vereinbarten Zustandes ist möglich. Zum Zweiten Klage beim Verfassungsgerichtshof, dass die Steiermark Vereinbarungen gebrochen hat und zum Dritten die theoretische Möglichkeit, Kündigung des Stabilitätspaktes und damit auch ein großes Problem, durch das die Bundesregierung wegen Nichteinhaltung des Stabilitätspaktes in ganz große Schwierigkeiten kommt. Es gibt hier noch einige Dinge, die angeführt sind. Das heißt, auf Bundesebene macht man sich sehr wohl neben Wien und Niederösterreich auch um das Budget in der Steiermark doch große Sorgen. Wenn Sie die Medien in den letzten paar Tagen verfolgt haben, es ist immer wieder aus der Sicht der Bundesregierung gesagt worden, dass man mit 1,7 Prozent Nettodefizit das Auslangen findet, wobei die Länder und die Kommunen 0,5 Prozent Plus budgetieren sollen. Jetzt ist es aber anders geworden. Der Druck ist von den umliegenden europäischen Ländern derartig groß – das hat jetzt nichts mit den Sanktionen zu tun, sondern mit der Budgetpolitik –, dass man unbedingt darangehen muss, ein Null-Budget bis zum Jahre 2003 zustande zu bringen. Und hier, glaube ich, sind alle aufgefordert, das möchte ich hier zum Ausdruck bringen.

Wenn ich sage parteipolitische Geschenke, dann muss ich schon sagen, was ich heute gehört habe, man hergehe und immer predigt – ich darf das so sagen – den Gürtel enger zu schnallen, aber dann auf einmal die Milliarden von heute auf morgen auf dem Tisch sind und dann nur mehr zu warten, bis sie irgendwie verteilt werden, verehrte Damen und Herren, das kann es wohl nicht sein.

Weiters haben wir im Rechnungsabschluss 1999 einen Schuldenabbau von 1,2 Milliarden Schilling. Der Schuldenstand ist nach wie vor 20,3 Milliarden Schilling. Verehrte Damen und Herren, es muss hier ein rigoroser Schuldenabbau ab sofort beginnen. Das kann nicht nur für den Bund gelten, das muss auch für unser Bundesland Steiermark gelten. Ich darf sagen, das ist eine große Herausforderung und die Politik muss sich hier wirklich ein Herz und den Mut zu Maßnahmen nehmen, auch wenn sie nicht populär sind. Ich weiß schon, wir stehen kurz vor der Wahl und hier gibt es dann immer andere Kriterien. Wenn ich mir das neue Blattl anschau – Entschuldigung, wenn ich das etwas flach sage, wie auf einmal auf Grund unseres Antrages der steirischen Volkspartei durch den Klubobmann Hermann Schützenhöfer und meiner Wenigkeit in die Budgetpolitik in diesem Haus Bewegung hineingekommen ist, da staunt man. Denn, Christian, was wir immer gejammert haben, das hat nichts genutzt. Auf einmal sind da sechs Punkte drinnen und auf einmal ist hier Bewegung hineingekommen und von einem Minus-Maastricht-Defizit für 1999 von 235 Millionen Schilling, siehe da, auf einmal voraussichtlich für das Jahr 2000 323 Millionen Plus. Und es ist heute Vormittag schon gesagt worden, wenn man hier die Verschlechterungen und die Verbesserungen verfolgt, dann sind einfach die diversen Ausgabeneinsparungen von 250 Millionen Schilling auch nicht nach Erfahrungswerten erfolgt. Also diese Darstellung

ist meines Erachtens zu oberflächlich und der nächste Landtag wird hier genau das Auge darauf legen müssen, wenn er dann den Rechnungsabschluss für das Jahr 2000 beschließt.

Verehrte Damen und Herren, wenn nicht jetzt wann dann? Österreichs Wirtschaft boomt, die Wirtschaft hat wirklich ein hervorragendes Wirtschaftswachstum und wer die Medien verfolgt, Prof. Kramer vom WIFO hat von 2,6 Prozent erstmalig, verehrte Damen und Herren, nach oben auf 3,5 Prozent und für das nächste Jahr auf 3,2 Prozent berichtet. Sie können nachlesen, ich habe mir das genau angeschaut. In den letzten fünf Jahren haben wir hier immer geklagt, dass am Beginn des Jahres die Wirtschaftsforscher eher immer im oberen Bereich, betreffend Wirtschaftswachstum, angesiedelt waren und dann wurde immer nach unten revidiert. Hier ist wirklich ein toller Aufwärtstrend zu verzeichnen. Die Exportwirtschaft boomt. Wir haben in Österreich im heurigen Jahr einen Zuwachs in der Exportwirtschaft von 16 Prozent, nächstes Jahr wird es präliminiert mit 12 Prozent. Man muss sich das vorstellen, in zwei Jahren eine Erhöhung in der Exportwirtschaft von 30 Prozent. – Wissen Sie, wann das das letzte Mal war? Ich habe mir das angeschaut. Im Jahre 1973 und 1974, da ist die Wirtschaft auch so gelaufen. Die Inflation ist und bleibt Gott sei Dank sehr niedrig und dass die Arbeitslosenrate in Österreich auf 3,5 Prozent sinkt, das heißt, erstmals sind – Entschuldigung, wenn ich das so sage, jeder einzelne Arbeitslose ist zu viel –, aber die Zahlen der Arbeitslosen Gott sei Dank einmal unter diese Grenze von 200.000 gesunken. Denn der Zielwert des Nationalen Aktionsplanes ist fast um zwei Jahre früher in Aktion getreten, als vorgesehen war. Der Rückgang der Arbeitslosenquote, verehrte Damen und Herren, ist auf den Druck des AMS zurückzuführen. Denn jetzt ist es so, dass eben durch eine gewisse aktivere Verfolgung des Arbeitsmarktes offene Stelle angenommen werden müssen. Wir wissen genau, dass es in vielen Bereichen nicht möglich ist, das sage ich ganz offen da hier. Aber wir, sehr verehrte Damen und Herren, wissen auch genau, was sich dort oder da letztendlich immer abgespielt hat.

Der private Konsum boomt auch. Man muss sich vorstellen, wir haben im privaten Konsum 2,8 Prozent, im nächsten Jahr 2,6 Prozent Zunahme und im Jahre 1997 hat der private Konsum ein Wachstum von 0,1 Prozent gehabt. Und die Experten sagen voraus, dass auf Grund dieser Wirtschaftsentwicklung die Steuereinnahmen, die Erhöhungen im heurigen Jahr 6 Milliarden und im nächsten Jahr 10 sind.

Verehrte Damen und Herren, wenn Sie jetzt die Meinungen und die Äußerungen der Experten hernehmen – man sagt immer, die Politiker, die verstehen das nicht, deswegen nehmen wir die Worte der Experten –, die drängen die Bundesregierung und das gilt auch für die Landesregierung oder sie verpflichten die Regierung, die Gunst dieser Entwicklung wahrzunehmen und das Budget eben diesbezüglich zu sanieren. Und hier heißt es, „das Budgetdefizit ist das Kernproblem von Österreich“, und wer diese Gunst jetzt nicht nutzt, der würde laut Experten sogar eine Todsünde begehen. In der Vergangenheit, verehrte Damen und Herren, waren solche Gelegenheiten ja sehr oft vorhanden, aber sie wurden nicht genutzt. Ab

1996 – Sie wissen, es war viel, viel Geld in unseren Budgets durch Strukturanpassungsgesetze, Beitritt zur Europäischen Union und vieles mehr. Eine ganz große Einnahmenvergrößerung ist da passiert und die Konjunktur lief nicht schlecht. Was ist passiert? Man hat hier Großzügigkeit bewiesen, Wahlen standen vor Tür, darauf brauche ich nicht näher einzugehen. Verehrte Damen und Herren, das war der große Fehler. Wir wissen genau, Rückschläge kommen 100-prozentig, aber eine Sanierung ist nur dann möglich, wenn wir über diese Hürde, dass wir unser Budget saniert haben, drüberkommen und letztendlich meinen die Meinungsforscher, wenn hier die Politik nicht den Mut hat das zu tun, dann droht Österreich ein Desaster, und zwar ein finanzielles Desaster, wofür finanzielle Sanktionen letztendlich vorgesehen sind.

Ich meine daher, es sind hier wirklich alle gemeinsam aufgefordert und diese Herausforderung muss von allen angenommen werden, nicht nur von der Hälfte oder von dieser Hälfte. Entschuldigung, wenn ich das so sage. Auf Landesebene sind dies wichtige Dinge, die uns in der Zukunft sicherlich bewegen müssen. Der Schuldenstand muss gesenkt werden. Eine Milliarde ist viel zu wenig, meine Damen und Herren. Der Zinsendienst ist gewaltig und das sind Mittel, die wir für unser Land dann zur Verfügung haben.

Das Budget – und das sage ich sehr deutlich – muss in Zukunft wahrheitsgerechter und zielorientierter erstellt werden. Ich weiß schon, viele Dinge gehen nicht, aber letztendlich glaube ich, dass vieles möglich ist. Wir sprechen immer vom wahrheitsgerechten Budget und ich glaube, hier sind wir alle aufgefordert. Der Vollzug des Budgets muss transparenter sein. In Zukunft muss der Landtag mindestens in gewissen Abständen immer wieder diesbezüglich informiert werden, verehrte Damen und Herren, gestern ist dies auch im Kontroll-Ausschuss diskutiert worden. Der Vorsitzende des Kontroll-Ausschusses hat gemeint, wir haben nur in etwa oder nicht einmal 3 Prozent Spielraum im Budget. Verehrte Damen und Herren, der Landeshaushalt muss wieder mehr Spielraum für finanzielle Bewegungen haben und nur dann können wir die Herausforderungen, die an das Land oder an den Bund gestellt werden, dementsprechend meistern.

Die Dinge sind natürlich nicht leicht. Wir haben heute schon gesprochen – in der Fragestunde war es, glaube ich – betreffend die neuen Finanzausgleichsverhandlungen. Herr Landesrat, das ist keine leichte Sache, ich gebe Ihnen das sehr wohl zu. Ich bin auch dankbar, dass Sie mir heute geantwortet haben, was Sie letztendlich betreffend abgestuften Bevölkerungsschlüssel meinen. Man muss hier, glaube ich, unbedingt ankämpfen. Natürlich weiß ich, dass sich niemand etwas wegnehmen lässt. Das ist auch ganz klar. Und gewisse Mehrmittel sind berechtigt. Aber letztendlich muss hier der Finanzreferent Härte zeigen. Ich sage das auch, wer immer Finanzreferent in der nächsten Zeit sein wird, was er heimbringt, an dem wird er letztendlich dann gemessen.

Verehrte Damen und Herren, ich hoffe, dass bei der nächsten Rechnungsabschlussdebatte hier in diesem Haus wir nicht hier stehen und wieder rückblicken und sagen, ja, es hat sich nichts geändert. Das kann es bitte nicht sein, das wäre ein Armutszeugnis für dieses

Haus und für unser Land. Ich weiß, ich habe es schon gesagt, das Zahlenmaterial ist staubtrocken, das Interesse ist gering und es ist auch kaum eine Wähler-effizienz hier zu bestellen. Aber es geht um unseren Landeshaushalt der Steiermark, um die Zukunft unseres Bundeslandes. Ich glaube, wir sind alle, und ich betone das nochmals, ohne Parteiunterschied alle aufgefördert, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Ich darf noch eines zu dem Förderungskatalog sagen, der sehr umfangreich gemacht worden ist. Ich darf mich bei allen bedanken, auch für den Rechnungsabschluss. Es sind im heurigen Jahr, also 1999, 16,2 Milliarden Schilling an Förderungsmitteln ausgegeben worden, das sind 124,5 Millionen Schilling mehr als 1998. Das ist sehr erfreulich. Die Aufteilung in den Ressorts – die stärkste Partei hat das Wenigste, das ist leider so – etwa 29 Prozent für die ÖVP, 39 Prozent für die SPÖ und 31 Prozent für die FPÖ. Bei der SPÖ ist natürlich das Spitalgeschehen drinnen, bei der FPÖ der Wohnbau. Aber es ist erfreulich, verehrte Damen und Herren, dass letztendlich die Förderungsmittel wieder erhöht werden konnten.

Ich darf jetzt bitte hier einige Entschließungsanträge einbringen.

Der Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Straßberger, Ing. Peinhaupt, Ing. Mag. Hohegger und Frau Dietrich betreffend zukunftsorientierte Budgetpolitik des Landes.

Der Landesrechnungsabschluss 1999 weist ein Maastricht-Defizit von rund 235 Millionen Schilling aus. Dies ist eine Verschlechterung des Maastricht-Saldos gegenüber dem Landesvoranschlag 1999 um knapp 150 Millionen Schilling.

Die Verbesserung im administrativen Saldo war jedoch nur mittels umfangreicher haushaltstechnischer Maßnahmen, Kosmetik, insbesondere durch Rücklagenaufösungen, -einziehungen und -stornierungen möglich. Bei Durchsicht der umfangreichen Rücklagenbewegungen fällt auf, dass zahlreiche Einziehungen beziehungsweise Auflösungen im Ausmaß von mehr als 700 Millionen Schilling erfolgt sind, von denen nicht bekannt ist, ob diese Mittel nicht dennoch aus strukturpolitischen Überlegungen und aus Gründen einer forcierten Innovations- und Technologiepolitik des Landes benötigt werden. Es handelt sich dabei beispielsweise im außerordentlichen Haushalt um Beiträge beziehungsweise Beteiligungen an Landesgesellschaften, Steirische Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaft, Innofinanz GesmbH, Innofinanz GesmbH. & Co. KG., Ankauf von Liegenschaften, Beteiligungen, Schigebiet Kreischberg, Verstärkung für unabwendbare Erfordernisse, im ordentlichen Haushalt um Beteiligungen, Umwandlung von Darlehen, Verpflichtungen aus Haftungen, allgemeine Verstärkungsmittel.

Dies bedeutet, dass der Überschuss 1999 gemäß traditioneller Berechnungsmethode – was ja letztendlich in der Zukunft nicht mehr gefragt ist, nur mehr die Maastricht-Berechnungsmethode – nicht rund 1,3 Milliarden, sondern rund 550 Millionen Schilling betragen sollte. Der Cashflow ist mir natürlich klar in einem Unternehmen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens außer Streit zu stellen, dass durch die umfangreichen Rücklagenbewegungen im Zuge des Rechnungsabschlusses für 1999 keine Einengung des Budgetrahmens der nächsten Jahre zur Finanzierung von zukunftsorientierten und die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark nachhaltig beeinflussenden Projekten bewirkt wird sowie zweitens dem Landtag noch in dieser Gesetzgebungsperiode ein Budgetprogramm über den Wahltag hinaus vorzulegen, das a) sämtliche budgetäre Vorbelastungen und Verpflichtungen des Landes, b) auf Basis des Standes der Finanzausgleichsverhandlungen die zu erwartenden Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches und budgetäre Maßnahmen zur Einhaltung der Ziele des österreichischen Stabilitätsprogramms durch die Steiermark beinhaltet und c) auf Basis des aktuellen Rücklagen- und Schuldenstandes den vorhandenen Budgetspielraum für nachhaltige Zukunftsinvestitionen in den nächsten Jahren ausweist.

Ich darf einen weiteren Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages einbringen – der ist etwas kürzer – der Abgeordneten Bacher, Ing. Peinhaupt und Straßberger betreffend steirische Pendlerbeihilfe.

Im Herbst vorigen Jahres wurde im Steiermärkischen Landtag eine Erhöhung der Pendlerbeihilfe beraten und beschlossen. Die Finanzierung dieser Erhöhung konnte nur durch Aufnahme eines zusätzlichen Darlehens erfolgen. Umso erfreulicher ist es, dass mittlerweile anscheinend im Landesbudget 35,9 Millionen Schilling für eine zusätzliche Pendlerförderung zur Verfügung stehen. Die Steiermärkische Landesregierung hat nämlich in ihrer Sitzung am 26. Juni 2000 beschlossen, 35,9 Millionen Schilling durch eine Aufstockung des ANHAF steirischen Pendlern, die durch Mehrbelastungen für Fahrten zum und vom Arbeitsplatz in eine finanzielle Notlage kommen, zur Verfügung zu stellen.

Die in der Folge im Arbeitsförderungsbeirat vorgelegten diesbezüglichen Ergänzungen der Richtlinien zum Steiermärkischen Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds ist nahezu ident mit den Richtlinien für die Gewährung einer Pendlerbeihilfe des Landes Steiermark. Es erscheint daher aus Sicht der steirischen Pendler äußerst unverständlich, dass sie ab sofort bei zwei verschiedenen Stellen des Landes um eine „Pendlerbeihilfe“ anzusuchen haben – das ist unmöglich. Dazu kommt, dass es im Sinne der Verwaltungsökonomie nicht akzeptiert werden kann, dass für die Abwicklung der diesbezüglichen Anträge im Sozialressort eine eigene Struktur – zusätzliches Personal, zusätzliche EDV – aufgebaut wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Verwaltungsökonomie und Klarheit für die steirischen Pendler anstelle der beabsichtigten Erweiterung des ANHAF das Budget für die Pendlerbeihilfe des Landes Steiermark um 35,9 Millionen Schilling aufzustocken und die Beihilfenhöhe zu verdoppeln.

Verehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, bitte Sie, den beiden Entschließungsanträgen zuzustimmen. Bei Ihnen, Herr Landesrat, nachdem das heute wirklich die letzte Sitzung ist, wo wir im Finanzbereich sprechen, bedanke ich mich, wenn ich auch hie und da etwas ausgerastet bin, ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht übel. Das ist die Politik. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Heibl. Er hat das Wort.

Abg. Heibl (19.09 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich bringe einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein mit folgendem Wortlaut:

In der Steiermark ist im Sektor Bauwirtschaft die Arbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Jahr erheblich gestiegen. Gemäß internen Informationen der Bauunternehmen, die zirka 85 Prozent des steirischen Tiefbaues bestreiten, sind zurzeit rund 500 Personen für das Frühwarnsystem anzumelden. Damit würde die Arbeitslosigkeit zusätzlich massiv ansteigen. Betroffen sind in der Steiermark rund 40.000 Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft.

Ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft, genannt „Bau 2000“, ist als Gegenmaßnahme für die drohende Kündigungswelle und die gravierenden Einschnitte am Arbeitsmarkt in der Steiermark in der Regierungssitzung am 3. Juli 2000 vorgestellt worden. Dieses Programm sieht in den Bereichen Landesstraßenbau, Berufsschul- und Kulturbauten das Auslösen eines Investitionsvolumens von rund 1,6 Milliarden Schilling vor. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll von Seiten des Landes über langfristige Finanzierungsmodelle, wie zum Beispiel Leasingfinanzierungen, erfolgen. Der Bund ist parallel dazu aufzufordern, sich an diesem Programm mit einem gleich hohen Betrag zu beteiligen. Mindestens 2000 Arbeitsplätze können durch das Programm allein durch Landesmittel geschaffen beziehungsweise gesichert werden. Mit der Verdoppelung der Mittel durch den Bund wäre die Anzahl der geschaffenen beziehungsweise gesicherten Arbeitsplätze ebenfalls zu verdoppeln.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens zugunsten der steirischen Bauwirtschaft und der von ihr Beschäftigten rund 40.000 Arbeitnehmer ein Investitionsprogramm für den Straßenbau sowie Berufsschul- und Kulturbauten zu beschließen, mit dem ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 1,6 Milliarden Schilling ausgelöst werden soll, langfristige Finanzierungsmodelle dessen Finanzierung sichern sollen, mindestens 2000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geschaffen und gesichert werden, im Straßenbau die durch die massiven Kürzungen des Bundesstraßenbaubudgets (im Ausmaß von rund 150 Millionen Schilling für das Jahr 2000) nicht realisierbaren großen Umfahrungsprojekte, Ausbauten der Ortsdurchfahrten, Errichtungen von Geh- und Radwegen, Errichtungen von Kreisverkehren und Sanierungen

beziehungsweise Instandsetzungen im Ausmaß von rund 650 Millionen Schilling doch noch umgesetzt werden, die von der Fachabteilung 4b und dem Berufsschulbeirat in einem Prioritätenkatalog ausgewiesenen Investitionen in Berufsschulbauten in Höhe von rund 450 Millionen Schilling aus dem Budget der angeführten Fachabteilung umgesetzt werden und mit den rund 45,5 Millionen Schilling an disponiblen Mitteln aus dem Rundfunk- und Fernsehschilling im Wege von Leasingfinanzierungen auf 20 Jahre (also rund 500 Millionen Schilling) Kulturbauten – wie zum Beispiel die Projekte Grenadiergasse, Konservatorium, Volkskundemuseum und Kunsthaus – errichtet beziehungsweise saniert werden sowie zweitens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, mit Bundesmitteln das Volumen des Budgets für dieses Programm zu verdoppeln. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einen Satz in eigener Sache. Auch ich bin heute das letzte Mal hier im Landtag, abgesehen vom 19. Juli. Diese elf Jahre, in denen ich die Ehre gehabt habe Mitglied des Landtages zu sein, waren für mich eine äußerst interessante Zeit und ich hoffe, dass ich den einen oder anderen kleinen Beitrag auch leisten konnte. Ganz abgesehen davon, dass ich ja auch einen persönlichen Gewinn gehabt habe oder mir zuteil wurde, bin ich sehr stolz, dass ich so lange Mitglied des Steiermärkischen Landtages sein durfte. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg und wünsche uns vor allem Erfolg für unser Land. Ein steirisches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Auch dir, lieber Kollege Otto Heibl, die herzlichsten Glückwünsche und alles Gute für eine gesunde Zukunft.

Nächster Redner ist Herr Kollege Schreiner, er hat das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (19.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Rechnungsabschluss ein paar Anmerkungen. Ich werde jetzt sicher nicht den Fehler machen und mich hierher stellen und losschimpfen, dass der Herr Landesfinanzreferent da alles falsch gemacht hat. Sondern ganz im Gegenteil, ich werde einmal ein so genanntes Bench-marking machen und werde ihn vergleichen mit seinen politischen Kollegen auf Bundeseite, und zwar dem Herrn Klima und dem Nachfolger Herrn Edlinger. Wenn diese beiden Herren nur einigermaßen so gearbeitet hätten wie Herr Landesrat Ressel, dann hätten wir nicht so ein Problem und so eine harte politische Auseinandersetzung und so harte Sparmaßnahmen umzusetzen. So gesehen ist Herr Landesrat Ressel mit dem Instrumentarium Budget wesentlich effizienter umgegangen. Aber es gibt auch Kritikpunkte dazu und ich möchte den Bogen spannen.

Einer meiner wesentlichen Kritikpunkte zu dieser Thematik ist Folgender. Ich bin jetzt fünf Jahre hier in diesem Landtag. Es schaut das Budget in seinem Formalismus immer gleich aus, der Rechnungsabschluss schaut immer gleich aus und Ihre Vorgänger und Vorgänger haben denselben Formalismus vorgefunden und haben sich innerhalb dieses Formalismus, der

meiner Meinung nach seit einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zeitgemäß ist, bewegt, mehr oder weniger geschickt bewegt. Vom ungeschickten Bewegen der letzten Legislaturperiode in diesem Metier kann ich nichts feststellen. Aber seit dem Zeitpunkt, wo es ein Defizit gibt und auch ein Maastricht-verträgliches Defizit gibt, muss einmal klar werden, dass unser ursprüngliches System, die Finanzen des Landes in Griff zu behalten, nicht mehr zeitgemäß sein kann. Da ist mir etwas aufgefallen und ich glaube auf Grund dieser Tatsache und dieser Stücke ist das vielleicht einfach zu erklären. Es gibt eine Regierungsvorlage mit der Zahl 1381/1 und die betrifft den österreichischen Stabilitätspakt – Erfüllen der Maastricht-Kriterien, Stand Oktober 1999. Da stehen ein paar Dinge drinnen, die ich nicht lesen will, sondern sinngemäß wiederholen möchte. Da steht nach langen Ausführungen: Maßnahmen, Maastricht-Defizit soll durch echte Einsparungen eingedämmt werden. Auf künstliche Gestaltungsmaßnahmen soll verzichtet werden. Das ist ein kluger Satz, das ist eine Leitlinie. Es steht weiter, das Unterlaufen der Maastricht-Kriterien bei Finanzierungen, es ist auch die Leasing-Finanzierung erwähnt – dazu erfolgen meistens die Gründung von privatrechtlichen Gesellschaften, ist abzulehnen. Also diese Leasing-Geschichte verfolgt uns auch und wird sicher da schlecht gesehen. Dann geht es aber weiter und da wird es wirklich interessant. Es steht dann drinnen, im Zusammenhang mit dem Neubau des Landeskrankenhauses Hartberg, da ja eine Erhöhung des Stammkapitals jetzt in dieser Gesellschaft notwendig ist von 2 Millionen auf rund 100 Millionen Euro. Eine Milliarde 376,030 in Schillingen. Und dann geht der Satz weiter „es ist dann zwangsläufig, dass die Abschreibung für diese Kapitalerhöhung nicht mehr bilanziell aus den Zuschüssen des Landes abgedeckt werden kann,“ – jetzt wird das Wort Bilanz verwendet – „sondern ab 1999 im Rahmen des Gesellschafterzuschusses bereitzustellen wäre“. Das klingt ein bisschen kompliziert, aber es wird doch einfacher. Es gibt nämlich jetzt zum Haushaltsjahr 2000 auch eine Regierungsvorlage, Bericht über den Stand des Budgetvollzuges – vorher hat es einmal Bilanz geheißsen – sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2000. Und da haben wir schon diese Maßnahmen. Da steht jetzt Folgendes: „Eine vorläufige Umwandlung des“ – da ist Einzahl – „für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. veranschlagten Investitionszuschusses in ein Gesellschafterdarlehen, dessen Tilgung und Überführung ins Stammkapital im Rahmen“ und so weiter „geführt wird“. Und das gibt eine zusätzliche Verbesserung des Maastricht-Defizites von 460 Millionen Schilling. Was heißt das? Es passiert Folgendes: Das Land Steiermark muss einer Gesellschaft, die Geld braucht, dieses Geld geben. Jetzt wird aber nicht, wie es in einem Unternehmen richtig wäre, dieses Geld als verlorener Zuschuss gegeben, weil das Geld wird oder wurde ja ausgegeben, sondern im Rahmen einer Kapitalerhöhung wird das gemacht. Ein Gesellschafterzuschuss wird gemacht und dieser Gesellschafterzuschuss wird dann als Werterhöhung in dieser Gesellschaft, die das Geld aber ausgibt, gesehen und verringert das Maastricht-Defizit. In Wirklichkeit sind das aber Schulden und in Wirklichkeit ist das Geld, das bereits weg ist. Ich möchte damit nur sagen, dass wir uns auf Grund dieser

sehr komplizierten und nicht mehr zeitgemäßen Kameralistik in sehr schwieriges Metier bewegen. Es ist auch sehr schwierig für den Landesfinanzreferenten und das hat er auch gestern in der Ausschusssitzung gesagt. Er hat zum Beispiel das Riesenproblem mit den Rücklagenentnahmen. Rücklagenentnahmen, die er ja nicht, wenn sie in den Ressorts sind, im Griff hat, bedeuten sofort eine Änderung des Maastricht-Kriteriums. Das heißt, meine und unsere Hauptforderung ist und unser Hauptvorwurf ist, wir können nicht mit einem jahrzehntealten Instrument hantieren, das ganz einfach nicht mehr in die Anforderungen der Jetzt-Zeit passt. Wir kommen da in eine Problematik hinein, die wir dann irgendwann einmal nicht mehr im Griff haben, weil einfache Tatsachen wie Schulden plötzlich nicht mehr als Schulden gesehen werden.

Aber de facto ist es dann am Jahresende vermögensverändernd. Ich habe es versucht einfach zu machen, aber es ist immer noch kompliziert. Ich sehe es an den fragenden Gesichtern.

Grundsätzlich meine Meinung zum Rechnungsabschluss, unsere Meinung zum Rechnungsabschluss, wieder davon ausgehend, dass in Wirklichkeit der Landesfinanzreferent ja nicht das Geld ausgibt, sondern es wird ja das Geld in erster Linie in den Ressorts und in den Abteilungen zweckgebunden verwendet. Da gibt es jetzt natürlich mehr oder weniger Möglichkeiten. Und ich möchte das jetzt durchgehen.

Es sind die Möglichkeiten im Sozialressort natürlich ganz anders als in anderen. Die Begehrlichkeit im Sozialressort wird immer groß sein. Aber es wird immer nur das Geld ausgegeben werden können, das auch tatsächlich vorhanden ist beziehungsweise vom Landesfinanzreferenten freigegeben wird zum Zwecke des Ausgebens für die Verbesserung. Es ist im Sozialressort durch das Kinderbetreuungsgesetz auch wirklich, würde ich sagen, etwas gelungen, was besser ist als viele andere Gesetze und Maßnahmen, die hier geschehen sind. Letztendlich fehlt aber auch in diesem Ressort eine Verbesserung hin zu mehr Treffsicherheit. Es fehlt eine Verbesserung, es fehlt Innovation zu mehr Treffsicherheit im Sinne sozialer Treffsicherheit.

Wirkliche Probleme wird es im Spitalsressort geben – ich bin überzeugt davon –, und zwar ganz einfach aus der Systematik heraus. Früher war das Gesundheitswesen – ich möchte das sehr einfach vergleichen – so in etwa ein gutes Mittelklasseauto, und ein gutes Mittelklasseauto kostet Geld. Und irgendwann hat sich auf Grund des Fortschrittes und des Wandels dieses gute Mittelklasseauto in ein Oberklasseauto verwandelt mit den Kosten, die einhergehen. Diese Tatsache wird natürlich immer größere Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes und des Bundes richten.

Etwas anders sieht es im Ressort des daneben sitzenden Kollegen, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner, aus. Er hat sich hervorgetan als Gründer von Abteilungen, die Geld verschlingen. Er hat sich hervorgetan durch Kulturevents. Diese haben sich mitunter auch als Fass ohne Boden herausgestellt. Es sind persönliche Darstellungen überbewertet worden, haben viel Geld gekostet. Es ist in Wirklichkeit nichts Wesentliches, nichts Innovatives verändert worden.

Bei der Frau Landeshauptmann Klasnic ist festzustellen, dass mehr Orden verliehen werden, mehr Empfänge stattfinden. Es gibt auch hier eine Abteilungsvermehrung – siehe Europareferat. Ich persönlich habe die politische Tätigkeit der Frau Landeshauptmann nicht wahrgenommen.

Dem Herrn Landesrat Pörtl kann ich eigentlich nur zwei Fragen stellen. Geht es den Bauern jetzt besser? Und zweitens, was passiert mit dem Müll im Jahr 2004?

Dass es immer wieder Vergessenes im Budget gegeben hat – ich denke da an den landwirtschaftlichen Wegebau oder Leistungen für die Kanalisation, für die Abwasserbeseitigung – ist hinlänglich besprochen worden.

Der Herr Landesrat Hirschmann nimmt alles nicht so besonders ernst, großer Meister der Events, hat überhaupt kein Problem damit, dass jährlich die Kosten für Personalausgaben und für den Sachaufwand einfach um ein paar Prozent steigen, keine Verwaltungsreform, keine Innovation, keine Veränderung.

Der Herr Landesrat Paierl war da sehr flexibel unterwegs, hat sich sehr bemüht, ist mit dem unsinnigen Instrumentarium der Förderungen, von der EU aufoktroziert, würde ich sagen, zurechtgekommen. Seine Handlungen, betreffend Haus der Wirtschaft, haben wir alle nicht für besonders glücklich gehalten und sie waren es meiner Meinung nach auch nicht und haben auch nicht zu einer wesentlichen Einsparung geführt.

Zum Herrn Landesrat Ressel, der nicht der ist, der allein das Geld ausgibt, wie gesagt, Straßen bauen kann man, wenn Geld da ist. Budgetpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf der ESTAG haben sich bis zum heutigen Tag nicht als glücklich herausgestellt. Der Verkauf der HYPO war glücklich, war gut für das Land. Dass das Geld auch verbraucht wurde, ist halt eine Tatsache.

Zum Bauréferat, zum Referat des Herrn Landesrates und jetzigen Bundesministers Schmid und danach Frau Mag. Magda Jost-Bleckmann ist zu sagen, dass diese Abteilung eine Sonderstellung hat, und zwar deswegen, weil bereits in der vorhergehenden Periode wirklich eine innovative Änderung gelungen ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist bereits in der Legislaturperiode davor gelungen, die Förderung in diesem Ressort so umzustellen, dass letzten Endes das Land nicht mehr weiter belastet wurde und 3 Milliarden vorhandene Schulden abgebaut werden konnten. Und es ist in dieser Periode gelungen, weitere Verbesserungen, weitere Maßnahmen für die Bürger in diesem Land zu setzen – siehe Wohnbeihilfe für alle.

Herr Kollege Otto Heibl, du schmunzelst, du freust dich darüber, ich weiß es, ich sehe es.

Mein Vorwurf im Zusammenhang mit diesem Rechnungsabschluss und am Ende einer Periode ist der, die Landesregierung, und zwar der Kern der Landesregierung, hätte der Motor für die Veränderung sein müssen. Die in erster Linie hätten verändern können, die nicht so ein enges Korsett haben, wie Sozialreferat oder Landwirtschaft oder Spitalswesen – Bau ist ausgeklammert, wie gesagt auf Grund besonderer Bedingungen, aus eigener Tüchtigkeit heraus –, der Herr Landesrat Ressel hätte mit kluger Eigentümerpolitik

verändern können. Es ist nicht sinnvoll, dass zum Beispiel die Holding versucht, die neue verstaatlichte Industrie der Steiermark zu werden, wie man ja allgemein sieht. Die Privatisierung durch Holdingabverkäufe hat nicht stattgefunden. Es hätte müssen Motor sein der Herr Landesrat Paierl. Es hätte müssen Motor sein der Herr Dr. Hirschmann und die Frau Landeshauptmann Klasnic hätte müssen Motor sein. Das war nicht festzustellen.

Festzustellen, im Gegenteil, war, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, der Herr Dr. Hirschmann, die Frau Landeshauptmann Klasnic eine sehr progressive Ausgabenpolitik, um nicht Verschwendungspolitik zu sagen, betrieben haben. Das bringt uns sicher nicht weiter.

Abschließend, um dem Herrn Landesfinanzreferenten beim Sparen zu helfen, möchten wir noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag nach Paragraph 51 der Geschäftsordnung einbringen, und zwar betreffend Überprüfung der Versicherungsleistungen des Landes Steiermark, um da ein Einsparungspotenzial zu heben.

Der Antrag lautet wie folgt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Versicherungsleistungen des Landes Steiermark nach dem neuesten Stand der EU-weiten Versicherungstechnik neu auszuschreiben, insbesondere die Feuer- und Allrisk-Sachversicherung, die Haftpflichtversicherung und die Kfz-Haftpflichtversicherung, um bei Optimierung der Leistungen eine bestmögliche Prämie zu erzielen.

Abschließend noch ein Gedanke dazu: Ich glaube nicht, wer auch immer in der nächsten Legislaturperiode hier das Sagen haben wird, wer auch immer in der Landesregierung sitzt, dass es noch einmal möglich sein wird fünf Jahre lang alte Hüte zu pflegen. (Beifall bei der FPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Kollege Dr. Brünner. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Brünner (19.30 Uhr): Herr Kollege Löcker, du hast wirklich recht gehabt, der Schemel, auf dem man kniet und den Eigenen dankt und ich füge hinzu, der Pranger, vor den man die anderen stellt, es ist wirklich zum Weinen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Erstes zum Rechnungsabschluss und dort ein erster Punkt. Ich habe immer wieder unter dem Gesichtspunkt der Budgetwahrheit angeprangert, dass der Rechnungsabschluss mit zirka 15 Prozent über den Zahlen des Budgets liegt, sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Ich habe festgehalten, dass dadurch meines Erachtens der Grundsatz der Budgetwahrheit verletzt wird. Ich habe mich gestern von Herrn Landesrat Ressel belehren lassen, dass das nicht der Fall sei, soweit es sich um die Auflösung von Rücklagen ohne Zweckwidmungsänderung handle. Ich möchte das zur Kenntnis nehmen und dass es zutrifft, das haben Sie nicht gesagt, aber Sie haben mir das da irgendwie zugestanden, für jene Teile der Rücklagenauflösung, wo auch eine Zweckwidmungsänderung der Fall ist. Wie

dem auch immer sei, es führt kein Weg daran vorbei, den Landtag stärker als bisher in den Budgetvollzug einzubeziehen, laufend einzubeziehen. Und ich möchte festhalten, dass über meinen Antrag der Landtag ja beschlossen hat, eine halbjährliche begleitende Budgetkontrolle durchzuführen. Es wäre schön, wenn der neue Landtag eine vierteljährliche begleitende Budgetkontrolle beschließen würde.

Ein Zweites, ich habe das gestern im Kontroll-Ausschuss schon gesagt, Darlehensaufnahmen im Landesvoranschlag – 1999 waren es rund 209 Millionen – im Landesrechnungsabschluss für das Jahr 1999 sind 2,15 Milliarden ausgewiesen und im Voranschlag für das Jahr 2000 sind 3,545 Milliarden Schilling Darlehensaufnahmen ausgewiesen. Also eine Explosion der Darlehensaufnahmen. Ich möchte mich dabei gar nicht einlassen, was da Maastricht-gerecht und nicht Maastricht-gerecht ist. Für mich zeigt diese Explosion ein Jahr vor der Landtagswahl 1999 und im Jahr der Landtagswahl, dass, Herr Kollege Straßberger, sehr wohl ein parteipolitischer Selbstbedienungsladen feststellbar ist, der genauso die ÖVP betrifft wie die SPÖ. Herr Kollege Straßberger, wenn du vom parteipolitischen Selbstbedienungsladen sprichst und hier und heute bei diesem Tagesordnungspunkt zwei Entschließungsanträge eingebracht werden – ein Entschließungsantrag der SPÖ betreffend ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1,6 Milliarden und postwendend die ÖVP einen Entschließungsantrag einbringen wird, Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling – dann frage ich mich, Herr Kollege Straßberger (Abg. Straßberger: „Christian, wenn so viel Geld da ist, dann bitte!“) was parteipolitischer Selbstbedienungsladen ist. Eine Minute vor Schluss der Legislaturperiode und ein paar Minuten vor der Landtagswahl solche Anträge einzubringen, das ist unsachliche Politik, Herr Kollege Straßberger, von wem immer, von der einen Seite wie von der anderen Seite. (Abg. Straßberger: „Anscheinend muss so viel Geld da sein!“)

Und wenn du, Kollege Straßberger, dich da herstellst und eigentlich die Rede eines Oppositionspolitikers hältst, wo die ÖVP doch in der Regierung sitzt, wo du sagst, Schuldenstand muss abgebaut werden und man darf sich nicht parteipolitisch bedienen, dann frage ich dich, wo soll denn bitte strukturell etwas verändert werden und wie soll denn der Schuldenstand abgebaut werden? Die Starrheit des Budgets beträgt rund 97 Prozent, nur 3 Prozent sind wirkliche Ermessensausgaben, wo der Grund und die Höhe flexibel gestaltet werden können. Wir haben gestern darüber diskutiert, dass diese Flexibilisierung des Budgets nur möglich ist, wenn strukturelle Reformen durchgeführt werden im öffentlichen Dienst, im Gesundheitsbereich, in der Landwirtschaft, im Sozialen. Mindestens oder zwei dieser vier Bereiche, Herr Kollege Straßberger, werden derzeit von ÖVP-Landesräten verwaltet. (Abg. Straßberger: „Christian, hast du gewusst, dass wir auf einmal 1,6 Milliarden Schilling für irgendwelche Projekte haben? Hast du das gestern gewusst? Ich nicht!“) Ich habe das nicht gewusst, aber ich sitze nicht in der Regierung, Herr Kollege Straßberger. Und ich mache eine Politik nicht mit, die ja

auch auf der Bundesebene stattgefunden hat. Da wird alles, Herr Kollege Straßberger, gemeinsam beschlossen in der Landesregierung, alles, was gut und teuer ist und hier im Landtag von ÖVP und SPÖ beschlossen, alle Budgets, alle Rechnungsabschlüsse, alle Krankenhausweiterungen und Modernisierungen in der Landesregierung, das Konzept über die psychosoziale Versorgung, das Kinderbetreuungsgesetz, alles gemeinsam beschlossen, hier im Landtag beziehungsweise die ÖVP und SPÖ. Und sich dann hierher zu stellen und zu sagen, ja, eigentlich bin ich ganz überrascht, dass es hinten und vorne nicht zusammengeht, ich verlange den Kassasturz, Herr Kollege Straßberger. Wenn ich das verlange, dann verstehe ich das, wenn du das verlangst, dann verstehe ich das nicht. Das ist für mich nicht eine adäquate Politik. (Abg. Straßberger: „Wenn ich ein Budgetvolumen von 50 Milliarden habe!“) Aber bitte, du kannst mir doch nicht weis machen, dass die ÖVP-Mitglieder der Landesregierung nicht wissen, was der Herr Landesrat Ressel tut. Ich meine, das kann mir niemand weis machen.

Zu diesem Landesrechnungsabschluss möchte ich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner und Zitz einbringen. Es geht wieder um das, was wir gestern debattiert haben, Herr Landesrat, wo ich Sie heute auch in der Fragestunde gefragt habe, nämlich den Rechnungsabschluss stärker als bisher zu einem Instrument der Kontrolle in der Hand des Landtages gegenüber der Regierung zu machen. Das geht nur so, dass der Landesrechnungshof eine Stellungnahme zum Landesrechnungsabschluss erstellen können muss. Weil auf der Bundesebene ist es so, dass der Rechnungsabschluss vom Bundesrechnungshof erstellt wird, nicht von der Regierung, die durch dieses Instrument kontrolliert werden soll. Im Land ist es so, dass die Institution, die durch den Landesrechnungsabschluss kontrolliert werden soll, die Landesregierung, diesen Rechnungsabschluss selber erstellt. Da sind rechtliche Vorgaben, die sind einzuhalten, das ist schon klar, aber meine Forderung ist, dass der Landesrechnungshof berechtigt und verpflichtet wird, eine Stellungnahme zum Rechnungsabschluss abzugeben.

Wie gesagt, die Abgeordneten Brünner und Zitz stellen folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, in der nächsten Legislaturperiode in Kooperation mit dem Landtag die einschlägigen landesrechtlichen Bestimmungen dahin gehend abzuändern, dass vor Beratung und Beschlussfassung des jeweiligen Rechnungsabschlusses im Landtag eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes, der ja Hilfsorgan des Landtages ist, zum jeweiligen Rechnungsabschluss abgegeben wird.

Ein Zweites zum Antrag der ÖVP, betreffend die Budgetsituation des Landes. Ich habe im Finanz-Ausschuss zugestimmt und mitgestimmt, weil auch ich der Auffassung bin, dass ein Kassasturz notwendig wäre, aber ich halte nochmals fest, dass ich für die Ausgabenverantwortung in diesen viereinhalb Jahren ÖVP und SPÖ verantwortlich mache und auch mich, das Liberale Forum, dort, wo wir mitgestimmt haben, ausgabenwirksam wie beim Kinderbetreuungsgesetz.

Ich möchte mich, was das Spitalressort anlangt, nicht wiederholen, aber Sie kennen meine Hypothese, nämlich dass in der nächsten Legislaturperiode zwischen 1 und 1,5 Milliarden Schilling zusätzlicher Gesellschafterzuschuss zu den jetzt gezahlten 3,4 Milliarden erforderlich sein werden, wenn alles gleich bleibt, wenn die Umsetzungsbeschlüsse der Landesregierung nicht erstreckt werden auf viele Jahre. Eine solche Politik, die die Augen zumacht vor der nächsten Legislaturperiode, halte ich für unseriös, letztendlich werden durch solche Vorgriffe auf die Zukunft auch unsere nachfolgenden Generationen belastet.

Zum heutigen Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend zukunftsorientierte Budgetpolitik des Landes, Herr Kollege Straßberger und Herr Präsident, bitte ich, dass über die beiden Punkte getrennt abgestimmt wird. Dem Punkt eins stimme ich zu, was diese Rücklagenbewegungen anbelangt, Punkt zwei stimme ich nicht zu, wo noch in dieser Gesetzgebungsperiode ein Budgetprogramm verlangt wird.

Herr Kollege Straßberger, ich muss dich noch einmal angehen. Du hast gesagt, es ist Bewegung in die – Herr Präsident, ich habe als Erstredner der Landtagspartei Liberales Forum 20 Minuten (Präsident Dr. Strenitz: „Sie haben noch Zeit!“), sonst muss ich mich ein zweites Mal zu Wort melden und das bringt nichts (Präsident Dr. Strenitz: „Dieses Recht hätten Sie, aber wir können das gleich in einem machen!“) Ich bitte Sie darum. Also, Herr Kollege Straßberger, durch die ÖVP ist Bewegung in die Budgetpolitik des Landes gekommen. Jetzt möchte ich dir einmal etwas sagen, Herr Kollege Straßberger, was das Liberale Forum in dieser Periode alles gefordert hat und im Übrigen die FPÖ auch.

Erstens: Begleitende Budgetkontrolle. Da haben wir uns durchgesetzt mit unserem Antrag, sicher dank eurer Zustimmung haben wir uns durchgesetzt, halbjährliche Budgetkontrolle. Mittelfristiges Budgetprogramm, das du verlangst, habe ich beantragt, ist im Unterausschuss des Verfassungs-Ausschusses entsorgt worden und der Unterausschuss des Verfassungs-Ausschusses ist durch einen ÖVP-Abgeordneten, nämlich den Herrn Kollegen Lopatka, in den letzten Monaten nicht mehr einberufen worden. Ich bitte dich, dass du in kollegialer Verbundenheit mit dem Kollegen Lopatka darüber redest, weil das hätten wir schon lange beschließen können. (Abg. Straßberger: „Mit uns!“) Das hätten wir schon lange beschließen können. Und jetzt, eine Sekunde vor Ende der Legislaturperiode, ein mittelfristiges Budgetprogramm über den Wahltag hinaus zu verlangen, das halte ich schlicht und einfach für unseriös.

Ich zähle noch auf, Herr Kollege Straßberger, was das Liberale Forum sonst noch alles beantragt hat: Jährlicher Budgetbericht, wo dargestellt wird die Umsetzung des mittelfristigen Budgetprogrammes. Die Stellungnahme des Landesrechnungshofes zu den Rechnungsabschlüssen und zum Budget. Ich kann mich noch erinnern, wie das damals auch von dir abgelehnt worden ist. Und ein modernes Landeshaushaltsgesetz, da stimme ich dem Kollegen Schreiner voll zu, da fahren wir noch mit dem Karren durch die Welt, mit unserem alten Landeshaushaltsgesetz.

Alles das liegt schlafend im Unterausschuss des Verfassungs-Ausschusses und wird nicht mehr behandelt, seit Monaten ist dieser Unterausschuss vom Kollegen Lopatka nicht einberufen worden.

Ein nächster Punkt betrifft die Gesetzesfolgenabschätzung. Ich gehe davon aus, dass Frau Kollegin Karisch da den gemeinsamen Entschließungsantrag vortragen wird. Ich bin erfreut darüber, dass diese Initiative des Liberalen Forums zumindest zu diesem Erfolg geführt hat, dass in der nächsten Periode ein Pilotprojekt für Gesetzesfolgenabschätzung durchgeführt wird. (Abg. Gennaro: „Ist das eine Abschiedsrede?“) Diese Freude, Herr Kollege Gennaro, mache ich Ihnen ganz sicher nicht. Herr Kollege Gennaro, ich werde mich ab 16. Oktober mit Ihnen wieder auseinandersetzen über Pflichtversicherung und Versicherungspflicht. (Abg. Gennaro: „Ich freue mich. Wenn es nicht eintrifft, treffen wir uns privat!“)

Frau Kollegin Karisch, also Gesetzesfolgenabschätzung, da freue ich mich, dass das stattfindet. Ich möchte festhalten, dass ich das als ein Zeichen guter politischer Kultur ansehe, dass du das nicht entschlafen hast lassen, dass du noch fünf Minuten vor Zwölf diese Unterausschusssitzung einberufen hast. Ich möchte Herrn Hofrat Anderwald danke sagen für die hervorragende Ausarbeitung, mit seinen Mannen, dem Herrn Dr. Weiss und den Damen und Herren der Landtagsdirektion. Ich füge nur hinzu, ich hätte mich gefreut, wenn ich als Erster auf diesem Entschließungsantrag hätte stehen können.

Nächster Punkt: Notifikationsverfahren. Ich möchte da einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner und Zitz diesbezüglich einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, das gesamte Landesrecht dahin gehend zu durchforsten, ob alle nach dem Notifikationsgesetz notwendigen Notifikationsverfahren tatsächlich durchgeführt worden sind.

Sie wissen, dass das seinerzeit beim Steiermärkischen Baugesetz nicht der Fall war und nunmehr auch nicht beim Feuerungsanlagengesetz. Deswegen können wir das heute nicht beschließen.

Es wäre schön, wenn hier der Verfassungsdienst einmal durch das Landesrecht schaut und feststellt, ob alles notifiziert worden ist, was notifiziert werden musste.

Schlussendlich der Forderungskatalog 1999: Diejenigen, die diesen Katalog erstellt haben, die Damen und Herren Beamten, haben sich sehr viel Arbeit gemacht. Ich füge freilich hinzu, wahrscheinlich umsonst, im Großen und Ganzen umsonst, weil wir noch kein System hier im Landtag entwickelt haben, wie wir solche Berichte, die sehr viel Zeit und Mühe kosten, wirklich aufbereiten, wirklich ausschachten. Jeder von uns nimmt das her, greift ein paar Zahlen heraus. Es ist wichtig, dass es diesen Bericht gibt, aber ich würde mir wünschen ein Berichtssystem, wo es im Bereiche des Landtages ein Auswertungsschema für solche Berichte der Landesregierung gibt, auch dahin gehend, was in Zukunft besser gemacht werden könnte, weil auch darüber gibt es Informationen in diesem Bericht.

Man könnte diese Berichte, Frau Kollegin Karisch, zu Instrumenten der Wirksamkeitsanalyse von Gesetzen umfunktionieren. Ich brauche eigentlich im Grunde genommen kein neues Instrument der Wirksamkeitsanalyse. Ich würde mir wünschen, dass das auch in der neuen Periode aufgegriffen wird, eine solche Wirksamkeitsanalyse von Gesetzen anhand dieser Berichte im Landtag auszuarbeiten. (19.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Herr Abgeordneter Gennaro am Wort.

Abg. Gennaro (19.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Hoch geschätzter Herr Prof. Brünner – da drüben steht er –, Herr Prof. Brünner, vielleicht können Sie mir jetzt kurz ein Ohr leihen, weil am 16. Oktober weiß ich nicht, ob Sie dann wirklich noch da sind. Wenn Sie herausgehen, und ich bin nicht so intelligent wie Sie, ich bin kein Akademiker, kein Professor, aber eines kann ich, lesen kann ich, und ich hoffe, nicht falsch. Und ich verstehe nicht, wenn Sie jedesmal – auch beim Ausschuss – die gleiche Platte spielen. Sie gehen immer von 208 Millionen Gebarungsabgang aus. Ich habe mir das angeschaut. Sie vergessen, entweder absichtlich oder wollen Sie es nicht, dass Sie auch den außerordentlichen Haushalt, den Abgang, mit 1,8 Milliarden und ein paar Zerquetschten berücksichtigen müssen. Wenn Sie diese zwei Summen ins Auge fassen, wenn ich sage von 2,015 Milliarden Abgang, und tatsächlich hätten oder könnten wir nach dieser Situation 2,060 haben, dann sind wir noch beim Abgang um 45 Millionen darunter. Vielleicht setzen wir uns einmal zusammen und erklären Sie mir Ihre Variante und ich zeige Ihnen, wie ich zu diesen Ziffern komme, weil da trennen sich Welten.

Meine Damen und Herren, ich darf vorweg als Vorsitzender des Finanz-Ausschusses sagen, seit der Landesrat Ressel für das steirische Landesbudget zuständig ist, war jeder Rechnungsabschluss – und das können wir wertfrei anerkennen – besser als die vom Landtag im Voranschlag beziehungsweise im Laufe des Jahres genehmigten Darlehensaufnahmen. Die Finanzschulden des Landes, nachlesbar, konnten seit 1995 um 1,4 Milliarden Schilling abgebaut werden. Das heißt, die Steiermark liegt damit wesentlich besser als manch andere Bundesländer. Kärnten bildet dabei das Schlusslicht, das in den letzten Jahren seinen Schuldenstand um über 40 Prozent erhöhen musste.

Und das alles trotz eines Sonderinvestitionsprogrammes in der Höhe von rund 4 Milliarden Schilling, das aus dem laufenden Budget finanziert werden konnte.

Es gibt keine Budgetüberschreitung, meine Damen und Herren, die der Landtag auch hinsichtlich der Bedeckung nicht genehmigt hat. Wir haben diese Diskussion permanent bei den außer- und überplanmäßigen Berichten und es findet jeder Punkt oder jeder Bericht die Zustimmung des Landtages.

Wenn von dem Volkspartei-Schuldenbarometer der Wirtschaftsförderung in einer der letzten Sitzung klar vorgerechnet wurde, wo die Mehrbelastungen für das Budget herkommen, im Jahr 1999 gingen über

600 Millionen von knapp einer Milliarde Schilling Mehrausgaben auf das Konto der Wirtschaftsförderung. (Abg. Straßberger: „Gott sei Dank!“)

Und heuer waren es schon wieder über 400 Millionen und Wünsche über zusätzliche Ausgaben von rund 500 Millionen Schilling liegen vor. Also wir sollen nicht so tun, als ob der Finanzreferent Schuld wäre. Vor kurzem war Ebbe in der Kasse der Wirtschaftsförderung und sie war finanziell blank. Auch hier hat unser Finanzlandesrat, der gar nicht zuständig gewesen wäre, sondern der Wirtschaftslandesrat, sich Gedanken gemacht, wie der verfahrenere Karren bei den Förderungen wieder flott zu kriegen ist. Stichwort: Verteilung der Förderung auf zehn Jahre und die Regelung betreffend Vorfinanzierung der Landesmittel bei der EU-Kofinanzierung.

Und wenn der Kollege Straßberger hergeht und sagt, was das für die Betriebe bedeutet, welche Probleme sie haben, dann möchte ich nur in Erinnerung rufen, in den nächsten Tagen wird der Spatenstich bei AMS sein. Das Land hat 240 Millionen Schilling dem Unternehmen zugesichert, auch wenn das in Tranchen, so wie das Unternehmen die Finanzierungsschritte gebraucht hat, zugestanden wurde. Wir haben jetzt 240 Millionen hineingegeben und nach nicht einmal drei Monaten ist dieser Betrieb, meine Damen und Herren, ins Ausland verkauft worden. Also man muss da wirklich sehr aufpassen. Diese Weitsicht, die der Finanzlandesrat hat, kann man nur unterstreichen.

Wenn der Kollege Straßberger da hergeht, locker, und sagt, wir haben ja nur einen Spielraum von drei Prozent, der muss erweitert werden. Lieber Freund, das klingt gut, kein Frage.

Der Ermessensspielraum mit 3 Prozent liegt bei rund 1,4 Milliarden Schilling. Dann musst du aber auch hergehen und sagen, welche Pflichtausgaben willst du durch Gesetze wegbringen oder durch Verordnung aufheben, dass du diesen Spielraum erweiterst. Das ist eine Zukunftsmusik, da muss man auch konkret darüber reden, was beabsichtigt ist. Sich nicht so locker herstellen und sagen, das muss erweitert werden, im Wissen, dass es irrsinnige Probleme gibt. Und wir sollten uns auch, meine Damen und Herren, beim Rechnungsabschluss erinnern, was wir so im Laufe des Jahres – und es ist schon ausgeführt worden – an zusätzlichen finanziellen Mitteln beschließen, wo kein Mensch fragt, wie es finanziert, wie es bedeckt wird, einfach der Auftrag vom Landtag ergeht, dass das in der Form zu finanzieren ist und wir beschließen die Ausgaben.

Wenn ich mir das Maastricht-Defizit – ich will da nicht belehren, aber ich habe genau zugehört bei der Fragestunde, du hast aber wieder angefangen und jetzt muss ich dir wieder das Gleiche sagen. Der Herr Landesrat hat dir sehr klar erklärt, wie sich die Situation ergibt mit diesem Plus von 333 Millionen. Entweder willst du es wirklich nicht verstehen oder du gehst nur her und sagst, das ist reine Polemik, das, was er mir Vormittag gesagt hat, nehme ich nicht zur Kenntnis oder ich habe es nicht verstanden. Wenn das ist, dann kann man es noch einmal wiederholen, das lässt sich ausräumen. Ich bringe auch die Budgetzahlen, weil ich habe mir das auch genauso angeschaut wie du und ich mache mir auch meine Gedanken. Wenn wir beim Maastricht-Defizit beim Vor-

anschlag bei der Neuverschuldung von 88 Millionen ausgegangen sind, wenn wir durch die Neuverschuldung inklusive vom Landtag zusätzlich genehmigter Darlehensaufnahmen über eine Milliarde Schilling haben und wir letztendlich die Maastricht-Neuverschuldung laut Rechnungsabschluss mit 235,5 Millionen haben, dann heißt das, dass das sehr gut über die Bühne gebracht wurde und dass wir das Ganze nicht in der Form ausschöpfen mussten. Der Schuldenstand ist um rund 1,4 Milliarden – habe ich bereits erwähnt – abgebaut worden. Die bisherige Budgetpolitik zeigt, dass die Rechnungsabschlüsse immer besser waren als die Ermächtigung des Landtages zur Schuldenaufnahme und wir haben das damit eingehalten. Das Budgetvolumen ist sichtbar und diese 7 Milliarden Schilling, was eine Erhöhung des Budgetvolumens ist, können bitte nur beim Rechnungsabschluss auftauchen, indem eben diese Rücklagengebarung dann aufgelöst wird.

Zu den Sondermaßnahmen möchte ich auch noch etwas sagen, weil es auch erwähnt gehört, weil es positiv ist. In der Siedlungswasserwirtschaft haben wir Altlasten von rund 91,3 Millionen Schilling für den Landesrat Pörtl bedeckt. Das war eine Abdeckung des Förderungsrückstandes. Und wir haben in den Jahren 1997 und 1998 durch zusätzliche Darlehensaufnahmen im Jahr 1999 bereits 561 Millionen zusätzlich bedeckt. Das Geld musste ja auch aufgebracht werden und wir haben für die Sozialhilfe, die so genannte Altlastenabrechnung, 239 Millionen Schilling aufgewendet.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Ressel hat ja bereits – was vom Landtag verlangt wurde – diesen so genannten Budgetvollzug für das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2000 in der Regierung eingebracht. Ich bedaure nur, dass Herr Landesrat Paierl und die Frau Landesrätin Bleckmann das zurückstellen ließen, weil sonst hätten wir vielleicht den Bericht schon im Landtag und er wäre sehr aufschlussreich, weil einiges daraus zu ersehen und zu lesen wäre, wie sich die Situation tatsächlich darstellt. Also mir ist schon klar, 15. Oktober Wahl und bei jedem Rechnungsabschluss gibt es dann die so genannten Geplänkel, meine Damen und Herren, und unter dem Jahr ist alles eitel, Wonne, Waschtrog. Da wird gemeinsam beschlossen und es fragt niemand danach. Ich sage, ich bin stolz als Sozialdemokrat, dass gerade der Finanzlandesrat unserer Fraktion angehört und er in den ganzen Jahren bewiesen hat, dass er sicherlich das Budget im Griff hat und dass es trotz eurer Attacken nicht notwendig war und auch nicht aufgegangen ist, den Landesrat in der Form anzupatzen.

Lasst mich noch etwas zu euren Entschließungsanträgen sagen. Wenn der Kollege Straßberger hergeht und jetzt einen Antrag einbringt bezüglich der Pendlerbeihilfe, so darf ich vermerken, es hat einen einstimmigen Beschluss in der Regierung gegeben, dass dieses so genannte Sozialpaket, zusätzliche Pendlerbeihilfe zur bereits beschlossenen, bestehend aus der Erhöhung der Vignette, aus den Benzinpreiserhöhungen, aus der motorbezogenen Kfz-Steuer – das sind alles Dinge, wo man ja die Kleinen schützen muss, wo der Herr Finanzminister gesagt hat, bei der motorbezogenen Kfz-Steuer wollen wir nur die BMW-, Mercedes- und Jaguar-Fahrer treffen. Dass jeder

Einzelne bitte hier seinen Obolus zu leisten hat, der nicht gering ist und dass viele, viele Pendler ihren Pkw brauchen, um überhaupt ihrem Broterwerb nachzugehen, so ist diese Situation entstanden und es wurde in der Regierung einstimmig eingebracht und man hat auch gesagt, das soll diesem ANHAF zugeteilt werden. Eigentlich gehörten sehr wohl die Pendlerbeihilfe sowie die Familienbeihilfe des Landes in das Sozialressort, weil die Familienbeihilfe ist derzeit bei der Frau Landeshauptmann, die Pendlerbeihilfe bei Paierl, aber die Regierung hat das eben beschlossen und daher glaube ich, dass man auch zu diesem Beschluss stehen soll. Wir haben es aber schon im Arbeitsförderungsbeirat gemerkt, dass es hier andere Dinge gibt. Die ÖVP hat das mitgetragen, sie hat auch gemeint, wir warten bis die Richtlinien fertig sind und obwohl sie in der Regierung zugestimmt hat, will sie das jetzt ändern. Und ich sage nur zur Situation im Sinne einer Verwaltungsökonomie und Klarheit der steirischen Pendler, das ist bitte eine aufgelegte Ablenkung und ein Schmäh, weil das Personal und die Infrastruktur für den ANHAF ist nach wie vor die Landesamtsdirektion Geschäftsstelle des Arbeitsförderungsbeirates und nachdem bei den Arbeitsförderungsbeiratsstücken ein Ko-Stück Rieder und Paierl ist, so geht das Argument ins Leere, daher werden wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Zum anderen Entschließungsantrag bezüglich zukunftsorientierte Budgetpolitik des Landes, so darf ich auch sagen, die Begründung – und ich habe mit dem Kollegen Straßberger, ich stehe nicht an, es zu sagen, vorher gesprochen – ist für uns Wahlkampfgeplänkel, die lehnen wir sowieso ab, aber wir sind, weil die Sache akzeptabel ist beim Punkt eins und ich ersuche daher bei diesem Entschließungsantrag, Herr Präsident, eine getrennte Abstimmung. Beim Punkt eins können wir sachlich, weil er akzeptabel ist, mitgehen. Aber den Punkt zwei müssen wir ablehnen, erstens ist dieser Punkt zwei in kurzer Zeit nicht machbar und erfüllbar; zweitens wissen wir, dass die Finanzausgleichsverhandlungen sicherlich nach Auskunft bis Ende des Jahres 2000 dauern werden und nicht fertig sind, daher ist das Ganze, was man da machen könnte, Kaffeesudlesen, ist nicht ernst zu nehmen und aus diesem Grund werden wir auch diesen Punkt zwei ablehnen.

Zum Schluss kommend, meine Damen und Herren, wünsche ich mir nur, dass viele Länder diese Budgetsituation haben, wie sie das Land Steiermark hat und dass wir uns gemeinsam erinnern sollten an die Beschlüsse und wir sollten stolz sein, dass wir eine Schuldenverringerung und ein dementsprechendes gutes Budget haben. (Beifall bei der SPÖ. – 19.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Ussar.

Abg. Ussar (19.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf die Debatte kurz unterbrechen und auch persönlich einige Worte zu Ihnen sagen. Ich bin seit dem Mai 1988 nach Hans Kirner hier in den Steiermärkischen Landtag gekommen, bin nun seit über 40 Jahren im politischen Leben tätig, komme aus der

Jugendarbeit, war bei den Lehrern tätig, 37 Jahre als Bezirksjugendreferent, 30 Jahre als Gemeinderat und 14 Jahre als Kulturstadtrat. Ich sage das deswegen, weil viele hier in der Runde sitzen, denen ich begegnet bin bei der Arbeit im Landesjugendbeirat, bei verschiedensten Tätigkeiten und ich muss sagen, dass ich mit vielen zusammengearbeitet habe, gerne zusammengearbeitet habe, viele Erfahrungen sammeln konnte, aber mich immer auch bemüht habe, meinen Grundsätzen treu zu bleiben. Ich habe einmal bei einem Wahlplakat – ihr habt ja auch alle Wahlplakate in eurem Bezirk, ja, jeder hat einen Slogan – gewählt, für unsere Region „Erfahrung und Menschlichkeit“. Ich habe mich bemüht, das nicht nur als Slogan auf das Plakat zu schreiben, sondern auch immer danach zu handeln, soweit es möglich war.

Es ist eine schöne Aufgabe – und das wissen wir alle –, die Interessen einer Region, die Interessen von Mitbürgern und Mitbürgerinnen zu vertreten und bei allen Schwierigkeiten, die auch immer wieder auftauchen, so zu vertreten, dass man das Gefühl hat, man hat sich bemüht. Denn alles, was wir machen, ist ein Bemühen. Und ich kann mich erinnern, es hat einmal einer gesagt, der muss es unbedingt werden, der hat noch nie etwas verhaut. Ich habe gesagt, der kann es nicht werden, der hat noch nie etwas gemacht. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Grundsatz.

Ich möchte mich aber sehr herzlich bedanken bei allen, die hier sind, für die Unterstützung, die mich also auch bei meinen Bemühungen immer wieder unterstützt haben nach ihren Möglichkeiten. Ich danke auch immer wieder jedem Einzelnen für die freundschaftliche Begegnung. Es ist immer wichtig, dass wir in der Begegnung die Menschenwürde achten. Und ich sage immer, am Abend muss man sich noch in den Spiegel schauen können.

Es ist auch für uns alle ein besonderes Erlebnis, die hier in der Runde sitzen, wir sind jeden Samstag und Sonntag unterwegs, wir sind bei hunderten Veranstaltungen, wir sind immer bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, es gibt manche, die sagen immer, geht hinaus und sagt es den Menschen. Ich habe einmal in Wien gesagt, wir sind sowieso immer draußen, gehts ihr auch hinaus, es ist vielleicht gar nicht einmal so schlecht.

Wer in die Politik geht, liebe Freunde, muss einfach die Menschen gerne haben – das wissen wir alle –, sonst würde er das nicht machen. Und ich glaube für alle, die auch in Zukunft das machen, ist es wichtig, dass man ganz einfach die Anliegen der Menschen ernst nimmt. Es sind nicht die ganz großen Probleme, es sind die kleinen, die täglich auftauchen, wo man ganz einfach Hilfestellung geben kann. Ich muss sagen, jeder von uns bemüht sich in dieser Hinsicht.

Ich möchte mich in dieser Stunde sehr herzlich bedanken bei allen für die Unterstützung, für die freundschaftliche Begegnung hier im Hohen Haus. Ich danke vor allem meiner Gesinnungsgemeinschaft, die mich dreimal für den Steiermärkischen Landtag nominiert hat. Ich danke den Wählerinnen und Wählern, die mich immer mit großem Vertrauen auch bei Wahlen ausgestattet haben. Und ich danke unseren Regierungsmitgliedern, den Regierungsmitgliedern über-

haupt, die den Anträgen, die ich im Namen der Region gebracht habe, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Der Kollege Purr hat immer gesagt, wenn ich rausgegangen bin, kommt schon wieder Leoben. Es war wirklich so, dass natürlich jeder von uns seine Region im Mittelpunkt hat. (Abg. Purr: „Ich freue mich für die Berghauptstadt!“)

Ich danke aber vor allem auch meinem Klub und unserem Klubobmann sehr herzlich, und da vor allem auch den Mitarbeitern im Klub, für die ausgezeichnete Unterstützung und Zusammenarbeit und dass es auch immer wieder möglich war, wenn es auch manchmal notwendig war, Positionen einzunehmen, die nicht so einfach waren, dass hier immer wieder die Möglichkeit war, das auch zu tun.

Ich danke aber vor allem auch den Mitgliedern des Ausschusses für Schule, Kultur, Bildung und Kindergärten, die mich als Vorsitzenden, nicht nur bei den Ausschüssen, sondern vor allem auch bei den Unterausschüssen, wo wir manchmal bis zu 60 Wortmeldungen hatten, sehr unterstützt haben.

Dank auch dem Landtagspräsidenten, dem Landtagsdirektor, seinen Mitarbeitern, vor allem aber den Damen hier zu meiner linken Seite, die das immer so sorgfältig mitschreiben, was wir hier sagen, was ja gar nicht immer so einfach ist. Ich beziehe mich hier vor allem auch auf mich.

Nach zwölf Jahren im Hohen Haus werde ich nun in meiner Heimatstadt weiterhin gerne für die Mitbürgerinnen und Mitbürger tätig sein.

Abschließend möchte ich auch noch einmal unseren Frauen, unseren Lebenspartnern danken. Sind wir ehrlich, liebe Freunde, wenn wir den nötigen Lebenspartner nicht hätten, wäre diese Tätigkeit ganz einfach nicht möglich. Wir reden ja oft wenig darüber, aber in Wirklichkeit sind wir zu Hause sehr selten anzutreffen. Und das geht nur, wenn man den richtigen Lebenspartner hat. Ich glaube, das sollte man in dieser Stunde auch mit einschließen.

Danken möchte ich aber auch allen, die, wie gesagt, mir hier freundschaftlich begegnet sind.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, die im nächsten Landtag wieder in dieser Runde sitzen werden, viel Erfolg, vor allem aber eines, was wichtig ist, Freude bei der Arbeit zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer schönen steirischen Heimat. Ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 20.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Auch dir, lieber Abgeordneter Sigi Ussar, darf ich als gegenwärtig vorsitzender Präsident namens des Hohen Hauses herzlich danken und alle guten Wünsche für die Zukunft mitgeben. Alles Gute, Sigi! (Beifall bei der SPÖ.)

Nächster Redner ist herr Kollege Hochegger zur Einbringung eines Entschließungsantrages.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (20.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf einen Entschließungsantrag einbringen, obwohl ich vorausschicken möchte, dass meine Fraktion mit der Intention des SPÖ-Antrages im Prinzip kon-

form geht, nur, der unsrige ist etwas umfassender, konkreter formuliert, auch in der Form, dass wir insgesamt auf 2,5 Milliarden hier die Zielrichtung ausrichten und in weiterer Folge ist auch die von der FPÖ gewünschte Rechnungshofbewertung in Punkt 3 enthalten.

Ich darf nun den Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Hochegger, Straßberger und Bacher, betreffend Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft, einbringen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zugunsten der steirischen Bauwirtschaft und der von ihr beschäftigten rund 40.000 Arbeitnehmer ein Investitionsprogramm für den Straßenbau, für Berufsschul- und Kulturbauten, für die land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, für touristische und sportliche Infrastrukturmaßnahmen, für Bauvorhaben im Technologie- und Innovationsbereich (Impuls- und Kompetenzzentren) sowie für Bauvorhaben im Sicherheits- und Katastrophenschutzbereich zu beschließen, mit dem ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 2,5 Milliarden Schilling ausgelöst werden soll, langfristige Finanzierungsmodelle dessen Finanzierung sichern sollen, mindestens 2000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geschaffen und gesichert werden, im Straßenbau die durch die Kürzungen des Bundesstraßenbaubudgets nicht realisierbaren großen Umfahrungsprojekte, Ausbauten der Ortsdurchfahrten, Errichtungen von Geh- und Radwegen, Errichtungen von Kreisverkehren und Sanierungen beziehungsweise Instandsetzungen doch noch umgesetzt werden, die von der Fachabteilung 4b und dem Berufsschulbeirat in einem Prioritätenkatalog ausgewiesenen Investitionen in Berufsschulbauten aus dem Budget der zuständigen Abteilung umgesetzt werden und mit den verfügbaren Mitteln aus dem Rundfunk- und Fernseh-schilling im Wege von Leasingfinanzierungen Kulturbauten – wie zum Beispiel die Projekte Grenadiergasse, Konservatorium, Volkskundemuseum und Kunsthaus, Landesmusikheim Sankt Stefan ob Stainz – errichtet beziehungsweise saniert werden, die sportliche und touristische Infrastruktur der Steiermark aufgerüstet beziehungsweise modernisiert wird, indem die vom Steiermärkischen Landtag beschlossene Qualitätssonderförderungsaktion umgesetzt werden kann und touristische Leitprojekte, wie zum Beispiel das Vivarium in Mariahof, der Aus- und Umbau des Tierparks Herberstein, die Aufstiegshilfe auf die Riegersburg oder der Aquadom in Gröbming, sowie notwendige Qualitätsverbesserungen bei den privaten Schiffliftbetreibern realisiert werden können, dringende bauliche Maßnahmen an Sportanlagen von Gemeinden, Vereinen, Dach- und Fachverbänden sowie Veranstaltungszentren realisiert werden können, dringend notwendige Investitionen für das steirische land- und forstwirtschaftliche Schulwesen, für die land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen und Landwirtschaftsbetriebe getätigt werden können, das Projekt „Ausbildungszentrum des österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark“ umgesetzt werden kann, Bauvorhaben der steirischen Technologie- und Innovationsoffensive (Impuls- und Kompeten-

zentren) unterstützt werden, die Ausfinanzierung zur Fortführung der erfolgreichen Bauinitiative sichergestellt wird sowie zweitens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, mit Bundesmitteln das Volumen des Budgets für dieses Programm zu verdoppeln sowie drittens den Landesrechnungshof zu beauftragen, dieses Investitionsprogramm auf seine Auswirkungen hinsichtlich zukünftiger Budgets zu untersuchen.

Ich darf alle Fraktionen einladen, diesem Entschließungsantrag beizutreten. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (20.11 Uhr): Herr Präsident!

Ich bringe den von Christian Brünner früher schon angekündigten Entschließungsantrag ein. Es ist der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dipl.-Ing. Vesko, Hagenauer und Dr. Brünner, betreffend Gesetzesfolgenabschätzung zum Tagesordnungspunkt 35.

Jedem Gesetzesvorschlag, der als Regierungsvorlage in den Landtag eingebracht wird, sind momentan – wenn es sich nicht um ein Volksbegehren handelt – unter anderem Ausführungen über die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen für das Land, die Gemeinden und den Bund anzuschließen. Jene Folgekosten, die durch ein Gesetz den betroffenen NormadressatInnen für die Bereiche außerhalb der Landesverwaltung, beispielsweise für Unternehmen, erwachsen, aber auch die Gesetzesfolgen für behinderte Menschen sind bisher nicht zwingend anzuführen.

Die Einführung einer Gesetzesfolgenabschätzung könnte zu einer qualitativ verbesserten Gesetzgebungskultur führen und den politisch Verantwortlichen als zusätzliche Entscheidungshilfe dienen. Damit würden wichtige Impulse für eine transparente Normsetzung und im Bereich der Deregulierung gesetzt und dadurch ein nicht unwichtiger Beitrag zur Sicherung und weiteren Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Steiermark zur Schaffung beziehungsweise Sicherung von Arbeitsplätzen und insbesondere zur Antidiskriminierung von behinderten Menschen geleistet.

In einem Unterausschuss des Verfassungs-Ausschusses der XIII. GP wurde bereits die Frage der gesetzlichen Verankerung der Abschätzung von Gesetzesfolgekosten und der Gesetzeswirksamkeit beraten. Die Landtagsdirektion hat einen Entwurf zur Novellierung des Paragraphen 18 GeoLT erarbeitet, der im Wesentlichen vorsieht, dass in die erläuternden Bemerkungen von Regierungsvorlagen a) die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung sowie mögliche Alternativen im Hinblick auf die verfolgten Ziele, b) die mit der gesetzlichen Regelung verbundenen finanziellen Auswirkungen für Gebietskörperschaften und Normadressaten und c) die voraussichtlichen Gesetzesfolgen für behinderte Menschen aufgenommen werden.

Vor einer Entscheidung über die gesetzliche Umsetzung dieses Vorschlages sollen anhand eines Pilotprojektes am Beispiel eines konkreten Gesetzesvorhabens der nächsten Legislaturperiode, das sich dazu eignet, praktische Erfahrungen über die Machbarkeit und Aussagekraft einer Gesetzesfolgenabschätzung erzielt werden. Auf Basis der gewonnenen Erfahrungen wäre die Frage einer verpflichtenden Gesetzesfolgenabschätzung in der nächsten Periode weiter zu diskutieren.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in der nächsten Gesetzgebungsperiode am Beispiel eines konkreten Gesetzesvorhabens, das dazu geeignet ist, erstens ein Pilotprojekt zur Gesetzesfolgenabschätzung durchzuführen, in dem neben den finanziellen Auswirkungen des Gesetzesvorschlages für die anderen Gebietskörperschaften auch die finanziellen Auswirkungen für die Normadressaten außerhalb der Landesverwaltung enthalten sind und zweitens über die gewonnenen Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt zur Gesetzesfolgenabschätzung dem Landtag zu berichten, um die Frage einer verpflichtenden Gesetzesfolgenabschätzung in der nächsten Periode weiter zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Auch für mich ist es heute der letzte Tag. Ich scheide nach zwei Perioden aus. Ich möchte mich bei Ihnen allen für Ihre Kollegialität bedanken und Ihnen für die Zukunft und für Ihre Arbeit für die Steiermark alles Gute wünschen! Ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 20.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, auch wir wünschen Ihnen für Ihren weiteren aktiven Lebenslauf – Sie treten ja nicht zurück in dem Sinne, dass Sie nicht aktiv bleiben – alles Gute wünschen, vor allem beste Gesundheit! (Allgemeiner Beifall.)

Zum Wort gebeten hat mein Kollege Herr Abgeordneter Präsident Dr. Strenitz.

Abg. Präsident Dr. Strenitz (20.15 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich hoffe, der Herr Präsident erteilt mir keinen Ruf zur Sache, aber das Beispiel der Frau Kollegin Karisch und auch der übrigen Kollegen, die sich heute hier verabschiedet haben, hat mich dazu ermuntert, es auch zu tun. Und so möchte ich nicht ganz schweigend gehen.

Ich habe das Glück und die hohe Auszeichnung gehabt, dem steirischen Landesparlament über 30 Jahre angehört zu haben; ich sage zu dürfen. Ich war damals in den siebziger Jahren mit Abstand der Jüngste und ich bin heute natürlich zwar noch am Leben und ich hoffe auch bei Gesundheit, was die Jahre aber betrifft durchaus ein Dinosaurier. Ich habe mir einmal in einer Landtagssitzung – ich höre ja meistens mit eineinhalb Ohren zu – die kleine Freude gemacht, alle Damen und Herren aus dem Gedächtnis untereinander zu schreiben, die in diesen 30 Jahren Regierungsverantwortung getragen haben und Sie werden es nicht

glauben, ich bin auch fast an die Zahl 30 gekommen. Es soll nur zeigen, wie schnelllebig diese Zeit und dieser Beruf ist. Ich habe persönlich Krainer Senior und Schachner Senior, Niederl und Sebastian, dann Krainer Junior und Gross und jetzt Klasnic und Schachner Junior kennen lernen dürfen. Es wäre vermessen, über diese lange Zeit eine Bilanz ziehen zu wollen, ich verzichte darauf, aber ich möchte drei kleine Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung ist die, dass ich so das persönliche Gefühl gehabt habe und ich glaube, man kann es auch mit Fakten untermauern, dass der erste Teil dieser Jahre eine gute Zeit war. Nicht, weil ich persönlich jünger war, sondern weil ich überhaupt glaube, dass die fünfziger, sechziger, siebziger Jahre zum goldenen Zeitalter dieses Jahrhunderts für Österreich und die Steiermark gezählt haben, auch wenn es die Probleme gab, zum Beispiel in der verstaatlichten Industrie und ihrer Umstrukturierung, genauso wie mit dem Rückgang der ländlichen Bevölkerung. Aber es hat ein großer Optimismus die Menschen und die handelnden Personen hier in diesem Lande beseelt. Heute hat man dagegen das Gefühl, dass Manches schwerer geworden ist und da und dort Pessimismus herrscht und dass der kommende Landtag viel Kraft brauchen wird, um diese Probleme zu lösen.

Ein Zweites, der politische Stil. Ich werde ihn nicht werten und ich werde ihn nicht richten, aber ich sage nur einen Satz. Der politische Stil war damals anders als er es heute ist, bei aller Härte der Gefechte und da gab es legendäre Schlachten, die manch Älterer noch miterlebt hat, aber der politische Stil ist heute ein anderer und Sie erlauben mir die Anmerkung: Worte können sehr scharfe Waffen sein!

Ein Drittes und das sage ich, ermuntert von dem, was Kollege Löcker gesagt hat, nicht um ihm etwas zu entgegnen, sondern um ihn zu ergänzen. Die Klagen der Abgeordneten waren vor 30 Jahren die selben wie sie es heute sind. Also die scheinbare Unabänderlichkeit des Budgets, was haben wir damals als junge Abgeordnete-Spunde gegen die Regierung gewettert oder der Informationsvorsprung der Regierung, die sich natürlich tagtäglich – und ich habe ja auch einige Jahre Gelegenheit gehabt – sieben Tage in der Woche mit diesen Dingen geistig auseinandersetzen oder das Bemühen um die Straffung der Debatten. Aber der Landtag hat immer gelebt und er lebt auch heute und er wird auch in Zukunft leben.

Jetzt ein Allerletztes, ein Persönliches. Erstens, man soll gar nicht glauben, wie schnell 30 Jahre vergehen. Das ist ungeheuer. Aber sie waren natürlich angefüllt mit zehn Jahren als Abgeordneter, sieben Jahren Klubobmann, achteinhalb Jahren Spitalsreferent – was waren das für Schlachten, Hermann Schützenhöfer, die wir uns da geliefert haben. Die fünf Jahre als Vizepräsident, das waren schon sehr ruhige und beschauliche Jahre. Und ich habe diese Jahre, wie Sie gemerkt haben, eher beobachtend verbracht. Wenn Sie mich fragen, was empfindest du nun, dann sage ich, so wie das die anderen Damen und Herren gesagt haben, ein Gefühl tiefer Dankbarkeit, bei allen Höhen und Tiefen, die ein politisches Leben hat und das wissen Sie alle, es geht jedem von uns gleich, einmal mehr oben und einmal mehr unten. Aber ein Gefühl tiefer Dankbarkeit, weil uns das Schicksal das Glück ge-

geben hat, ein erfülltes Leben, ein erfülltes Berufsleben zu leben. Dazu sage ich ein herzliches Dankeschön und viel Glück und viel Kraft dem kommenden Landtag. Den Steirerinnen und den Steirern ein herzliches steirisches Glückauf, liebe Freunde! (Allgemeiner Beifall. – 20.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Auch wir wünschen dir nach deinen 30 Jahren Politik einen wohlverdienten Ruhestand. (Allgemeiner Beifall.)

Ums Wort gebeten hat der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (20.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Auch ich möchte mich einreihen in den Reigen jener Kolleginnen und Kollegen, die heute hier im Landtag das letzte Mal zu Wort kommen können.

Ich bin vor zehn Jahren hier in das Hohe Haus eingezogen, war aber schon vorher zehn Jahre Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde in Eichfeld. Ich habe mir dabei gedacht, es würde so ähnliche Abläufe geben, wie das in der Gemeinde der Fall ist. Da bin ich natürlich zuerst sehr enttäuscht gewesen, das muss ich ehrlich eingestehen, dass das nicht der Fall war. Ich habe immer gesagt, als Bürgermeister, wir haben eine Diskussionskultur gehabt, die dann hier im Landtag nicht immer dem entsprochen hat.

Aber ich glaube auch, dass ich versucht habe, in diesen zehn Jahren für meine Grenzregion, für meinen Grenzbezirk mitzuhelfen, damit wir ein Tief überwinden haben können, das sicherlich gerade bei uns im Grenzbezirk Radkersburg geherrscht hat. Und hier hat wirklich die öffentliche Hand sehr, sehr, stark mitgeholfen, wenn ich denke an den Ausbau der Parktherme und, und, und. Ich möchte herzlich danken all jenen, die damals Verantwortung getragen haben und auch heute die nötigen Schritte setzen, dass auch im Weiteren dort investiert wird.

Ich möchte mich aber auch bedanken für die Freundschaft, hoffe nicht, dass ich Feinde gewonnen habe, solange ich hier im Landtag war. Ich wünsche wirklich, dass auch im neuen Landtag, und viele werden ja auch dem neuen Landtag wieder angehören, konstruktiv zusammengearbeitet wird. In der Phase des Wahlkampfes ist es halt einmal anders, das wissen wir alle. Aber trotzdem auch mein Ersuchen, wirklich konstruktiv zusammenzuarbeiten, weil man nur gemeinsam große Dinge erledigen kann. Und das, glaube ich, wird auch im künftigen Landtag dann auch so sein müssen.

Ich danke meinem Klub mit dir, Hermann, an der Spitze für die gute Unterstützung, für die fruchtbare Zusammenarbeit, die mir zuteil geworden ist. Ich darf auch allen Landesregierungsmitgliedern herzlich danken für die immer wieder währende Unterstützung und das offene Ohr, das ich hier gefunden habe.

Ich wünsche wirklich alles, alles Gute. Ein steirisches Glückauf für die Zukunft! (Allgemeiner Beifall. – 20.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nachdem ja deine Heimat, die Südsteiermark, nicht mehr lange Grenzland sein wird, sondern etwas in die Mitte rückt,

wünschen wir dir auch in der neuen Mitte einen guten, beschaulichen Lebensabend und vor allem viel Gesundheit. (Allgemeiner Beifall.)

Die Reihe der Verabschiedungen ist noch nicht zu Ende. Ich darf dem Herr Abgeordneten Korp das Wort erteilen.

Abg. Korp (20.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat Ressel, geschätzter Herr Landesrat Dörflinger, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich dem Reigen der Verabschiedungen anschließen und mich auch bei Ihnen ganz persönlich verabschieden. Ich tue das nach sieben Jahren Landtagstätigkeit. Zwei Jahre war ich ein so genannter designierter Abgeordneter. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich bei einem Feuerwehrfest im Bezirk Judenburg einmal von einem Bürgermeister als diskriminierter Abgeordneter damals begrüßt wurde – sehr zur Erheiterung des Publikums, aber so war es.

Geschätzte Damen und Herren, ich habe gerade hier in diesem Haus etwas Wunderschönes erlebt, so wie meine Kollegen, die mit mir ausscheiden, nämlich ich durfte erleben, dass Demokratie eigentlich – und das wissen wir alle – etwas Wunderbares ist, denn diese Demokratie schließt die persönliche Freiheit des Menschen als eines unser wichtigsten Güter ein. Wir alle hier in diesem Hohen Haus durften unsere persönliche Freiheit auf unsere ganz persönliche Art und Weise, so wie jeder von uns geartet ist, zum Ausdruck bringen, durch unser freies Rederecht hier sozusagen auf der Bühne der politischen Auseinandersetzungen. Wenn ich die Demokratie angesprochen habe und Herr Präsident Strenitz den Stil, der manchmal wenig angenehm hier auch Einkehr hält, so möchte ich mir vielleicht einen sehr persönlichen und ernsthaften Satz, der von Ihnen kommt, sozusagen zum Abschied diesbezüglich erlauben – was den Stil betrifft –, nämlich die Feststellung, immer dort, wo Meinungskampf darauf abzielt, die Gegenmeinung des anderen nicht sachlich zu widerlegen, sondern eben den Träger dieser Gegenmeinung in seiner Ehre zu verletzen, da passieren zwei Dinge: nämlich eine Verletzung der Demokratie, meiner Meinung nach, und vor allen Dingen der Menschenwürde. Ich würde mir wünschen, dass vielleicht die Damen und Herren des Hohen Hauses, die zukünftig hier sitzen, das eine oder andere Mal an dieses Faktum denken.

Ich möchte mich natürlich zum Schluss ganz persönlich bedanken. Ich beginne vielleicht ungewöhnlicherweise bei den Damen, die hier sitzen, unseren Stenotypistinnen. Vielleicht mag es ein bisschen überzogen klingen, aber ich empfinde das so, darum sage ich es auch, sie sind nicht nur die feschesten, sondern auch die charmantesten Stenotypistinnen Österreichs. Das muss man einfach sagen. Das ist so. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte mich ganz besonders bei unserem Klubobmann Kurt Flecker bedanken. Ich verrate hier überhaupt kein Geheimnis, mit ihm hat mich immer auch eine besondere menschliche Verbindung verbunden. Ich habe das immer gespürt, Kurt, und ich habe dir das auch sehr oft gesagt, ganz offen, und ich bin dir dankbar für die vielen, vielen Begegnungen, die wir logischerweise miteinander haben durften.

Ich bedanke mich bei allen Damen und Herren des SPÖ-Landtagsklubs, wo wir immer spüren durften, dass wir eure Abgeordneten sind und ihr habt immer euer Bestes gegeben. Ich glaube, dass dieses Team mit einem Dr. Walter Nerath mit einer unglaublichen Kapazität an Belastbarkeit genau den richtigen Mann am richtigen Platz hat. Das wissen wir auch. Das ist so.

Ich möchte mich auch bei meinen Klubkollegen für die vielen aufmunternden Worte und Unterstützungen und sonstigen freundlichen Begegnungen sehr herzlich bedanken. Und ich tue das natürlich auch bei der rechten Seite des Hauses im besonderen Maße. Wenn ich manchmal aus meiner Emotion etwas gesagt habe, was nicht ganz in Ordnung war, dann möchte ich mich im Nachhinein sozusagen dafür entschuldigen. Es tut mir leid!

Wichtig ist es, glaube ich, dass wir das Wichtige im Auge halten, das ist die Tatsache, dass wir alle miteinander für ein wunderschönes Land arbeiten dürfen. Das steht im Mittelpunkt. Was mich persönlich betrifft, Sie wissen, dass ich durch den Herzinfarkt meines Amtsvorgängers als Bürgermeister in Pöls jetzt einen anderen Weg beschreiten darf, nämlich jenen in der Kommunalpolitik. Und gerade das Schicksal meines Vorgängers hat mir gezeigt, wie knapp die Dinge im menschlichen Leben zusammenliegen. Das, was uns hier in diesem Haus manchmal so wichtig erscheint, ist es in Anbetracht solcher Umstände in Wirklichkeit gar nicht. Das höchste Gut, die Gesundheit, muss nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Ich darf Sie auch ganz bescheiden bitten, denken Sie manchmal daran, es wird uns allen und Ihnen gut tun.

Damit danke ich Ihnen nochmals pauschal sehr, sehr herzlich, wünsche Ihnen allen ungeachtet Ihrer politischen Zugehörigkeit das Allerbeste, bleiben Sie gesund! Ein herzliches steirisches Glückauf! Ich danke Ihnen! (Allgemeiner Beifall. – 20.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Kollege Korp, Sie werden ja die politische Bühne nicht verlassen und als Bürgermeister weiter wirken. Ich wünsche Ihnen dazu viel Freude und Erfolg, aber bitte nicht in Prozentpunkten. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem die Abschiedssinfonie schon angestimmt worden ist, möchte ich mich nicht ausschließen und darf als Letzter auch ein paar Worte sagen. Die Höhe der Töne in der Abschiedssinfonie von meinen Vorgängern, die wurde bereits so hoch getroffen, ich kann sie nicht mehr überbieten, ich werde daher versuchen ein paar andere Gedanken zu finden. (Abg. Gennaro: „Gibt es das?“) Die Beziehung zu Ihnen war immer ein ganz besonderes Anliegen.

Diese neun Jahre für mich im Landtag waren schon ungewöhnlich, da ich im Gegensatz zu den meisten von Ihnen keine politische Karriere im eigentlichen Sinn des Wortes hinter mir habe. Und ich bin insofern für diese neun Jahre im Landtag dankbar, weil ich eine andere Beziehung, eine andere Sichtweise zur Politik, zu vielen Dingen, die ein Außenstehender anders

sieht, gewonnen habe. Es waren für mich lehrreiche Jahre und ich möchte sie wirklich nicht missen. Wenn ich aus dem Landtag austrete, dann gehe ich ja nicht in Pension, ich kann mich wieder intensiver meinem Institut widmen, aber es werden in meinem Leben neun Jahre sein, die eigentlich in meinem Lebensplan nicht vorgesehen waren.

In dem Sinne möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken. Ich habe heute sicher ein ganz anderes Beziehungsbild zur Politik als vor neun oder zehn Jahren. Vielleicht waren für mich zwei Gesichtspunkte hervorstechend, nämlich der Eindruck, dass bei allem Bemühen die Gestaltungskraft der Politik in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen, sondern möglicherweise eher abgenommen hat. Man wird sich wahrscheinlich mit dieser Frage in Zukunft zu beschäftigen haben. Und das Zweite ist, da werden sehr häufig Entscheidungen getroffen im Landtag, auch in der Landesregierung, und man dazu sagen muss, dass die Wahrheit wohl nie an einem Ufer wohnt, dass sie meistens sehr differenziert ist und dass man sich erinnern sollte an den Satz von Kant: „Die Notwendigkeit Entscheidungen zu treffen reicht in den meisten Fällen weiter als unser Wissen über deren Folgen.“

Ich möchte mich nochmals bedanken, dass Sie mich als doch einen Außenseiter, als einen Quereinsteiger freundlich aufgenommen haben. Dieser Dank gilt ganz besonders meinem Klub, der mich eigentlich sehr schnell als einen der Ihren betrachtet hat, hier habe ich auch sehr viele Freundschaften schließen können, die eine große Bereicherung bleiben. Insbesondere möchte ich mich beim Klubobmann Hermann Schützenhöfer bedanken, aus meiner Sicht – ich will da jetzt niemanden werten – ein großes politisches Talent. Das gibt es wohl in den anderen Parteien auch, aber Sie sind mir nicht böse, wenn ich eine Neuerung anderen überlasse.

Ich wünsche Ihnen in den nächsten Jahren, die wahrscheinlich mehr Probleme bringen werden als die vergangenen, viel Erfolg. In Anbetracht, dass es schon halb neun ist ein Glückauf und Gute Nacht! (Allgemeiner Beifall. – 20.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Lieber Kollege Franz Jeglitsch, du kehrst nun in einen Bereich zurück, den du a) gewohnt bist und in dem b) eins und eins immer zwei ist, was in der Politik ja nicht immer der Fall ist. Ich hoffe, dass du dich wieder zurechtfindest und wünsche dir alles Gute dazu! (Allgemeiner Beifall.)

Nunmehr kehren wir zur Realität zurück. Ich nehme nicht an, dass Herr Landesrat Ressel auch eine Abschiedsrede halten will. (Landesrat Ing. Ressel: „Für die Ausscheidenden gerne!“)

Nein, ich meine Sie haben sich zu Wort gemeldet in Bezug auf den Tagesordnungspunkt. (Landesrat Ing. Ressel: „Nein!“) Dann war das eine Fehlmeldung und es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt mehr vor. Wir kommen zu einem kleinen Abstimmungsmarathon.

Ich darf jene Damen und Herren bitten, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1502/1, das ist der Tagesordnungspunkt 35, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Zweitens über den Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Gesetzesfolgenabschätzung, ebenfalls zum Tagesordnungspunkt 35. Bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Drittens über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums und der Grünen, betreffend Stellungnahmerecht des Landesrechnungshofes zum Rechnungsabschluss. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Viertens über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums und der Grünen, betreffend Durchführung von Notifikationsverfahren durch die Landesregierung. Bitte um Ihre Zustimmung.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Fünftens über den Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend steirische Pendlerbeihilfe. Bitte um Ihre Zustimmung. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Sechstens über den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen, betreffend zukunftsorientierte Budgetpolitik des Landes, wobei ich bitte, hier eine getrennte Abstimmung vorzunehmen. Wer dem Absatz eins zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Und zweitens zum Absatz zwei, wer dem zustimmt, bitte ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Siebtens über den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei, betreffend Investitionsprogramm für die Bauwirtschaft. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Achtens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage 1517/1, das ist der Tagesordnungspunkt 38, bitte um Ihr Handzeichen.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Neuntens über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1475/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Zehntens über den Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Elftens über den Entschließungsantrag der Freiheitlichen, betreffend Versicherungsleistungen des Landes Steiermark. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Zwölftens über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Reduktion der Aufwendung für Repräsentation. Bitte um Ihre Zustimmung.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

13. über den Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage Einl.-Zahl 1509/1, das ist der Tagesordnungspunkt 18. Bitte um Ihr Handzeichen. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Und 14. über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1520/1, dies ist der Tagesordnungspunkt 40. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 19, 20 und 39 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1507/1, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 35 Millionen Schilling für eine Kapitalerhöhung bei der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. im Zusammenhang mit der Errichtung eines Konferenzentrums Loipersdorf.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (20.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei diesem Antrag geht es um das Thermenland, um das Konferenzzentrum in Loipersdorf. Dieses Konferenzzentrum soll für 400 Personen Platz finden, hat eine Größe von über 2000 Quadratmeter verbaute Fläche und die Errichtungskosten sind zirka 80 Millionen Schilling.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 35 Millionen Schilling für eine Kapitalerhöhung bei der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. im Zusammenhang mit der Errichtung eines Konferenzentrums Loipersdorf wird genehmigt. (20.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Berichterstatter.

20. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1065/1, der Abgeordneten Rieser, Pußwald und Bacher, betreffend Sondierungsbohrungen Therme Obdach.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (20.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dieser Antrag wurde im Ausschuss sehr ausführlich behandelt.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich an den von den Gemeinden Obdach und Amering geplanten Sondierungsbohrungen zur Erschließung von Mineral-/Thermalwässern im Zirbenland (Projekt „Therme Obdach“) dann zu beteiligen, wenn die seismologischen Untersuchungen zu einem bezüglich Landesbeteiligung positiven Ergebnis führen.

Zweitens: Ebenso soll die Landesregierung nach Vorliegen der entsprechenden und geforderten Unterlagen für die seismologischen Untersuchungen diese fördern. Ich ersuche um Annahme des Berichtes! (20.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

39. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1519/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes für Fremdmittelaufnahmen der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH. in der Höhe von maximal 200 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (20.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die zeitliche Überbrückung für die Erfüllung eines nicht vermeidbaren rascheren Mittelbedarfs der Förderungswerber soll im Wege einer Zwischenfinanzierung durch die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH. erfolgen.

Hiefür ist es erforderlich einerseits den zwischen dem Land Steiermark und der Gesellschaft abgeschlossenen Finanzierungsvertrag zu ergänzen, andererseits für die Fremdmittelaufnahmen durch Beschluss des Landtages eine Ausfallhaftung zu übernehmen.

Anhängig sind derzeit zwei Förderungsfälle der AT&S Austria Technologie- und Systemtechnik AG. mit einem Finanzierungsbedarf von 72,313.000 beziehungsweise 66,730.000 Schilling, das Projekt der AMS mit einem Gesamtförderungsvolumen von 210 Millionen und das Projekt der Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik AG. & Co. KG. beziehungsweise Steyr Power Train AG. & Co. KG. mit einer Förderungssumme von 250,144.000 Schilling.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes Steiermark gegenüber der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG. zugunsten der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH. in der Höhe von maximal 200 Millionen Schilling wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme! (20.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1507/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1065/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1519/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 21, 22 und 37 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1501/1, betreffend Verkauf der ⁷⁷³/₁₀₄₆-Anteile an der EZ. 823, KG. Sankt Leonhard, bestehend aus den Grundstücken 1673, 1675 und 1676/1, verbunden mit den Wohnungen 2, 3, 4, 5, 6, 7, 11, 12, 13 und 14 des Objektes Graz, Krenngasse 37 an den Österreichischen Verband für Elektrotechnik, 1010 Wien, Eschenbachgasse 9 zum Preis von 11,500.000 Schilling.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (20.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung hat den Verkauf vorgeschlagen. In den Räumen des Landes Steiermark, die auf fünf Ebenen liegen, sind noch Institute der Technischen Universität Graz untergebracht. Diese beendet mit 30. September 2000 das Mietverhältnis.

Alle Räume sind stark abgenützt und sanierungsbedürftig.

Bei der Anbotseröffnung lag ein Anbot von 9 Millionen Schilling vor. Nach der Anbotseröffnung ist ein Angebot über 10,285.520 Schilling eingelangt.

Die Fachabteilung 4 c wurde ersucht, zu den beiden Gutachten eine Stellungnahme abzugeben.

Den beiden Kaufinteressenten wurde in Folge seitens der Rechtsabteilung 10 mitgeteilt, dass ein Verkauf unter 11,5 Millionen nicht stattfinden kann.

Bei der Anbotseröffnung lagen dann zwei Anbote vor, eines über 11,5 Millionen und eines über 11 Millionen Schilling.

Nach Ansicht der Rechtsabteilung 10 sollten die gegenständlichen Anteile an den Bestbieter, nämlich den Österreichischen Verband für Elektrotechnik, veräußert werden.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Anteile an den Österreichischen Verband für Elektrotechnik zum Preis von 11,5 Millionen Schilling wird genehmigt. (20.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1498/1, betreffend den Grundstücksverkauf an der L 631, Kaindorfer Straße, Grundstück Nr. 74/5, EZ. 111, KG. Grottenhofen zum Kaufpreis von 1.150.000 Schilling an die Firma Karl Fink GmbH., 8430 Kaindorf.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort. (Abg. Hermann: „Soll ich den Antrag stellen?“) Bitte, stelle den Antrag.

Abg. Herrmann (20.49 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Mai 2000 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Grundstücksverkauf an der L 631, Kaindorfer Straße, Grundstücksnummer 74/5, EZ. 111, KG. Grottenhofen zum Kaufpreis von 1.150.000 Schilling an die Firma Karl Fink GmbH., 8430 Kaindorf, Frauengasse 10 wird genehmigt.

Der Verkaufserlös ist der Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen für die Bereitstellung eines Ersatzgrundstückes ausgabenseitig bei der außerordentlichen Haushaltsstelle 5/862013-0632 zur Verfügung zu stellen. (20.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

37. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1512/1, betreffend Verkauf der Liegenschaft EZ. 770, GB. 63103 Geidorf, bestehend aus dem Grundstück Nr. 2149/6 im Flächenausmaß von 1264 Quadratmeter zum Preis von 5.002.000 Schilling an die Firma WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung m.b.H., 8010 Graz, Hartenaugasse 6.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (20.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am 3. Juni 1998 ist die Rechtsabteilung 6 an die Finanzabteilung herangetreten, den Verkauf der gegenständlichen Liegenschaft im Wege einer öffentlichen Ausschreibung in die Wege zu leiten.

Es wurde ein Gutachter mit einer Verkehrswertschätzung dieser Liegenschaft beauftragt. Der Sachverständige Ing. Wilhelm Althaler erstattete ein Gutachten über den Verkehrswert dieser Liegenschaft mit einem Schätzwert von 4,5 Millionen Schilling.

In der weiteren Folge wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Es sind zwei Angebote abgegeben worden:

Die Firma ARTEBAU Mag. Richard Staudegger KEG und die Firma IMMORANT AG.

Im Zuge der geplanten Vertragsabwicklung mit dem Bestbieter, der Firma IMMORANT, stellte sich heraus, dass das Grundstück über keine geeignete Zufahrtsmöglichkeit verfügt.

In der weiteren Folge kam es zu zahlreichen Gesprächen zwischen der Abteilung Liegenschaftsverwaltung, der Rechtsabteilung 6 und der Finanzabteilung, um diese Frage der Zufahrt abzuklären.

Nunmehr ist Herr Rechtsanwalt Dr. Reinhard Hohenberg mit Schreiben vom 10. Mai 2000 im Namen der Firma WEGRAZ an die Finanzabteilung herangetreten und hat mitgeteilt, dass nach Scheitern des geplanten Grundstückstausches nach wie vor Interesse am Erwerb dieses Grundstückes besteht.

Die Firma WEGRAZ besitzt die fehlende Zufahrt, da sie unmittelbar angrenzende Grundstücke mit Straßenanschluss besitzt.

Gleichzeitig bietet die Firma WEGRAZ im Einvernehmen mit dem seinerzeitigen Bestbieter einen Kaufpreis für diese Liegenschaft im Betrag von 5.002.000 Schilling an.

Das Anbot liegt mit rund 500.000 Schilling höher, als der vom Sachverständigen ermittelte Verkehrswert.

Es wird somit der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der EZ. 770 Geidorf, bestehend aus dem Grundstück Nr. 214916 im Flächenausmaß von 1264 Quadratmeter zum Kaufpreis von 5.002.000 Schilling an die Firma WEGRAZ Gesellschaft für Stadterneuerung und Assanierung m.b.H. wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme! (20.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich darf daher zur Abstimmung kommen. Wir stimmen ab über den Tagesordnungspunkt 21, betreffend den Verkauf eines Objektes in Sankt Leonhard an den Österreichischen Verband für Elektronik. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt 22, Bericht des Finanz-Ausschusses, betreffend den Grundstücksverkauf in der Gemeinde Grottenhofen an die Firma Karl Fink GmbH., Kaindorf. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Und schlussendlich zum Tagesordnungspunkt 37, Verkauf einer Liegenschaft im Bezirk Geidorf im Ausmaß von 5.002.000 Schilling. Wer dem zustimmt, bitte ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, auch das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1464/1, über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Steirische Ferngas AG.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Tremmel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Tremmel (20.53 Uhr): Meine Damen und Herren des Landtages!

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 27. Juni 2000 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1464/1, über die Steirische Ferngas AG. beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Steirische Ferngas AG. wird zur Kenntnis genommen. (20.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichtersteller, er ist auch als Erster zu Wort gemeldet. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Beschlussantrag!“) Beschlussantrag! (Abg. Dr. Tremmel: „Habe ich schon gebracht – keine Wortmeldung!“) Dann erteile ich dem Abgeordneten Klubobmann Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (20.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erlaube mir in gebotener Kürze den Beschlussantrag der freiheitlichen Fraktion einzubringen, der hier lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, der geplanten Gaspreis-erhöhung entgegenzuwirken und die von ihr entsandten Eigentümervertreter in der Steirischen Ferngas anzuhaltend, die durch die Liberalisierung der Gaspreise entstandenen Kostenvorteile an die Konsumenten weiterzugeben. Ich bitte um Unterstützung! (20.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Und wer dem Entschließungsantrag, vom Klubobmann vorgetragen, die Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1500/1, Beilage Nr. 179, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 – StJWG 1991 geändert wird.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (20.55 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 1500/1, mit der das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz von 1991 geändert wird.

Anlass ist die Novellierung des Bundesgrundsatzgesetzes, wo wir entsprechende Ausführungsgesetze zu erlassen haben und weiterer Anlass ist ein neues steirisches Kinderbetreuungsgesetz, was diesbezüglich Korrekturen im Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz erforderlich machte. Gleichzeitig erfolgt in dieser Novelle auch die Euroanpassung.

Die wesentlichen Änderungen sind folgende:

Personenbezogene Erfassung von Meldungen über den Verdacht der Vernachlässigung, Misshandlung oder des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen, welche gemäß Paragraph 37 Bundesgrundsatzgesetz dem Jugendwohlfahrtsträger erstattet werden.

Der weitere Punkt ist das Tagesmütterwesen. Unter das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz fallen nur mehr jene Tagesmütter, die im Wege der Maßnahme zur Unterstützung der Erziehung Kinder aufnehmen.

Der dritte Punkt betrifft die Aufnahme des Personenkreises der Verwandten, Verschwägerten und Vormünder, die mit Pflegeeltern gleichgestellt werden.

Weiters geht es um die Übertragung von Agenden bei Adoptionsvermittlung an freie Jugendwohlfahrtsträger im Zusammenhang mit dem Haager Übereinkommen.

Alle sonstigen Änderungen betreffen im Wesentlichen nur Anpassungen.

Zum Schluss ist zu sagen, dass eine relevante Steigerung der Kosten durch dieses Gesetzesvorhaben nicht gegeben ist. Ich bitte um Annahme! (20.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Darf ich nunmehr der Frau Berichterstellerin danken und der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort für einen Beschlussantrag erteilen.

Abg. Dietrich (20.57 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich bringe folgenden Beschlussantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht Maßnahmen zu treffen, dass bei den geplanten Meldestellen beim Jugendwohlfahrtsträger nicht nur opferbezogene, sondern auch täterbezogene Daten erfasst werden. Ich bitte um Annahme! (20.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstellerin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Und jene, die dem Beschlussantrag der Frau Abgeordneten Dietrich zustimmen, bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 und 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 805/8, zum Beschluss Nr. 1290 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Juni 1999, betreffend „Steirischer Sozialbericht 1998“ und „Steirisches Sozialservicebuch 2000“.

Berichterstatlerin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (20.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit Beschluss Nr. 1290 forderte der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung auf, den Sozialbericht für 1998 in die nachstehenden Teilbereiche zu gliedern und jedenfalls die aufgelisteten Daten zu erfassen:

Allgemeines, Arbeitsmarktdaten, Frauen, Sozialhilfegesetz, Behindertengesetz, Jugendwohlfahrt, Steiermärkisches Pflegegeldgesetz, Flüchtlingswesen.

Mit der Vorlage des Sozialberichtes 1998 entspricht die Landesregierung dieser Aufforderung. Der Sozialbericht enthält im Wesentlichen alle oben genannten Kapitel, wobei allerdings auch im Hinblick auf künftige Sozialberichte auf einige Umstände aufmerksam gemacht werden muss.

Erstens: Zu den „Parlamentarischen Initiativen“ wird vorgeschlagen, die Protokollierung zu vereinheitlichen, wobei ich darauf verweisen möchte, dass die Landtagsdirektion und die Landtagsklubs sehr behilflich waren und vor allem das letzte Kapitel mit Hilfe der Landtagsdirektion erstellt werden konnte.

Zweitens: Bezüglich des statistischen Datenumaterials ist festzuhalten, dass dieses naturgemäß in unterschiedlicher Qualität und unterschiedlicher Form einlangte.

Drittens: Daraus resultierend wurde in der Fachabteilung für Sozialwesen ein umfassendes Konzept erarbeitet, um mit Hilfe eines Sozialservers in Hinkunft eine effizientere und effektivere Vorgangsweise zu ermöglichen. Auf den vorgelegten Sozialbericht konnte sich das noch nicht auswirken, selbst für den nächsten Sozialbericht 1999/2000, der im Jahre 2001 vorzulegen sein wird, sind nach wie vor die selben Schwierigkeiten zu erwarten.

Viertens: Teilweise resultiert eine unterschiedliche Qualität der Darstellung auch daraus, dass, wie es etwa beim Pflegegeld der Fall ist, die Pflegegeldstatistik ein privates Institut erhoben hat und die Daten zur Verfügung gestellt hat.

Fünftens: Die Zusammenarbeit mit den betroffenen Ämtern sowie mit zahlreichen privaten Trägern im Sozialwesen war großteils problemlos. In einigen Fällen gestaltete sich die Kooperation jedoch aus unterschiedlichen Gründen schwierig, so dass der Sozialbericht 1998 erst im Spätherbst 1999 der zuständigen

Landesrätin vorgelegt werden konnte. Nach Durchsicht des mehr als 280-seitigen Manuskriptes waren einige Änderungen erforderlich.

Gleichzeitig mit dem Steirischen Sozialbericht wird das Steirische Sozialservicebuch 2000 der Landesregierung übermittelt. Dieses Servicebuch bietet im Sinne von größerer Kundennähe eine Aufstellung der zuständigen Ämter, Behörden und Institutionen.

Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1290 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Juni 1999, betreffend Steirischer Sozialbericht 1998 und Steirisches Sozialservicebuch 2000 wird zur Kenntnis genommen. (21.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin.

26. Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1371/1, der Abgeordneten Schinnerl, Ing. Peinhaupt und Mag. Jost-Bleckmann, betreffend Finanzierungsmöglichkeit von „Partner-Hunden“ für Behinderte aus Mitteln der Sozialhilfe.

Berichterstatlerin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (21.01 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich nehme an, dass Ihnen der Antrag und die Stellungnahme betreffend Partnerhunde bekannt ist und ich stelle deshalb den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Sozial-Ausschusses zum Antrag, Einl.-Zahl 1371/1, der Abgeordneten Schinnerl, Ing. Peinhaupt, Porta und Mag. Jost-Bleckmann, betreffend Finanzierungsmöglichkeit von Partnerhunden, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (21.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben in vier Unterausschusssitzungen zum Steirischen Sozialbericht gemeinsam festgelegt, was wir uns als inhaltliche Schwerpunkte im ersten Steirischen Sozialbericht vorgestellt haben.

Ich möchte mich eingangs bei Frau Landesrätin Dr. Rieder und ihrem Team für die Umsetzung bedanken.

Zum Kollegen Löcker und auch zum Herrn Prof. Brünner möchte ich sagen, lieber Hans, Herr Professor, ich habe kein Problem damit, mich bei jemandem, der gute Arbeit geleistet hat, zu bedanken und ich werde das auch weiterhin pflegen.

Vor uns liegt nunmehr ein umfassender Bericht, der es auch allen, die die soziale Landschaft der Steiermark wirklich interessiert, möglich macht, in einem Bericht die die Steiermark betreffenden Daten komprimiert nachzulesen.

Dem Wunsch der FPÖ, bereits über das Jahr 1998 einen Sozialbericht zu erstellen, wurde Rechnung getragen.

Dem Wunsch der ÖVP wurde Rechnung getragen: Daten über den Bereich Ausländer und die Behindertenhilfe – auch große Teile der Sozialplanung – sind in diesem Sozialbericht 1998 berücksichtigt und auch Daten aus dem seit 1. Mai 1998 geltenden Sozialhilfegesetz wurden eingearbeitet.

Meine Damen und Herren, Kollegin Zitz hat während der Unterausschusssitzungen schon festgehalten, dass es uns allen bewusst sein sollte, wie schwierig es ist, Sozialdaten zu erfahren. Ich denke zum Beispiel an die Diskussion im Unterausschuss über die Erfassung der Obdachlosen und auch wie schwierig es ist, diese Daten zum Arbeitsförderungsbericht, der ja 2001 dem Landtag vorgelegt werden wird, abzugrenzen.

Meine Damen und Herren, veränderte gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen fordern und erfordern die soziale Verantwortung jedes Einzelnen von uns, denn viele Menschen in der Steiermark sind verunsichert und können die Entwicklungen durch die neue Zusammensetzung der Bundesregierung für sich selbst noch nicht abschätzen. In Zeiten eines massiven Umbaus des österreichischen Sozialstaates ist der Ausbau der sozialen Angebote mit vielen Problem verbunden.

Kollege Bacher – er hat es auch bei der heutigen Gesundheitsdebatte gesagt – hat mit mir eine gemeinsame Sorge, nämlich, dass diese Bundesregierung ihre soziale Verpflichtung verstärkt auf die Länder und auch auf die Gemeinden abwälzen wird. Eine marktwirtschaftliche Ordnung im Sozialbereich ist aber nur dann akzeptabel, wenn die Regeln des Marktes und ihre Folgen durch ein Netz von sozialen Sicherungen und Leistungen ausgeglichen werden können.

Die Solidarität der wirtschaftlich Starken gegenüber den Schwächeren unserer Gesellschaft muss verstärkt eingefordert werden, und zwar von allen Gruppierungen. Sie ist nie notwendiger als in wirtschaftlich oder auch politisch schwierigen Zeiten. Gerade dann, meine Damen und Herren, muss sie sich bewähren.

Mit der materiellen Umverteilung ist eine zunehmende Entsolidarisierung verbunden. Es konnte sich ein Klima entwickeln, in dem solidarisches Handeln zwischen den Menschen im Alltag nicht mehr als kultureller Wert verstanden wird. Sozialneid und Konkurrenz unter den sozial Schwächeren werden geschürt. Unwürdige und unredliche Missbrauchsdebatten vergiften das Stimmungsbild unserer Gesellschaft. Wir leben in einer Zeit, in der die sozialen Probleme in immer stärkerem Ausmaß in das Bewusstsein der Öffentlichkeit treten. Obwohl es noch nie so viel Reichtum gab, sind immer mehr Menschen davon bedroht, in die Armut abzurutschen. Diese erreicht gegenwärtig eine ganz neue Dimension.

Der Steirische Sozialbericht 1998 zeigt in vielen Bereichen, wenn in manchen Bereichen auch nur statistisch, dass das soziale Netz in der Steiermark eng geknüpft ist. Ich hoffe, dass die Maschen dieses Netzes durch diese Bundesregierung nicht so gelockert werden, dass Menschen, die Hilfe benötigen, durch diese Maschen durchfallen und in eine neue Armut abgleiten.

Meine Damen und Herren, Grundauftrag in der Sozialpolitik muss es sein, die sozialen Probleme der Menschen nicht durch Gnadenakte beseitigen zu wollen, sondern ihre Lösung mit persönlichen Rechtsansprüchen zu verknüpfen. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen.

Durch Jahrzehnte hindurch gab es einen gesellschaftlichen Konsens, dass soziale Sicherung ein vorrangiges Ziel der Politik sein müsse. Diese breite Übereinkunft ist brüchig geworden.

Meine Damen und Herren, Landesrat Dörflinger hat bei der Gesundheitsdebatte schon festgestellt, dass es viel leichter ist, Bestehendes kaputt zu machen. Wir sollten uns, auch auf Grund des ersten Steirischen Sozialplanes, aber eher überlegen, wie sich das große soziale Netz der Steiermark durch viele lokale Netze ergänzen lässt und auch damit die Gefahr des Durchrutschens vermindert ist.

Meine Damen und Herren, im neuen „Format“ ist ein Artikel, den Sie unbedingt lesen sollten: Unter der Überschrift „Laufmaschen im sozialen Netz“ stellt der Redakteur fest, dass die schwarzblaue Koalition mit Treffsicherheit im sozialen Netz Einsparmillionen sucht. Es wird festgestellt, dass dort zwar Unsummen bewegt werden, aber kaum zu denen, die es brauchen.

Meine Damen und Herren, unsere sozialdemokratische Fraktion wird weiterhin für ein eng geknüpfted soziales Netz mit der Treffsicherheit für alle, die es brauchen, kämpfen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 21.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (21.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Ganz, liebe Barbara Gross, kann ich in diese Trauerstimmung nicht einstimmen, aber wir müssen wachsam sein, das ist richtig.

Uns liegt ein umfassender Sozialbericht 1998 vor, eine gute und auch eine nachvollziehbare Bestandsaufnahme. Hier spreche ich auch meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsabteilung 9 und der Fachabteilung für Sozialwesen aus, ebenso an alle Trägerorganisationen und Behörden, die hier mitgearbeitet haben.

Dieses 304 Seiten starke Konvolut gibt uns Auskunft darüber, wie vielfältig das Leistungsangebot im Sozialbereich ist. Diese gesammelten Fakten und Daten können verschiedene Einrichtungen jetzt verwenden, Trägerorganisationen, die auch gleichzeitig Grundlage bilden für Planung, für Projekte und auch für

deren Budgetierung verwendet werden können. Es ist ein umfassendes soziales Leistungsangebot. Und auch diese Anbieter haben jetzt die Möglichkeit, sich besser und enger zu vernetzen als zuvor.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich im Speziellen im Sozialbericht mit dem Bereich der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel auseinandergesetzt, mit den mobilen Diensten, weil diese Gesundheitssprengel, diese mobilen Dienste im Sozialhilfegesetz ja doch die Gemeinden sehr stark vor Ort treffen und betreffen.

Und hier möchte ich positive und auch negative Aspekte aufzählen. Durch diese Gründung ist erreicht worden, dass in allen Gebieten der Steiermark und der Bevölkerung das Problembewusstsein und auch die Akzeptanz der sozialen Problematik im Bereich der Altenbetreuung deutlich gestiegen ist.

Zweitens ist es den Gemeinden und Trägerorganisationen möglich geworden vertragliche Bedingungen einzugehen, was auch wiederum bedeutet, dass eine gute Betreuung und auch eine Versorgungssicherheit gewährleistet ist, die es ja jetzt bereits gibt.

Und drittens ist der Ausbau der ambulanten Dienste flächendeckend jetzt in der Steiermark innerhalb dieser Trägerorganisationen organisiert und koordiniert und dadurch ist der Grundstein für eine kontinuierliche Entwicklung im Bereich der mobilen Dienste in der Steiermark gewährleistet.

Jetzt etwas zum negativen beziehungsweise defizitären Bereich. Hier fehlen von Seiten des Landes die Entwicklungs- und Planungsgrundlagen und in weiterer Folge auch für die Trägerorganisationen und Gemeinden die Perspektiven.

Ein zweiter und weiterer Punkt sind die Kosten. Die Kostentragung ist nicht definiert und sollte sich das Land aus der Finanzierung zurückziehen, was ich nicht hoffe, besteht die Gefahr, dass die Gemeinden für die ausfallenden Landesanteile und Landesmittel aufkommen müssen. Und diese Sorge ist umso mehr berechtigt, zumal heute schon in der Debatte zur Gesundheit, insbesondere auch von Frau Landesrätin Rieder, dass durch das leistungsbezogene Krankenanstaltengesetz die Patienten immer früher entlassen werden und diese dann sofort die Gemeinden oder die ISGS, die mobilen Dienste, die Betreuung übernehmen müssen. Somit entstehen sehr, sehr hohe Kosten vor Ort. Dieses Problem verschärft sich jetzt in Zukunft durch die demografische Entwicklung immer stärker und das müssen wir im Auge behalten. Hier möchte ich noch erwähnen, wenn wir diese soziale Absicherung für unsere ältere Generation oder für unsere eigene Generation der mobilen Betreuung, des Pflegegeldes sichern wollen, dann müssen wir in Zukunft Vorsorge treffen. Ich schlage hier vor, dass wir auch einmal das Modell überdenken oder darüber nachdenken, wie es die Bundesrepublik Deutschland macht, mit einer Pflegegeldversicherung.

Zum vierten Punkt möchte ich noch den extramuralen Punkt ansprechen, denn dieser Bereich ist stark anwachsend, die extramurale Psychiatrie kann und wird derzeit im Bereich der sonstigen Beratungsdienste eingeordnet. Dies ist für so einen stark wachsenden Bereich mit 12.000 Betreuten im Jahr zu wenig. Bei Wegfall der derzeitigen Landesfinanzierung von

rund 80 Millionen wären weitere Belastungen für die Gemeinden gegeben und auf Grund der Betreuungssituation lassen sich sozial-psychiatrische Dienste nicht auf ISGS-Ebene organisieren, da die Betreuungsregionen auf ISGS-Ebene zu klein sind. Eine Koordination von einzelnen ISGS gestaltet sich jedoch äußerst schwierig, zumal der Psychiatrieplan des Landes äußerst unverbindlich ist.

Beim letzten Punkt gestatten Sie mir auf das Sozialservicebuch des Landes einzugehen. Das erste Zitat heißt hier – und ich nehme jetzt nur einen Teil heraus: „Maßgeschneiderte und effektive auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Hilfs- und Dienstleistungen“ heißt es in diesem Buch „auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Dienstleistungen“. Ich musste hier leider feststellen, dass diese zugeschnittene Dienstleistung, in jedem Bezirk angeführt, ein Sozialzentrum ist und unter diesem Sozialzentrum finden Sie die Kinderbetreuung, die mobilen Dienste und ein Seniorenzentrum und weiter darunter vielleicht noch einen Pensionistenverband. Also ein Zentrum, das ausschließlich der SPÖ nahe stehend ist, aber keine einzige Trägerorganisation eines anderen Trägers hier angeführt wurde. Das bedauere ich zutiefst, weil auch andere Trägerorganisationen ihre Dienste in der Steiermark anbieten. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 21.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 805/8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1371/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 815/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Porta, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend wirksame Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Bei diesem Tagesordnungspunkt steht den Mitgliedern des Bundesrates gemäß Paragraph 14 GeoLT das Rederecht zu.

Abg. Pußwald (21.17 Uhr): Meine Damen und Herren!

Mündlicher Bericht zum Antrag, Einl.-Zahl 815/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Porta, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend wirksame Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern.

Anlässlich mehrerer Ausschuss-Sitzungen und einer Enquete haben wir gemeinsam einen Ausschussantrag formuliert, der da lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Bündelung und Intensivierung vorhandener Aktivitäten in die Wege zu leiten: erstens stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit; zweitens wissenschaftliche Untersuchungen in Zusammenarbeit mit einschlägigen Einrichtungen wie der Bewährungshilfe zu den Themen Gewalt, sexueller Missbrauch und Mittel zu deren Verhütung; drittens vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den vorhandenen Institutionen, Organisationen und Berufsgruppen; viertens Stärkung eines steiermarkweit dichteren Netzwerkes mit den entsprechenden Ressourcen; fünftens Sicherung des reibungslosen Informationsflusses unter Beachtung der Erfordernisse des Datenschutzes; sechstens längerfristige vertragliche finanzielle Absicherung; siebentens Ausbau der Betreuung in den Bezirken beziehungsweise Regionen, die infrastrukturell schlecht erschlossen sind; achtens bestmögliche Unterstützung von Prävention und Intervention, neuntens Einrichtung eines permanenten Erreichbarkeitsjournaldienstes in den Jugendämtern und Schaffung von entsprechenden Unterbringungsmöglichkeiten und zehntens vermehrte Anwendung des Wegweiserechtes bei Gewalt gegen Kinder. Namens des Ausschusses bitte ich um Zustimmung. (21.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Bericht-erstatlerin. Sie ist auch als Erste zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. (Abg. Tasch: „Herr Präsident, wir haben die Wortmeldungen zurückgezogen heute!“)

Abg. Pußwald (21.19 Uhr): Das ist sehr lieb von euch. Herr Präsident, gestatten Sie mir, dass ich trotzdem ein paar Worte sage? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „In der Kürze liegt die Würze!“) Ich werde es versuchen!

Liebe Kolleginnen und vor allem liebe Kollegen!

Immer wieder hört und liest man mit großer Betroffenheit von großen, schweren Übergriffen, die Tragödien für die Menschen sind, die das aushalten müssen.

Wenn man der Statistik Glauben schenken darf, ist jeder vierte Jugendliche mit sexuellem Missbrauch oder gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Sowohl Gewaltübergriffe als auch Missbrauchsübergriffe, das sind keine Verletzungen, die mit der Zeit heilen und wie Wunden wieder gut werden, sondern das sind wirklich Krankheiten, die ein Leben lang mitgeschleppt werden. Es nagt am Selbstwertgefühl, an der Selbstachtung und auch an der natürlichen Würde der missbrauchten Personen, die nur mehr mit psychologischer Unterstützung oder auch mit sensibler personaler Zuwendung ihre persönliche Würde wieder erreichen können. Und gerade deswegen war es uns so wichtig, dass wir parteienübergreifend gemeinsam diesen Antrag formuliert haben, um diesen Menschen, die betroffen sind, in Zukunft einige Unterstützung geben zu können und ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP. – 21.20 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (21.21 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Leider Gottes ist dies ein Thema, das auch den kommenden Landtag noch beschäftigen wird.

Ich werde unseren Beschlussantrag einbringen, der lautet:

Antrag der Abgeordneten Dietrich, Peinhaupt, Vesko, List und Co.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Einvernehmen mit der Bundesregierung folgende Maßnahmen durchzuführen: erstens Einrichtung einer zentralen Meldestelle in der Steiermark; zweitens verstärkte Therapieangebote für Opfer und Täter; drittens lebenslange begleitende Kontrolle für Täter; viertens Abnahme eines genetischen Fingerabdrucks bei jedem Täter; fünftens härtere Strafen, um der gesellschaftlichen Verharmlosung entgegenzuwirken. Ich bitte um punktuelle Abstimmung und um Annahme! (Beifall bei der FPÖ. – 21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Reinprecht. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (21.22 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In Anlehnung an die Frau Kollegin Pußwald kann ich sagen, dass dieser Antrag wahrscheinlich einer der bestens vorbereiteten während dieser Legislaturperiode war. Es gab zwei Enqueten zum Thema, es gab Arbeitskreise und der Fünfparteiantrag war dann das Ergebnis.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas zum Beschlussantrag der Freiheitlichen sagen. Ich muss sagen, dass das völlig einheitlich, auch bei den beiden Enqueten, gesagt wurde, dass polizeistaatliche und juristische Maßnahmen in diesem Themenbereich sehr wenig fruchten. Es ist ein Verbrechen, das vor allem im familiären Umkreis vorkommt. Es ist nicht der Unhold, der hinter dem Busch lauert, der kleine Kinder vergewaltigt oder ansonsten sexuell belästigt.

Die Strafen sind meiner Meinung nach nicht zu niedrig. Ich kann das kurz ausführen: Für sexuellen Missbrauch, also Beischlaf mit einem Kind, dazu zählen Menschen bis zu 14 Jahren, ist das Strafausmaß ein bis zehn Jahre. Falls das Kind schwer verletzt wird fünf bis 15 Jahre. Falls das zum Tod des Kindes oder des Jugendlichen führt 20 Jahre. Bei Unzucht mit Kindern und Jugendlichen bis 14, das sind sexuelle Handlungen ohne Beischlaf, ist das Strafausmaß sechs Monate bis fünf Jahre. Wird das Kind verletzt, ein bis zehn Jahre. Führt es zum Tod des Kindes, fünf bis 15 Jahre.

Das Problem ist vielmehr ein anderes. Das Problem ist, dass das Strafausmaß häufig nicht ausgenutzt wird, weil das Bewusstsein hier noch immer davon ausgeht, dass das ohnehin nicht so ein schlimmes Verbrechen sei.

Der zweite Punkt in dieser Frage ist wohl auch die noch immer geringe Anzeigenbereitschaft aus verständlichen Gründen, weil bei diesen Dingen ja die ganze Familie und auch die Nachbarschaft und Verwandtschaft mit hineingezogen wird und man diese Dinge noch immer zum Teil schulterzuckend betrachtet.

Also glaube ich nicht, dass die Erhöhung der Strafen hier etwas ändern würde. Etwas ändern würde es erst, wenn die Dunkelziffer gesenkt werden könnte durch geeignete Maßnahmen, sprich durch Bewusstseinsbildung.

Dieser Antrag der Freiheitlichen ist natürlich ein Ausfluss ihrer Bundespolitik. Und ich bin dagegen, dass so ein ernstes Thema wie der sexuelle Missbrauch zum Hebel gemacht wird, um die Polizeibefugnisse-Gesetze insgesamt weiter auszuhebeln. Also würde ich den Herrn Präsidenten Vesko bitten, die fünf Punkte dieses Antrages von den Freiheitlichen getrennt abstimmen zu lassen. (Beifall bei der SPÖ. – 21.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag zum Tagesordnungspunkt 27 ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen, dem Punkt 1 zustimmen, Einrichtung einer zentralen Meldestelle in der Steiermark, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Punkt 2: Verstärkte Therapieangebote für Opfer und Täter.

Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist auch die mehrheitliche Annahme.

Punkt 3: Lebenslange begleitende Kontrolle für den Täter.

Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist noch immer die mehrheitliche Annahme. (Mehrere Abgeordnete: „Nein, nein!“) Entschuldigung, bei euch zeigt die Hälfte auf, die Hälfte zeigt nicht auf. (Abg. Dr. Flecker und weitere Abgeordnete: „Es muss gezählt werden!“) Entschuldigung, ich ziehe zurück.

Darf ich noch einmal um die Abstimmung zu diesem Punkt, lebenslange begleitende Kontrolle für den Täter, bitten.

Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. 15!

Wer ist dagegen? 20. Danke.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Punkt 4: Abnahme eines genetischen Fingerabdrucks bei jedem Täter.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

Und nun härtere Strafen, um der gesellschaftlichen Verharmlosung entgegenzuwirken.

Wer dem zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Punkt hat nicht die Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1515/1, Beilage Nr. 185, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Vergabegesetz 1998 geändert wird.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (21.28 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auf Grund des im Rahmen der WTO abgeschlossenen Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Vergaberichtlinien der Gemeinschaft zur Vermeidung von Diskriminierungen von Gemeinschaftsunternehmen diesem Abkommen angepasst.

Daher sind die einschlägigen EG-Richtlinien durch Einarbeitung in das Steiermärkische Vergabegesetz umzusetzen.

Weiterer Inhalt der Novelle ist die Einführung des Euro, die Berücksichtigung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes und des Vergabekontrollsenates sowie Anpassungen legislativer Natur.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle die vorliegende Regierungsvorlage beschließen. Danke! (21.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine Wortmeldung hierzu liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Bericht des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist keine punktuelle Abstimmung. Danke.

Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

29. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über den Antrag, Einl.-Zahl 1036/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Grenzland und die Beitragszahlungen.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Porta (21.29 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 380: Der Ausschuss für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat in seinen Sitzungen am 2. Februar 1999, am 14. September 1999, am 28. März 2000 und am 27. Juni 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1036/1, der Abgeordneten Mag.

Bleckmann und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Grenzland und die Beitragszahlungen, beraten.

Der Unterausschuss „EU-Osterweiterung“ ist in seiner zweiten Sitzung am 21. Juni 2000 nach einem Experten-Hearing einvernehmlich zur Ansicht gelangt, dass als Ergebnis dieser Verhandlungen insbesondere Primärerhebungen in den Kernbereichen Import, Export, Kooperationspotentiale, interregionale Transporte und Fragen des Verkehrs von der Steiermärkischen Landesregierung in Ergänzung zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages Nr. 1800 (Einl.-Zahl 1463/2) vom 20. Juni 2000, betreffend Einsetzung einer Expertenkommission zur Evaluierung der Grenzlandstudien, durchzuführen sind.

Der Ausschuss für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Ergänzung zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages Nr. 1800 (Einl.-Zahl 1463/2) vom 20. Juni 2000, betreffend Einsetzung einer Expertenkommission zur Evaluierung der Grenzlandstudien, diese eingesetzte Expertengruppe mit Primärerhebungen in den Kernbereichen Import, Export, Kooperationspotentiale, interregionale Transporte und Fragen des Verkehrs mit dem Ziel der Erstellung von offensiven Maßnahmen und Empfehlungen, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und der Direktinvestitionen, zu beauftragen. (21.30 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (21.31 Uhr): Meine geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe schnell den Beschlussantrag der Abgeordneten Vesko und Peinhaupt, betreffend EU-Beitritt von Slowenien, ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Arbeitsgruppe, der auch Abgeordnete des Steiermärkischen Landtages angehören, einzurichten, die durch gemeinsame Gespräche mit slowenischen Vertretern jene Problembereiche, welche die Steiermark und Slowenien betreffen, im Vorfeld des beabsichtigten EU-Beitritts Sloweniens abklären soll und zweitens die Ergebnisse dieser Gespräche an die Bundesregierung weiterzuleiten, damit diese in ihrer Stellungnahme zum Beitrittsansuchen Sloweniens zur EU einfließen lassen kann.

Ich bitte um Annahme und bringe gleich den zweiten Beschlussantrag der Abgeordneten Peinhaupt, Vesko und Kaufmann, betreffend Tiertransporte, ein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dass erstens strengere und häufigere Kontrollen bei Lebendtiertransporten bezüglich der Fahrdauer und des Gesundheitszustandes der Tiere ausgeführt werden, zweitens per Erlass durch den Landeshauptmann diese Kontrollen durch die Tierschutzbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Exekutive durchzuführen sind, drittens die sofortige Errichtung

von Labestationen und die Erstellung eines Labestationkatasters umgesetzt wird, viertens dahin gehend einzuwirken, dass bei Beanstandungen im Zuge obiger Kontrollen der sofortige Transport zur nächstgelegenen Labestation zu erfolgen hat und eine Weiterfahrt erst dann erlaubt wird, wenn die Herstellung der Gesundheit der Tiere durch den zuständigen Tierarzt bestätigt wird, fünftens verpflichtende Grenzkontrollen bei Im- und Export veranlasst werden, sechstens dafür zu sorgen, dass eine Anzeige durch die Veterinärmediziner an die Bezirkshauptmannschaft erfolgt, wenn der Verdacht auf Tierquälerei in Schlachthöfen, während eines Transportes beziehungsweise des Verladens besteht und siebentens an die Bundesregierung heranzutreten und in Verhandlungen mit der EU zu bewirken, dass a) Lebendtiertransporte nur unter Einhaltung der Bestimmungen eines artgerechten Transportes subventioniert werden und b) die Tiertransportzeiten der EU an jene von Österreich angeglichen werden. Ich bitte um Annahme. (21.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Zweitens über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Peinhaupt und Vesko, betreffend EU-Beitritt von Slowenien. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Drittens über den Antrag der Abgeordneten Peinhaupt, Vesko und Kaufmann, betreffend Tiertransporte. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, auch das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 30 und 31 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

30. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1510/1, Beilage Nr. 182, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (21.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier geht es um das Steiermärkische Vergabegesetz, das geändert wird.

Die Vorlage haben Sie alle, sie ist sehr ausführlich. Ich hoffe, Sie haben sie auch alle studiert. Ich bringe den Antrag um Annahme. (21.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Berichterstatter.

31. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1299/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Funktionsperiode des Leiters des Stadtrechnungshofes in Graz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (21.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 9. November 1999 und 27. Juni 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1299/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Funktionsperiode des Leiters des Stadtrechnungshofes in Graz, beraten.

In diesem Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri wird die Vorlage einer Novelle zum Grazer Stadtstatut gefordert, in der die Funktionsperiode des Leiters des Stadtrechnungshofes in Anlehnung an die des Präsidenten des Bundesrechnungshofes auf zwölf Jahre ohne Wiederbestellungsmöglichkeit festgelegt wird. Begründet wird dies im Wesentlichen damit, dass durch die jetzt geltende Regelung mit einer Vertragsabschlussdauer von sechs Jahren die notwendige Unabhängigkeit dieser Funktion beeinträchtigt ist.

Magistratsdirektor Dr. Horst Bogner teilte dazu mit, dass die Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofes als Kontrolleinrichtung gegenüber der gesamten Stadtverwaltung innerhalb der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen als Hilfsorgan des Gemeinderates auf Grund der bestehenden Bestimmungen des Statuts ausreichend gewährt ist. Mit einer Festlegung der Bestelldauer im Statut – noch dazu in der vorgeschlagenen Form – würden bei einer Gesamtbetrachtung der Nachteile, die damit verbunden sind, die Vorteile bei weitem überwiegen.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuss stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses zum Antrag, Einl.-Zahl 1299/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Funktionsperiode des Leiters des Stadtrechnungshofes in Graz, wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag, diesem Antrag zuzustimmen. Pflichtgemäß füge ich allerdings hinzu, dass ich dagegen stimmen werde, weil ich die Auffassung des Herrn Magistratsdirektors Dr. Horst Bogner nicht teile. (21.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt zu den beiden Tagesordnungspunkten keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Gehaltsordnung der Beamten in der Landeshauptstadt Graz, Tagesordnungspunkt 30 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wer dem Tagesordnungspunkt 31, betreffend die Funktionsperiode des Leiters des Stadtrechnungshofes Graz, die Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Danke.

Auch das ist die einstimmige Annahme. (Abg. Dr. Brünner: „Eine Gegenstimme!“) Entschuldigung, Herr Professor, ich bitte um deutliches Aufzeigen, das war keine Absicht.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

32. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Anträge, Einl.-Zahl 1482/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfel, und Einl.-Zahl 1487/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Porta und Hagenaier, betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (21.38 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 373 zur Kenntnis bringen. Der Ausschuss für Umweltschutz und Energie hat in seiner Sitzung am 27. Juni 2000 über die Anträge, Einl.-Zahlen 1492/1 und 1487/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfel, betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke, beraten.

Ihnen liegt ein umfangreicher Antrag vor. Ich stelle den Antrag auf Zustimmung und bitte um Abstimmung. (21.39 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Um das Wort gebeten hat der Herr Abgeordnete Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (21.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als jener Abgeordneter, der dem Atomkraftwerk Krško am nächsten wohnt, erlauben Sie mir einige Anmerkungen dazu. Am 5. November 1991 wurde erstmals ein Antrag in den Landtag eingebracht, in dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wurde, sofort alle geeigneten Schritte zu unternehmen, die zu einer raschen Schließung des slowenisch-kroatischen Atomkraftwerkes Krško führen. Weitere Anträge folgten in den nächsten Jahren und am 19. Mai 1998 hat der Steiermärkische Landtag einen einstimmigen Beschluss gefasst, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Bundesregierung aufzufordern, sich gemeinsam mit der Republik Italien für einen Ausstieg von Slowenien und Kroatien aus der Atomenergie einzusetzen und dabei auch die EU um entsprechende Hilfe und Fördermittel zu ersuchen. Am 8. September 1999 beschließt der Ministerrat den Punkt als Anhang zum Anti-Atom-Aktionsplan, in dem die Gleichbehandlung Krškos mit

anderen Atomkraftwerken, was Sicherheitsfragen betrifft, klargestellt wird. Und es ist ganz wichtig, damit macht Österreich die Klärung der Sicherheitsfrage des AKW Krško zur Bedingung für einen EU-Beitritt Sloweniens. Am 9. September 1999 fahren Landeshauptmann Klasnic und Landesrat Paierl nach Laibach und deponieren dort neuerlich die Forderung nach einer Schließung von Krško.

Und siehe da – am 5. April 2000 –, die österreichische Außenministerin erklärt bei einer Pressekonferenz in Laibach, dass Österreich nie verlangt habe, das Atomkraftwerk Krško vorzeitig zu schließen.

Meine Damen und Herren, aber auch im Steiermärkischen Landtag hat es dann einen Paradigmenwechsel gegeben, denn da hat auf einmal die Kollegin Karisch gemeint, Krško ist weit sicherer als jeder russische Reaktor.

Das ist für mich aber nicht unbedingt zufrieden stellend, meine Damen und Herren, auch nicht zufrieden stellend die neue Argumentation der Frau Klasnic, die da meint, jetzt kommt ein Strahlenmessbus.

Meine Damen und Herren, ich bin enttäuscht darüber, dass hier offensichtlich von der einheitlichen klaren Anti-Atom-Linie abgegangen wird. Wir müssen unsere klaren Positionierungen beibehalten und die können lauten, für ein AKW-freies Mitteleuropa und damit auch für eine klare Schließung des AKWs in Krško. Sie müssen sich vor Augen halten, bei einem größtmöglichen Unfall würde der gesamte Lebensraum bis Leoben zerstört werden, das gesamte Gebiet würde unbewohnbar werden.

Nun zur Befindlichkeit der Grenzlandbevölkerung zu diesem Strahlenmessbus. Der mag sehr schön, sehr gut sein, viele Daten liefern. Aber was nützt es mir, was nützt es uns, wenn wir eine halbe Stunde oder eine Stunde früher wissen, dass wir sterben müssen? Daher gibt es nur ein klares Nein zu Krško! (Beifall bei der SPÖ. – 21.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

Abg. Porta (21.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Vorredner hat es ja schon erwähnt, aber ich wundere mich dann eigentlich, wieso im Antrag der Sozialdemokratie dieser Punkt, dieser unabdingbare Ausstieg nicht gefordert wird.

Uns Freiheitlichen geht auch der Antrag, der von der Frau Karisch, der ÖVP, und von den Grünen gestellt wurde, zu wenig weit, weil es muss eigentlich das Szenario gespielt werden, zumindest mittelfristig muss es zu einem Ausstieg aus der Atomenergie in Slowenien kommen, also Abschaltung des Kernkraftwerkes Krško und dann kein weiteres Atomkraftwerk, also ein atomfreies Europa, wie mein Vorredner es schon erwähnt hat.

Ich stelle daher einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Porta, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing.

Vesko, List, Grabmaier, Dietrich, Ing. Schreiner, Dr. Tremmel und Wiedner, betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke.

Die österreichische Anti-Atom-Politik ist gerade für die Steiermark und ihre Grenzregion von höchster Wichtigkeit. Die Nähe unseres Landes zum Atomkraftwerk Krško erzeugt berechtigt bei vielen Bürgern das Gefühl des Unbehagens, der Unsicherheit und sogar der Bedrohung.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen auf der Forderung an die Beitrittskandidaten festgehalten wird, bei ihren Nuklearanlagen ein Niveau zu erreichen, „das dem Stand in der Union hinsichtlich der Technologie und der Vorschriften sowie in operativer Hinsicht entspricht“. Des Weiteren – jetzt kommt es – soll von den Beitrittskandidaten eine schriftliche Erklärung abgegeben werden, dass sie mittelfristig bereit sind, das Kernkraftwerk stillzulegen und aus der Atomenergie auszusteigen. Eine Abweichung dieser Position ist im Sinne der österreichischen Antiatompolitik nicht zulässig. Den Beitrittskandidaten darf unter keinen Umständen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen die ausschließliche Verantwortung für die Sicherheit ihrer Anlagen zugesprochen werden. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Wir gehen dann weiter. Der Strahlenmessbus ist auch angesprochen worden. Wir stellen einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt und Porta betreffend Anschaffung des Strahlenmessbusses.

Ich kürze diese zweiseitige Begründung ab und stelle den Antrag.

Das vom Bundesministerium bereits installierte „Strahlenfrühwarnsystem“ sichert im Bereich der Messtechnik wohl ein Grundnetz von Informationen ab, für das Land Steiermark bleibt jedoch noch der weite Bereich der Sicherstellung von Detailinformationen. Diese Detailinformationen müssen durch einen entsprechend ausgerüsteten Strahlenmesswagen erhalten werden.

Da eine mobile Messeinrichtung sowohl für das Land Steiermark wie auch für das Land Kärnten von großer Bedeutung ist, sollte ein koordiniertes Vorgehen mit dem Land Kärnten angestrebt werden. Betreffend eine Kostenbeteiligung durch das Land Kärnten sollten Gespräche aufgenommen werden.

Daher stellen unterfertigte Abgeordnete folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine mobile Strahlenmesseinrichtung (Messbus) anzuschaffen. Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages! (Beifall bei der FPÖ. – 21.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke, zustimmt, bitte um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Anschaffung des Strahlenmessbusses, zustimmt, bitte um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

33. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1546/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 112, betreffend Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (21.47 Uhr): Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 27. Juni 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 112, betreffend Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 1546/1, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 112, betreffend Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, wird zur Kenntnis genommen. (21.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Er ist auch als Erster zum Wort gemeldet.

Abg. Günther Prutsch (21.48 Uhr): Zu diesem Rechnungshofbericht gäbe es natürlich viel Diskussionsstoff. Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen und beschränke mich auf die Verlesung der Antragsformel.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

A) Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Abteilungsgruppe Landesbaudirektion als Abteilungsgruppe aufzulösen und durch zwei Abteilungen zu ersetzen, eine davon für den Hoch- und eine für den Tiefbau. Dabei sind alle Aufgaben, die in inhaltlichem Zusammenhang mit einer Rechtsabteilung stehen, in diese Rechtsabteilung auszugliedern, wobei diese technischen Aspekte innerhalb eines einzurichtenden Referates dieser Rechtsabteilung zu vollziehen sind. Die LBD-WIP ist dabei wegen des völlig fehlenden Zusammenhanges mit Bauaufgaben aufzulösen.

Zweitens: Wie schon zum Landesrechnungshofbericht, laufende Nr. 97, beschlossen, raschestmöglich dafür zu sorgen, dass für alle Europa betreffenden

strategischen Angelegenheiten zukünftig nur mehr eine Abteilung des Amtes der Landesregierung zuständig ist.

Drittens: Wie schon zum Landesrechnungshofbericht, laufende Nr. 97, beschlossen, fachspezifische, operative Europaangelegenheiten, für die ohne den Europa-Aspekt ohnehin jeweils bereits vorhandene Abteilungen zuständig sind, nach Möglichkeit weitestgehend im Zuständigkeitsbereich dieser fachlich zuständigen Abteilung abzuwickeln, wodurch der Europaabteilung lediglich koordinierende strategische Aufgaben zu erfüllen bleiben (siehe Punkt 2).

Viertens: Im Sinne des Landtagsbeschlusses Nr. 824 vom 22. September 1998 umgehend ein Konzept zur „Dezentralisierung von Landesdienststellen und -bediensteten“ zu erarbeiten und umzusetzen, nach dem Bedienstete des Amtes der Landesregierung vermehrt in Dienststellen in den Bezirken statt in Graz eingesetzt werden.

Fünftens: Den sich aus dem angeführten Landesrechnungshofbericht, diesem Landtagsbeschluss und den von der Landesregierung daraus abgeleiteten Umstrukturierungen ergebenden Novellierungsbedarf der Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung, der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung sowie der Geschäftsverteilung der Landesregierung durch deren Neufassungen umzusetzen.

B) Der Landeshauptmann wird aufgefordert, erstens den sich aus dem angeführten Landesrechnungshofbericht, diesem Landtagsbeschluss und den von der Landesregierung daraus abgeleiteten Umstrukturierungen ergebenden Novellierungsbedarf der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung durch deren Neufassungen umzusetzen und zweitens die Kanzlei- und Geschäftsordnung für die Steiermärkische Landesverwaltung, Nr. 365 der „Grazer Zeitung“ vom 7. August 1981, neu zu fassen, wobei eine Anpassung an eine moderne Verwaltung und neue Techniken sowie eine Kundenorientiertheit statt einem Obrigkeitsdenken Aufnahme finden sollten. (Beifall bei der SPÖ. – 21.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (21.51 Uhr): Zu den konkreten Empfehlungen des Landesrechnungshofes, die jetzt vom Kollegen Prutsch dargestellt wurden, gibt es weitere Anregungen und Empfehlungen im Landesrechnungshofbericht. Daher stellen die freiheitlichen unterfertigten Abgeordneten den allgemeinen Antrag.

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen betreffend Referat für Wirtschaftspolitik sowie der Landesbaudirektion umzusetzen und darüber dem Landtag binnen einem Jahr zu berichten. Ich bitte um Annahme. (21.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Und drittens, jene Damen und Herren, die dem Antrag der Freiheitlichen ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Hiemit ist die Tagesordnung erledigt und die Tagung beendet.

Ich ersuche nun die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses beziehungsweise des Gemeinde-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben, um über die vorgesehenen Stücke in den Ausschüssen beraten zu können.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung. – 21.53 Uhr.)

